

Erscheint täglich außer Montags. Abonnementspreis: 3,00 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 3,50 M., pro Quartal. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Eingetragen in der Volk-Zeitung: Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

Inserat-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 30. Oktober 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. November eröffnen wir ein neues Abonnement auf den

„Vorwärts“

mit der illustrierten Sonntags-Beilage

„Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expediteure sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2,20 M. für die Monate November-Dezember entgegen. (Eingetragen in der Post-Zeitungsliste für 1896 unter Nummer 7277.)

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Der „Doornit“.

Das Urtheil des Obergerichtshofs in Sachen des „Doornit“ zeigt wieder einmal, wie weit Recht und Gesetz auseinandergehen, und wie das formale geschriebene Recht, das sich Gesetz nennt, zum schreienden Unrecht werden, und zur Herbeiführung des Gegentheils dessen, was das Gesetz wirklich oder angeblich bewirkt, mißbraucht werden kann. Man vergegenwärtige sich den Fall:

Im Interesse der Arbeiter, um ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, sie vor Ausbeutung zu schützen und Mittel für den großen Befreiungskampf des Proletariats zu gewinnen, wird von belgischen Sozialisten der „Doornit“ in Gent gegründet, nach dessen Muster im übrigen Belgien und in dem stamverwandten Nordfrankreich eine Anzahl ähnlicher Betriebe errichtet wurden, welche der Sache der Arbeit außerordentliche Dienste geleistet haben.

Dieselben belgischen Genossen, die wesentlich mit Hilfe des „Doornit“ und seiner Bruder-Betriebe, Einfluß auf die Gesetzgebung und den Eintritt in die Kammer sich erkämpft haben, zwingen die widerstrebende Kammermajorität, ein Gesetz zum Schutze der Arbeiter gegen die Ausbeutung des Unternehmertums zu erlassen — sie thun dies, von denselben Motiven ausgehend, durch die sie zur Gründung des „Doornit“ bestimmt worden; und um denselben Zwecken zu dienen, denen der „Doornit“ dient.

Das hätte man fast. Und nun bedenke man: der Prozeß gegen den „Doornit“ wird auf Grund desselben Gesetzes eingeleitet, welches die Gründer des „Doornit“ zu denselben Zwecken wie den „Doornit“ selbst geschaffen haben! Und

das grotesk-absurde der ganzen Prozedur, und der Widerspruch zwischen Recht und Gesetz wird in noch grellerem Licht gestellt durch die Thatsache, daß das Urtheil gegen den „Doornit“ nach dem Buchstaben und Wortlaut des Gesetzes durchaus unanfechtbar ist. Wie aus den genaueren Verhandlungsberichten erhellt, haben sowohl der Fabrikinspektor als der Staatsanwalt (Prokurator des Königs), nachdem einmal die Denunziation des „anarchistischen“ Lumpen erfolgt war, sich durchaus korrekt verhalten. Beide erkannten an, daß von Ausbeutung und Uebervertheilung der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht die Rede sein könne; und beide zollten der Ehrenhaftigkeit und Uneigennützigkeit der Leiter des „Doornit“, insbesondere unseres braven, opfermüthigen Freundes Ansele die höchste Anerkennung. Allein da war der Buchstabe des Gesetzes!

Aus unseren Mittheilungen über den Gang des Prozesses haben die Leser gesehen, daß das entscheidende juristische Argument sich um die Frage drehte, ob der, über den Mindestlohn hinaus gezahlte „Ueberlohn“ oder Lohnzuschlag (sursalaire — Lohnüberschuss) als organischer Theil des Lohns zu betrachten sei. Nach dem Wortlaut des Gesetzes dürfen Lohnzuschläge überhaupt nicht gemacht werden. Und das ist, in ihrer Unbeschränktheit, eine sehr gute, ja notwendige Bestimmung zum Schutze des Arbeiters gegen den ausbeutenden Unternehmer. Allein im Falle des „Doornit“ ist ja ein Unternehmer gar nicht vorhanden. Der „Doornit“ wird zwar nach der Methode des kapitalistischen Geschäftsbetriebes (mit Lohnzahlung) verwaltet, er verfolgt aber ein, dem kapitalistischen Geschäftszweck entgegengesetztes Ziel. Nämlich nicht die Ausbeutung der Arbeiter durch einen Unternehmer, sondern die Organisation der Arbeiter zum Schutze gegen die Ausbeutung und zur endgültigen Befreiung von der Ausbeutung. Mit anderen Worten: der „Doornit“ ist eine Genossenschaft, deren Ueberschüsse, statt in die Tasche eines Unternehmers zu wandern, den Genossen und Genossinnen des „Doornit“ und — nach dem höheren Zweck, welchen diese Genossenschaft verfolgt — auch der sozialistischen Gesamtpartei zu gute kommen.

Es liegt auf der Hand, daß die Gesetzesvorschrift, welche jetzt gegen den „Doornit“ angewandt wird, nicht für Arbeiter-Genossenschaften bestimmt war.

Aber die Arbeiter-Genossenschaften sind auch von dem Gesetze nicht ausgenommen worden, und so blieb den Richtern nichts übrig, als nach dem Buchstaben und Wortlaut des Gesetzes zu verfahren.

Der Wortlaut ist klar. Keinerlei Abzüge vom Lohn. Und in ihrer Klarheit — wir wiederholen es — eine vorzügliche Bestimmung.

Die Frage für die Richter konnte, nachdem festgestellt war, daß auch Arbeiter-Genossenschaften unter dieses Gesetz fallen, nur die sein:

„Bildet der Ueberlohn“ einen Theil des Lohnes?“ Und hier müssen wir, nach ruhiger Erwägung auf Pflicht und Gewissen erklären: der Ueberlohn ist ein Theil des Lohnes. Ist er auch ein Mehr über den von Privatunternehmern gezahlten Lohn hinaus, so ist er immerhin doch Lohn, denn das sozialistische Gemeineigenthum kann innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft für keine einzelne Menschengruppe bestehen.

Wir können also nicht umhin, die juristische Verrechtlichung des Urtheils gegen den „Doornit“ zugeben zu müssen.

Und trotzdem schlägt das Urtheil, so korrekt es vom gesetzlichen Standpunkt ist, den einfachsten Rechtsbegriffen ins Gesicht.

Die Richter haben dies auch gefühlt, und eine rein formale Strafe verhängt, unter ausdrücklicher Hervorhebung der ehrenhaften Motive, von denen die Verwaltung des „Doornit“ geleitet worden ist und wird.

Wenn wir den Prozeß gegen den „Doornit“ in dieser Ausführllichkeit besprochen haben, so geschah es, weil es das Urtheil des Obergerichtshofs der kapitalistischen Presse einen willkommenen Vorwand gewährt, die selbständigen Bestrebungen des Proletariats zu verhöhnen und mit Noth zu bewerkeln. Die „Neue Reichskorrespondenz“ des Ehren-Schweineburg hat schon den Anfang gemacht — die ganze Meute der Kapitalisten-Soldatschreiber wird folgen.

Genossenschaften wie der „Doornit“ sind nicht spezifisch sozialistische Organisationen.

Wie jeder in der Parteigeschichte Bewanderte weiß, ist das Genossenschaftswesen bürgerlichen Ursprungs und war seinerzeit — wir erinnern an den Streit zwischen Schulze-Delitzsch und Lassalle — eine bürgerliche Waffe zur Bekämpfung des Sozialismus. Diese, gleich anderen bürgerlichen Waffen ist aber von dem Proletariat seinen Feinden abgelernet und entrispen worden. Und nirgends mit größerem Geschick und Erfolg als in Belgien. Darum dort die Wuth auf den „Doornit“.

Und was nun? Sollen unsere belgischen Genossen dahin wirken, den Wortlaut des Gesetzes so zu formuliren, daß Genossenschaften nicht mit ihm gepackt werden können?

Das wäre gefährlich. Was den Sozialisten recht ist, wäre den Merkanten billig, und die dem Kapitalismus dienenden Genossenschaften des Klerus hätten dann Blanko-Vollmacht für die schneidlichsten Degene der Ausbeutung.

Unsere belgischen Genossen bleibt unter solchen Verhältnissen wohl nur der eine Ausweg, die Einrichtungen des „Doornit“ mit dem Gesetze in vollen Einklang zu bringen.

Und das scheint uns nicht schwer. Jedenfalls hat der Prozeß den einen großen Vortheil gehabt, daß die niederträchtigen Verleumdungen,

Rienzi. Der letzte der römischen Volkstribunen.

107] Roman von Edward Lytton Bulwer. „Doch war es vielleicht das Einzige, was ihm unter seinen Umständen übrig blieb,“ fuhr der ältere Page fort. „Einmal vor seinem Sturz und einmal während seiner Abwesenheit von Rom war er durch den päpstlichen Legaten exkommuniziert worden. Er war der Kezerei beschuldigt; der Fluch haftete noch auf ihm. Es war notwendig, daß er ihn von sich entfernte. Wie sollte der arme Verbannte dieses thun? Kein mächtiger Freund erhob sich für den Freund des Volkes. Kein Hölbling verteidigte einen Mann, der den Adel gedemüthigt hatte. Sein eigener Gewinn war der einzige Freund, auf den er sich verlassen konnte. Er ging nach Avignon, um von den Verbrechen, die ihm zur Last gelegt wurden, sich zu reinigen, und er hoffte wohl ohne Zweifel, daß nur ein Schritt von seiner Freisprechung zur Wiedereinsetzung in seine frühere Würde sei. Ueberdies ist es sicher, daß der Kaiser feierlich aufgefodert worden war, den Rienzi anzuliefer. Er hatte nun die Wahl, frei, oder in Fesseln, denn dazu mußte es früher oder später kommen, als ein Verbrecher, oder als ein Römer, dorthin zu gehen. Er wählte das letztere. Wo er durchreiste, da bewillkommnete ihn das Volk, in jeder Stadt, in jedem Flecken und Dorfe. Der Name des großen Tribunen wurde gelehrt in ganz Italien. Man bat ihn, er möge der sicheren Gefahr nicht so übermüthig entgegen gehen, man flehte ihn an, sich selbst für das Vaterland zu erhalten, da er es zu erheben gesucht hatte. „Ich gehe, um mich selbst zu verteidigen und um zu triumphiren!“ war die Antwort des Tribunen. In den Städten, durch die er kam, wurde er auf das feierlichste empfangen, und man erzählte mir, daß nie ein Gesandter, ein Fürst oder ein Baron in Avignon mit einem so großen Gefolge seinen Einzug gehalten hat, als jenes war, das den Cola di Rienzi bis in diese Mauern folgte.“

„Und bei seiner Ankunft?“ „Verlangte er eine Audienz, um sich von den Anklagen zu reinigen, die gegen ihn erhoben worden waren. Er warf den stolzen Kardinalen, die ihn exkommuniziert hatten, den Handschuh hin. Er forderte eine Untersuchung.“

„Und was sagte der Papst?“ „Nichts — mit Worten. Jener Thurm war seine Antwort!“

„Eine sehr rauhe Antwort!“ „Aber es führte schon mancher Weg aus dem Gefängniß in den Palast, und Gott schuf Menschen, wie Rienzi, nicht für den Kerker und für die Kette.“

Als Angelo diese Worte mit lauter Stimme und mit aller jener Begeisterung sprach, mit welcher der Ruhm des gestürzten Tribunen ihn erfüllt hatte, hörte er einen Seufzer hinter sich. Er sah sich etwas erschrocken um, und an der Thüre, die in das Zimmer der Signora Cesarini führte, stand eine Dame von edlem Aussehen. Sie war reich gekleidet, aber ihre dunkeln, feurigen Augen überglänzten Gold und Edelsteine, und als sie so gebieterisch und stolz da stand, schien nie eine Stirne mehr für die königliche Krone geschaffen, nie entsprach eine weibliche Schönheit mehr dem Ideal einer Heldin und Königin.

„Entschuldigt, Signora,“ sagte Angelo zögernd; „ich sprach laut; ich hörte Euch; aber ich bin ein Römer, ich sprach von —“

„Rienzi!“ ergänzte die Dame sich nähernd, „ein Name, der wohl ein römisches Herz begeistern sollte. Kein — keine Entschuldigungen. Ach wenn —“ die Signora hielt plötzlich inne und senkte, darauf fuhr sie in verändertem und ernstem Tone fort: „Wenn das Geschick Rienzi wieder günstig ist, so soll er wissen, welche Gesinnungen Du gegen ihn hegst.“

„Wenn Ihr, Signora, die Ihr von Neapel seid,“ sagte Angelo mit bedeutendem Tone, „so von einem unglücklichen Verbannten sprecht, was muß ich gefühlt haben, der in ihm einst ein Oberhaupt anerkannte.“

„Rienzi gehört nicht allein Rom, er gehört Italien, er gehört der Welt an,“ erwiderte die Signora. „Und Du, Angelo, der die Kühnheit hatte, so von einem Unglücklichen zu sprechen, hast bewiesen, von welcher Treue Du besetzt bist.“

Während sie sprach, richtete die Signora ihren Blick auf die niedergeschlagenen Augen und erlöthenden Wangen des Pagen mit einem Ausdruck, der andeutete, daß sie schon seit lange gewohnt sei, den Geist in den Zügen zu lesen.

„Männer werden oft getäuscht,“ sagte sie traurig, doch halb lächelnd, „aber Frauen selten, außer in der Liebe. Ich wollte, es gäbe viele solche Römer wie Du. Genug! Doch! Ist das der Ton von Pferdehufen in dem Hofe unten?“

„Signora,“ sagte Giacomo, seinen Mantel zierlich über die Schultern hängend, „ich sehe, die Diener seiner Eminenz, des Kardinals Albornoz, Seine Eminenz ist selbst angekommen.“

„Gut!“ sagte die Signora. „Ich erwarte Seine Eminenz!“ Mit diesen Worten trat sie wieder durch die Thüre, an der sie den römischen Pagen überrascht hatte.

Zweites Kapitel. Ein kriegerischer Priester. — Intriguen und Gegenintriguen an Hofen.

Giles (oder Egibio), der Kardinal Albornoz, war einer der merkwürdigsten Männer seiner merkwürdigen Zeit. Der Abkunft von den königlichen Häusern von Aragonien und Leon sich rühmend, war er früher in die Dienste der Kirche getreten und, fast noch ein Jüngling, zum Erzbischof von Toledo ernannt worden. Aber keine Friedliche, noch so glänzende Laufbahn genügte seinem Ehrgeize. Nur die Ehrenbezeugungen der kämpfenden Kirche konnten ihn befriedigen. In den Kriegen gegen die Mauren hatte sich kein Spanier mehr ausgezeichnet als er, und Alphon XI. von Castilien hatte darauf bestanden, von der Hand des

denen der „Vorwärts“ von seinen feiner anarchisch-pöfisch-kapitalistischen Feinde ausgeht war, sich in nichts aufgelöst haben, daß die Selbstlosigkeit und Geschäftstüchtigkeit der Verwaltung gerichtlich festgestellt, und daß die hohen Ziele, denen der „Vorwärts“ zustrebt, aller Welt vor Augen gebracht worden sind. Und so ist dieser Prozeß, der den „Vorwärts“ verderben sollte, für ihn zu einem moralischen Triumph geworden, der auch praktische Früchte zeitigen wird.

Politische Ueberblick.

Berlin, 29. Oktober.

Ein „Verrath von Staatsgeheimnissen“ liegt in dem Fall der jüngsten Bismarckschen Enthüllungen unzweifelhaft vor. Daß diese keine leeren Phantasiegebilde sind, sondern einen thatsächlichen Inhalt haben, wird allseitig anerkannt, und ist durch die Auslassungen des „Reichs-Anzeigers“ und anderer Regierungsorgane offiziell und offiziös bestätigt worden. Nun ist aber der Verrath von Staatsgeheimnissen ein schweres Verbrechen, gegen das Fürst Bismarck selber, um ein Entweichen der Schuldigen unmöglich zu machen, noch einen besonderen, wahrhaft drakonischen Paragraphen in das Straf-Gesetzbuch einfügen ließ. Den Freunden Bismarck's ist es auch angst geworden und sie behaupten jetzt, einer der Redakteure der „Hamburger Nachrichten“, ein gewisser Hoffmann, sei der eigentliche Uebelthäter.

Zweiterlei Recht. Man schreibt uns aus Parteikreisen: Der „Reichs-Anzeiger“ bezeichnet die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ über den früher bestandenen deutsch-russischen Neutralitätsvertrag als eine Verletzung und Schädigung wichtiger Staatsinteressen, als eine Preisgabe von Vorgängen, die ihrer Natur nach zu den strengsten Staatsgeheimnissen gehören. Einmal angenommen, daß es nicht leicht sein dürfte, den rachsüchtigen und böshafsten Hintermann der „Hamburger Nachrichten“ wegen jener Schädigung wichtiger Staatsinteressen und der Verletzung strengster Staatsgeheimnisse persönlich zu fassen, warum läßt man denn die „Hamburger Nachrichten“ seitens der Leiter unserer auswärtigen Politik nicht mit jenen strafprozessualischen Mitteln verfolgen, die z. B. in dem gleichen Falle, falls der „Vorwärts“ an stelle der „Hamburger Nachrichten“ stände, mit allem Nachdruck und mit allen zur Verfügung stehenden Macht- und Zwangsmitteln angewendet würden und zwar unter dem Jubel und Beifallsgeheul der gesammten sogenannten patriotischen Presse.

Oder sollen wir erinnern an den Vorgang aus dem Januar dieses Jahres, als der „Vorwärts“ in der Lage war, einen harmlosen Amnestie-Erlass zwölf Stunden früher veröffentlicht zu können als der „Reichs-Anzeiger“? Gilt vielleicht auch hier wieder der so famose Grundsatz: wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe, obgleich jedermann wird zugeben müssen, daß die beiden Fälle sich noch bedeutend zu Gunsten des „Vorwärts“ dadurch unterscheiden, daß das von diesem veröffentlichte Aktenstück kein nennenswerthes öffentliches Interesse verleiht, dagegen durch die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ die wichtigsten Reichsinteressen aufs schwerste geschädigt wurden und eine Phase der Reichspolitik vor der ganzen Welt unheilbar kompromittirt worden ist.

Wir rufen Herrn Schönstedt zu: Hic Rhodus, hic salta! Eine Hausjudung z. B. in Friedrichsruh würde ganz anderes Material zu Tage fördern als die vorjährigen Hausjudungen bei den sozialdemokratischen Führern.

Bismarck und die deutsch-russischen Beziehungen. Das russische Blatt „Nowoi“ bezeichnet die Enthüllungen der „Hamburger Nachrichten“ als wahrheitswidrig und stellt fest, daß der betreffende Artikel in Rußland lebhaft Entrüstung hervorgerufen hat. Das Blatt sagt hinzu, Bismarck allein und nicht Caprivi sei schuld an der Verkennung in den Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland.

„Unter lebhaften Huldigungen“ haben, wie der offiziöse Draht meldet, Zar und Zar in Darmstadt verlassen, um sich direkt nach Rußland zurückzubehalten. Die Hurrahschreier in Seidenhüten und kostbaren Toiletten, die heute dem Verbündeten Frankreichs jubelten, werden morgen den patriotischen Tamtam schlagen und gegen den Erbfeind wettern!

kriegerischen Priesters zum Ritter geschlagen zu werden. Nach dem Tode Alphonso's, der ihm sehr gewogen war, begab sich Albornoz nach Avignon und erhielt von Clemens VI. den Kardinalshut. Auch bei Innocenz stand er in hoher Gunst, und es verbreitete sich schon das Gerücht, daß kriegerische Vorbereitungen gemacht würden, um durch Albornoz die verschiedenen Tyrannen, welche Theile päpstlichen Gebiets sich anmaßten, vertreiben zu lassen. Kühn, aber überlegend, unternehmend und doch vorsichtig, die Tapferkeit des Ritters mit der Schlantheit des Priesters vereinigend, dieses war der Charakter von Giles, Kardinal Albornoz.

Der Kardinal ließ seine Diener in dem Vorzimmer und wurde in die Wohnung der Signora Cesarini geführt. Er war von mittlerer Größe; seine Stirn war mit tiefen Runzeln bedeckt, und obgleich er noch in den besten Jahren war, so hätte man ihn doch für älter halten können, aber sein fester Gang, die leichte Beweglichkeit seiner Glieder, und ein Blick, der ruhig und nachdenkend war, ohne etwas von dem Glanze der Jugend verloren zu haben, widerlegte diesen ersten Eindruck.

„Schöne Signora“, sagte der Kardinal, indem er sich über die Hand der Cesarini mit einer leichten Anmuth beugte, die mehr den Fürsten, als den Priester verrieth; „ich besorge, daß die Befehle Seiner Heiligkeit mich über die Stunde aufgehalten haben, die Ihr für meine Huldigung zu bestimmen so geneigt waret, aber mein Herz ist bei Euch gewesen, seitdem wir uns trennten.“

„Der Kardinal Albornoz“, erwiderte die Signora, indem sie sanft ihre Hand zurückzog und sich setzte, „wird durch die Pflichten seines Ranges und seiner Stellung so sehr in Anspruch genommen, daß es mir wie eine Art von Verzücktheit an seinem Ruhm erscheint, wollte man seine Aufmerksamkeit auch nur für wenige Augenblicke auf unedlere Gedanken richten.“

„Ah, Signora“, erwiderte der Kardinal, „nie hatte mein Ehrgeiz eine edlere Richtung, als eben jetzt, und es scheint mir ein glücklicheres Loos zu Euren Füßen zu liegen, als auf dem Throne des heiligen Petrus zu sitzen.“ (Fortsetzung folgt.)

Deutsches Reich.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung den Antrag Bremen's, betreffend die Zulassung von Ausnahmen aus Grund des Börsengesetzes zu Gunsten der Bremer Börse, sowie die Vorlage, betreffend die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen der Landesverwaltung von Elbaf-Bohringen für 1895/96, den zuständigen Ausschüssen überwiesen. Mit dem Abschluß einer Vereinbarung mit Belgien bezüglich der gegenseitigen Anerkennung der Identitätszeichen an Baaren- und Münzen erklärte sich der Bundesrath einverstanden. Ferner wurde der Antrag des Ausschusses, betreffend die Feststellung des Gesamtkontingents an Jucker für das Vertriebsjahr 1897/98 angenommen, und schließlich wurde dem mündlichen Bericht der zuständigen Ausschüsse über den Entwurf eines Gesetzes für Elbaf-Bohringen wegen Abänderung des Gesetzes über das Notariat die Zustimmung erteilt.

Dem preussischen Landtage werden bei seinem Zusammenritt sofort die im Kultusministerium und Ministerium des Innern entweder jetzt schon fertig gestellten oder der Fertigstellung entgegenstehenden wichtigen Gesetzentwürfe, wie das Lehrerbefoldungs-Gesetz, die Städte- und Landgemeinde-Ordnung für Hessen-Nassau zugehen. Wann und wie die Frage der Erhöhung der Beamtengehälter zur parlamentarischen Behandlung gestellt werden soll, ist noch Gegenstand der Erwägungen in Regierungskreisen.

Bei Eröffnung des preussischen Landtags am 20. November werden im Abgeordnetenhaus die Fraktionen in folgender Reihenfolge antreten: Konervative 188 (am Schluß der letzten Tagung 141), Zentrum 94 (Ende voriger Session 94), Nationalliberale 87 (87), Freikonservative 61 (61), Polen 18 (17), Freisinnige Volkspartei 14 (14), Freisinnige Vereinigung 6 (6), bei keiner Fraktion 11 (10). Erledigt sind 4 Mandate. Gumbinnen-Insterburg, Rostenburg-Hersfeld, Gr. Bartenberg-Namslau-Deis, Kreuzburg-Kosenberg. Drei dieser Wahlkreise waren bis zur Erledigung von Konservativen, einer von einem Mitgliede der Zentrumspartei vertreten.

Bei der Konvertirung der 4prozentigen Konjols und der Reichsanleihe soll, einem hiesigen Blatte zufolge, denjenigen, die auf die Umwandlung der vierprozentigen Stücke in 3prozentige eingehen, die Versicherung erteilt werden, daß die betreffenden 3prozentigen Stücke für 8 Jahre vor einer Konvertirung bewahrt bleiben.

Die Rücksicht auf die Selbstsucht der Besitzenden“ ist, wie man sieht, größer als die auf die schwere Belastung der Steuerzahler. Wir würden konvertiren können auch ohne die achtjährige Zinsgarantie. Aber das arme Kapital muß geschont werden!

Zur Ernennung des Kolonial-Kaisers zum Senatspräsidenten des Reichsgerichts schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

Wir haben wiederholt und dringlich darauf hingewiesen, daß diese Ernennung zum großen Schaden des allgemeinen Wohles ausfallen müsse. Die Ernennung ist jetzt vollzogen. Ihre Folgen werden leider nicht ausbleiben können.

Professor Deibredt's „Preussische Jahrbücher“ schreiben: „Das Reichsgericht ist kein Platz für Verwaltungsbeamte; am allerwenigsten aber ist Dr. Kaiser für den höchsten Gerichtshof des Reiches qualifizirt nach der Rede, mit der er sich von seinem bisherigen Posten verabschiedet hat. Ein Mann, der im Stande ist, selber zu erzählen, daß er Drohungen, durch die angeblich ein Posten für Dr. Peters erzwingen werden sollte, ruhig eingestrichelt habe, ein solcher Mann darf nicht Richter an unserem höchsten Gerichtshof werden.“

Da wir wissen, daß die Richtersühle in den Straassenaten des Reichsgerichts mit Vorliebe mit Staatsanwälten besetzt werden, so sehen wir keine erkennbare Verschlechterung darin, wenn einmal ein nicht recht verwendbarer gebelmer Legationsrath Vorsitzender eines Zivilsenats des Reichsgerichts wird.

Aus dem Reiche des Herrn Thielens wird uns gemeldet, daß unser Eisenbahn-Minister, der für Vereinfachung der Tarife, Umwandlung der Eisenbahnen in staatliche Musterbetriebe und dergl. kein in die Augen springendes Interesse hat, auf einen neuen ihm angebotenen Gedanken zur Steigerung der Einnahmen seines Ressorts gekommen sein soll. Die Aborte in den Koupees sollen künftighin als Automaten eingerichtet werden, so daß man für ihre jedesmalige Benutzung wohl einen Nickel zu bezahlen haben wird. So wird Herr Thielens mit einem großen Manne aus der Weltgeschichte eine entfernte Aehnlichkeit bekommen: mit Kaiser Vespasian, der eine Kloakensteuer einführte und bei dieser Gelegenheit sein „Non olet!“ ausrief, und unser genialer Eisenbahn-Minister wird nach der Einführung seiner Eisenbahn-Klosetgebühren rufen: „Nickel sinken nicht!“

Vermehrung der Bureaukratie. Die Zahl der Hilfsarbeiter im Reichs-Schatzamt wie im Reichs-Verwaltungsrath soll erhöht werden. Ebenso denkt man auch die Zahl der Hilfsarbeiter im Reichs-Patentamt und, wie die „Post“ hört, im Auswärtigen Amt um einen Hilfsarbeiter zu erhöhen. Letzterer soll in der handelspolitischen Abtheilung angestellt werden und die dort beschäftigten Räte gewissermaßen entlasten, da auf diesem Gebiete sich eine Zunahme der Geschäfte ergeben habe, welche die Vermehrung rechtfertige.

Eine interessante parlamentarische Reminiscenz knüpft sich an den vor einigen Tagen im Alter von 78 Jahren verstorbenen Rittergutsbesitzer Wilhelm Otto Seiler aus Nohowitz im Königreich Sachsen. Er war bei einer Nachwahl für den norddeutschen Reichstag im Wahlkreise Plauen im Jahre 1869 als konservativer Kandidat aufgestellt und wurde vom Wahlkommissar als mit 3633 Stimmen gewählt verkündet, während auf seinen Gegenkandidaten Dr. Max Hirsch in Berlin nur 2912 Stimmen gefallen sein sollten. Im Reichstage wurde jedoch festgestellt, daß Hirsch 3880 Stimmen und damit die absolute Mehrheit erhalten hatte. Infolge dessen wurde schon dreizehn Tage nach dem Wahltag die Wahl Seiler's für ungültig erklärt und Dr. Hirsch als zu recht gewählt verkündet. Es ist dies, wie die „Magdeb. Ztg.“ bemerkt, der einzige Fall dieser Art, der seit Bestehen des Reichstages vorgekommen ist.

Eine sozialpolitische Reminiscenz. In der Wiener Wochenschrift „Die Zeit“ theilt der Nationalökonom Dr. Rudolf Meyer einen bisher unbekanntem Gesetzentwurf über Einführung des Normal-Arbeitstages mit, der kurz nach dem Eisenacher Katheder-Sozialistentag im Jahre 1872, angeblich auf Verlangen Bismarck's, von Meyer redigirt, von Geheimrath Wagener verbessert und dem Reichskanzler vorgelegt worden ist. Der Entwurf bestimmt einen Normal-Arbeitsstag von wöchentlich 56 1/2 Stunden für alle Arbeiter, also auch für die im Handwert beschäftigten und sogar für die ländlichen Arbeiter. Der die Landarbeiter betreffende Passus lautet:

Der Normal-Arbeitsstag wird durch den Arbeitsinspektor nach Anhörung der Kreisverträtter für jeden Kreis monatsweise so festgesetzt, daß die Summe der jährlichen Arbeitsstunden nicht das Produkt aus der Zahl der Wochen mit 56 1/2 multiplizirt übersteigt. Danach kann für Frühjahr und Herbst ein Ueberschuß der Entzeit ein zwölfstündiger Normal-Arbeitsstag festgesetzt werden, je nach dem Bedürfnis der Gegend. Die regelmäßige Arbeitszeit darf zu keiner Zeit zwölf Stunden am Tage übersteigen. Im Winter muß sie für solche Fälle entsprechend weniger als zehn Stunden betragen.

Die Thatsache, daß sich Konservative, allerdings solche, die keine Rittergüter besaßen, in den 70er Jahren mit dem Gedanken trugen, den Landarbeitern einen Normal-Arbeitsstag zu geben, ist gewiß nicht ohne Interesse. Die Verfasser des Entwurfes ließen sich dabei von dem Gedanken leiten, daß die

Auswanderung der Landarbeiter für die Rittergutsbesitzer eine große Gefahr sei, daß aber diese Auswanderung nur verhindert werden könne, wenn man es den Landarbeitern „bequem“ mache, und eines der Mittel hierzu haben sie eben im Normal-Arbeitsstag. Bismarck ist aber den Anregungen, die Meyer und Wagener in diesem Entwurfe sowie in der Presse gegeben hatten, bekanntlich nicht gefolgt.

Die konservative Partei wird, dem Vernehmen nach, am 19. November hierseits einen Delegirtenkongress abhalten.

Der neue Stern der Richtung Naumann. Die „Frankf. Ztg.“, die sicherlich mehr Sympathien für die evangelisch-soziale Richtung als für unsere Partei hat, also im Falle Lorenz für uns nicht voreingenommen sein kann, schreibt:

Wir berichteten bereits kurz, daß der frühere Redakteur Max Lorenz aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten ist und sich der Naumann'schen Richtung angeschlossen hat. Wenn sich nicht ein Theil der Presse, besonders die sächsische, mit diesem Fall eingehend beschäftigt, würden wir keine Veranlassung genommen haben, davon Notiz zu nehmen, denn nach dem theologischen Traktat zu urtheilen, den Herr Lorenz vor einigen Tagen unter dem Titel „Religion und Sozialdemokratie“ veröffentlicht, ist er nicht weniger als eine in geistiger Beziehung hervorragende Persönlichkeit. Auch in der öffentlichen Versammlung, die von der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung zu Leipzig für den 25. d. M. einberufen worden war, um Herrn Lorenz Gelegenheit zu geben, die Gründe seines Austrittes darzulegen, hat dieser keine neuen, beachtenswerthen Gesichtspunkte entwickelt. Vor drei Jahren trat er in die sozialdemokratische Partei ein, weil er hoffte, daß in ihr die praktisch-politische Richtung die Oberhand gewinnen werde; jetzt hat er diese Hoffnung verloren und darum ist er ausgetreten. Das ist das ganze. Wenn sich dieser Austritt an den Namen Bismarck oder Grillenberger's knüpfen würde, dann hätte die Sache allerdings eine große Bedeutung, aber Herr Lorenz hat dem doch in keiner Weise bewiesen, daß er die Aufmerksamkeit verdient, die ihm auch ganz unbeteiligte Blätter widmen. Wir meinen, daß an Herrn Lorenz die Sozialdemokratie nichts verloren und der „nationale Sozialismus“ nicht viel gewonnen hat, weshalb es nach unserer Ansicht ganz ungerechtfertigt ist, dem neuesten Jünger Naumann's zu einer Art Verächtlichkeit zu verhelfen. Damit können wir die Akten über den Fall Lorenz schließen.

Den „Mäschdiebstahl“ hat die „Freisinnige Zeitung“ jetzt eingestanden, sie behauptet aber, es sei eine „ganz besondere Albernheit“, daß wir das Märchen vom Colhar-Programmdiebstahl einen Monat nachdem sie selber es aufgetischt, noch der Erwähnung für werth gehalten hätten. Nun, daß die „Freisinnige Zeitung“ von den Entdeckungen ihrer Parteigenossen eine so geringe Meinung hat, ist für uns kein Anlaß, mit ihr zu rechten; wir wollen ihr bloß bemerken, daß von „Agitatoren“ der freisinnigen Volkspartei das Märchen noch vorige Woche hier in Berlin in Volksversammlungen kolportirt worden ist. Wo da die „ganz besondere Albernheit“ liegt, das möge der Leser entscheiden.

Den Kampf gegen die Sonntagssruhe führt Tante Voh weiter. Das Organ des Protestantenvereins tritt nun für die Sonntagsheiligung gegen die Sonntagssruhe ein und als Argument zitiert sie ein Zeitalter der Sozialwissenschaft — Luther's großen Katechismus. Sie haust noch weiter mit der längst widerlegten Behauptung, daß die Sonntagssruhe die Ausgabe von Extrablättern und die Plakatur eines Anrufes der Kriminalpolizei unmöglich gemacht habe.

Hat in der Breiten Straße nur noch Alexander Meyer das Wort zu führen?

Zum Fall Bräsewiz schreibt man uns aus München: „Wie wäre es, wenn die sozialdemokratische Fraktion mit Rücksicht auf die Unsicherheit, der das Zivilpad den Bräsewiz gegenüber angelegt ist, im Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des für das besagte Pac geltenden Verbotes, Waffen zu tragen, stellen würde? Zeitgemäß wäre er! Entweder nimmt man den Bräsewiz den Säbel, oder man erlaubt den von den Bräsewiz'schen Utaquieren Zegenstöcke, Revolver etc. zu führen. Daß sich der Zivilist so mir nichts dir nichts abzurufen lassen soll, noch dazu von Leuten, die er selbst begibt, ist sogar für das Deutsche Reich, wo der Zivilist nur ein Einwohner II. Klasse, eine Art moderner Helot ist, ein etwas starker Tabak.“

Seine politische Korrespondenz im letzten Hefte der „Preussischen Jahrbücher“ schließt Professor Deibredt mit folgenden Ausführungen:

Der eigentliche Schwerpunkt, nachher die Sühne zu finden, liegt darin, daß der Offizier unter einem Stabesgericht steht und die öffentliche Meinung immer von dem Mißtrauen erfüllt sein wird, ob ein solches Gericht die Stabesgenossen auch nicht zu milde beurtheile. Die bevorstehende Reform des Militär-Strafprozesses soll helfen. Wird es möglich sein, wirklich Formen zu finden, die den entgegenstehenden Interessen einigermaßen gerecht werden?

Wie aber soll die rechte Freundschaft für die Ausbildung der vaterländischen Wehrmacht gegeben, wenn das Volk in der Arme eine Art feindlicher Macht erblickt?

Das Stöckerblatt und der Fall Bräsewiz. Wären Stöcker und die um ihn imgehend für die Moralgrundsätze des Christenthums, so Wante gegen dasselbe kein niederschmetternder Angriff gemacht werden als auf Grund des folgenden Artikels des Stöcker'schen „Volk“:

Was die Richter als Kollegium und imgeordneten Wege Rechtsens zu thun haben, das liegt dem Offizier als Schwertträger des Königs persönlich ob und in der Weise des Kampfes, zu welchem er und sein Schwert berufen sind. Jeder Angriff auf die repräsentative Persönlichkeit des Offiziers ist ein Angriff auf des Königs Majestät selbst, und wie das Gericht ist der Offizier berufen, diesen Angriff sofort zurückzuweisen, aber natürlich in der Weise und mit den Waffen eines Kriegers.

Ein solcher Angriff kann thatsächlich, aber nicht absichtlich oder doch nicht mit Bedacht geschehen sein. Dann bedeutet eine Entschuldigung, wie sie Herr v. B. forderte, die Lösung des Konflikts. Er kann aber absichtlich und mit Vorbedacht geschehen sein, oder durch Verweigerung der Entschuldigung die Qualität eines absichtlichen Angriffs erhalten, obwohl er ursprünglich nicht so gemeint war, — dann kann er nach der Logik der Thatsachen nicht anders als mit den dem Offizier zur Verfügung stehenden Kampfmitteln zurückgewiesen werden. Der Offizier übt Ehrennothwehr des Königs.

Was als Angriff dieser Art anzusehen ist, also wann von der Waffe Gebrauch gemacht werden soll, unterliegt der geschichtlichen Entwicklung, kann also nach Ort und Zeit verschieden sein. Zweierlei aber findet in jedem Falle und unter allen Umständen statt:

Das eine ist dies: wenn überhaupt von den Waffen Gebrauch gemacht wird, muß es nachdrücklich geschehen — der Gegner muß nicht verletzt, verwundet, mit einem heftigeren oder weniger heftigen Schmerz „bestraft“ werden (nach der Schwere der Verschuldung etwa, denn es handelt sich nicht um Strafe, sondern um Kampf). Der Gegner muß kampfunfähig gemacht werden, das ist das Ziel jedes Kampfes mit blanker Waffe (sehr im Unterschied vom Kampf im Recht oder vom wirtschaftlichen Kampf, die ihrer Natur nach andere Ziele verfolgen).

Wenn der Lieutenant v. B., statt seinem Gegner mit der breiten Klinge um die Weine oder mit der stumpfen Schärbe über den Kopf zu hauen, ihm einen Stich versetzte, so thät er das Einzige, was er nach der Beschaffenheit seiner Waffe, des Offiziersdegen, thun konnte. Jeder Offizier würde seine Waffe in derselben Weise geführt haben und haben führen müssen, wenn einmal der Kampf unvermeidlich war.

Das andere ist dies: Der Gegner muß sofort nach dem Angriff oder nach der Weigerung, sich zu entschuldigen, niedergeschlagen werden. Wenn diese Nothwendigkeit vorhanden ist, darf sich der Offizier vor niemand und durch nichts am sofortigen Gegenschlage hindern lassen. Hier hat nach den bisher vorliegenden Berichten Herr v. B. gefehlt. Er hat den rechten Augenblick verpaßt. Als ihm dieser Fehler zum Bewußtsein kam, wollte er das Versäumnis nachholen und beging eine That, die sich von der repräsentativen Ehren-Nothwehr aus nicht mehr rechtfertigen läßt.

Nur eine Bitte hinzuzufügen, hieße der Wirkung dieses Artikels Abbruch thun, was wir beileibe nicht beabsichtigen. —

Zur Charakteristik unseres Militär-Strafprozesses. Verfahren finden wir in der „Breslauer Morgen-Zeitung“ folgenden Beitrag. Das Blatt schreibt: Am 1. August dieses Jahres ereignete sich auf der Breslauer Militär-Schwimmhalle bei Kleinburg jener bedauerliche Vorfall, dem der Kürassier Walter zum Opfer fiel. Der genannte Soldat erkrankte beim Schwimmen an der Leine, an die doch die Versenden geschnallt werden, damit sie gegen die Gefahr des Ertrinkens geschützt sind. Unseren Lesern ist der Hergang der Kleinburger Katastrophe noch erinnerlich. Walter war ein ungelehrter Schüler, nicht indem er sich widerspenstig zeigte, sondern weil ihm schlechterdings die Fähigkeit mangelte, den Befehlen seines Lehrmeisters nachzukommen; vielleicht litt er an Wasserfurcht, vielleicht machte es ihm ein anderes Gebreche unmöglich, sich mit dem feuchten Elemente zu befassen. Auch an dem bewußten Tage fühlte er sich sehr unglücklich im Wasser, er sollte Tempel machen und konnte nicht. Unteroffizier und Lieutenant sahen und hörten, was sich vor ihnen ereignete. Den Bitten Walter's, ihn aus dem Wasser zu lassen, ward nicht entsprochen; als man den Untergehenden dann endlich herauszog, hatte der Tod seinem Leben ein Ende gemacht. Die Aufregung über den Vorfall war damals sehr groß, denn man war im Publikum auf Grund der Berichte von einwandfreien Augenzeugen der Ansicht, daß der Tod des Kürassiers Walter nicht eingetreten wäre, wenn die beiden in der Schwimmhalle als Lehrmeister respektive als Inspektor fungierenden Organe die qualvolle Situation, in welcher sich der ungelehrte Schwimmlehrling befand, rechtzeitig erkannt hätten. Dazu gehörte allerdings, daß dieselben nicht Simulation voraussetzen, wo es sich thatsächlich um angestrebte Bitten um Erlösung handelte. Wir haben seinerzeit das Unserige gethan, um die Sache klar zu legen, und das Militärgericht der 11. Division beistellte sich, die Redaktion der „Bresl. M. Ztg.“ in einem sehr verbindlich gehaltenen Schreiben vom 8. August um Nennung der von ihr protokollosarisch vernommenen Zeugen zu ersuchen, einem Wunsch, dem wir umgehend entsprochen haben. Seitdem verlaute von der Angelegenheit nichts mehr, bis mehrfache Ereignisse der letzten Zeit — die Vorfälle in Karlsruhe, in Aurtich, in Mannheim u. a. D. — dieselbe wieder in die Erinnerung riefen. Wiederholte, an die Redaktion der „Bresl. Morgen-Ztg.“ gerichtete Anfragen veranlaßten sie dann, nachstehendes Schreiben dem Divisionsgericht zu übermitteln:

Breslau, den 24. Oktober 1896.
An das Gericht der 11. Division
Breslau.

Durch das Schreiben des kgl. Divisionsgerichts III b. 948 vom 11. (soll heißen 7.) August cr. wurden wir ersucht, die Zeugen des unglücklichen Vorfalls in der Schwimmhalle der Kürassiere, dem der Kürassier Walter zum Opfer fiel, anzugeben. Wir haben uns seiner Zeit beistellt, dem Wunsche des Gerichts nachzukommen und erlauben uns nun die ganz ergebene Anfrage, welches Resultat die Untersuchung ergeben hat.

Wir erhalten bei jeder passenden Gelegenheit mehr oder minder anmüthige Anfragen aus dem Publikum, denen wir gern durch Mittheilung des Resultats der damals eingeleiteten Untersuchung die Spitze abbrechen respektive ein Ende bereiten möchten.

Wir erwarten eine gefällige Antwort auf diese unsere ergebene Anfrage.

Die Redaktion der „Breslauer Morgen-Zeitung“.
Darauf erhielt die Redaktion der „Breslauer Morgen-Ztg.“ folgendes Antwortschreiben:

11. Division
III b 492. Breslau, den 27. Oktober 1896.

II.
Der Redaktion der „Breslauer Morgen-Zeitung“.

Auf die gefällige Zuschrift vom 24. d. Mts. erwidert der Redaktion das Divisionsgericht hiermit ergebenst, daß die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist. Auch hält sich das Divisionsgericht nicht für berechtigt, über das Ergebnis der Untersuchung öffentlichen Blättern Mittheilung zugehen zu lassen.

Königlicher Gericht der 11. Division.
Freiherr von Hüllessem,
Generallieutenant und Divisions-Kommandeur.

Also die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, und wenn sie es sein wird, wird man nichts über sie erfahren. Das Divisionsgericht möchte vielleicht den öffentlichen Blättern Mittheilung machen, aber „es hält sich dazu nicht für berechtigt“; es darf also nicht. Nun, wir denken, wir werden dennoch seiner Zeit erfahren, welches Ergebnis nicht nur die Ermittlungen, zu denen beigetragen zu haben wir uns ja auch rühmen dürfen, sondern auch das eventuell zu eröffnende Militär-Strafverfahren zeitigen werden. Das Divisionsgericht wird doch nicht umhin können, der Mutter des Ertrunkenen entsprechende Mittheilungen zu machen, und diese Mittheilungen dürften den Charakter des Geheimnisses kaum tragen. Wir werden die Sache im Auge behalten. Im übrigen zeigt auch dieser Fall, wie dringend notwendig eine Reform des Militär-Strafprozesses ist.

— Der Schweinburg über den Fall Levy. In der auch von Victor Schweinburg herausgegebenen „Neuen Reichs-Korrespondenz“ findet sich die folgende Notiz:

Die sensationelle Ermordung des Justizraths Levy in Berlin hat das Augenmerk scharfer blickender Beobachter von neuem auf die wohl nirgends außer seitens der „Genossen“ geleugnete Thatsache der zunehmenden

Sittlichen Verwahrlosung der Arbeiterjugend gelenkt. Diese Verwahrlosung ist in erster Linie dem bewußten, planmäßigen Entgegenwirken der sozialdemokratischen Propaganda und Heftblätter gegen die veredelnden Bemühungen der Schul- und Kirchengenossen zuzuschreiben. Das und Verachtung der in Kirche und Schule empfangenen Lehren und Lebensgrundsätze werden namentlich in den großstädtischen Proletariatskreisen, den aufwachsenden Geschlechtern schon von frühester Kindheit an eingeschärft, und wer sich auf der Straße, in der Werkstatt, und wo sonst immer, umsieht, kann auf Schritt und Tritt immer neue Beweise von der Verwilderung erhalten, zu welcher die Arbeiterkinder theils instinktiv neigen, theils von gewissenlosen Eltern systematisch hingedrängt werden. Mit dem Maß gegen jeden, der einen anständigen Rock an hat und sich anständig betragt, geht der Neid und die Sucht nach materiellem

Lebensgenuss Hand in Hand. Wie die Masse der Arbeiter um eines ganz nützigen Anlasses willen sich nicht bedenklich, durch

Streik und Vorfälle
gewaltthätig gegen die normalen Existenzbedingungen der Gesamtheit vorzugehen, so thut es der einzelne jugendliche Arbeiter, wenn er das Dolchmesser gegen einen Mitmenschen der begünstigten Klasse zückt, um von den Früchten des Raubmordes sich ein paar gute Tage machen zu können. Nicht direkt, aber indirekt, wegen der durch sie gefördernten moralischen Brunnungsvergiftung, ist die Sozialdemokratie die Mitschuldige an solchen Freveln, wie die Ermordung des Justizraths Levy. Gleich und gleich gestelt sich gern. Es ist eine Annahme sonderbar gleich, wenn die Sozialdemokratie dies leugnet und sich herausnimmt, den Sittenrichter zu spielen. Eine vom Geiste der Unstillschkeit und des Hasses durchsetzte Partei hat allen Grund, vor den eigenen Thüren zu lehren. Wer wirklich in den sozialdemokratischen Hirngespinnsten ein höheres menschliches Ideal erkennen sollte, der würde ein solche Unreife des Denkens und Wollens bekennen, daß er ausscheidet für das praktische Leben.

Wer sich im Aufreizen zu Haß und Verachtung gegen andere Gesellschaftsklassen unterrichten will, wer Gegner bekämpfen will ohne jede Rücksicht auf Recht und Billigkeit, wer vorurtheilsvoll gegen alle Lehren der Geschichte, wer blind gegen alle Thatfachen seinen Feinden auf den Leib rücken will, der gehe zu Schweinburg in die Schule. —

— Schweinburg über den „Vooruil“-Prozess. Die in unserem Leitartikel erwähnte Replik lautet:

Der Prozess Anseele wird sich, wenn nicht alles täuscht, zu einem Markstein der sozialdemokratischen Parteikorruption gestalten. Die belgischen Genossen sind in hohem Grade entrüstet wegen der cynischen Deceit, die sich in der ganzen Behandlung des Falles seitens der offiziellen Kreise der internationalen Sozialdemokratie offenbart hat. Nicht eine einzige beschönigende Behauptung, welche zu Gunsten Anseele's mit ebener Stirn vorgebracht wurde, hat vor der Wahrheit Stand zu halten vermocht, wohl aber belastete das in scharfer Opposition gegen die Anseele, Bebel, Singer u. s. w. stehende sozialdemokratische Blatt „Recht vor Allen“ dieser Tage das Konto Anseele's mit zwei weiteren Debetposten, und zwar einem ganz gemeinen, mit Urkundenfälschung verbundenen Schwindel, und einer in den schärfsten Ausdrücken formulirten Aufforderung an die Arbeiter zur Dynamitpropaganda. Natürlich leugnete Anseele auch jetzt wieder alles „und erwartet den Gegenbeweis“; in den weitesten Kreisen der belgischen Genossen hat aber sein Führerprestige einen unverwundlichen Schaden erlitten und seine öffentliche Laufbahn darf schon jetzt als beendigt gelten.

Wir hielten es für nöthig, dieses Elaborat niedriger zu hängen. Und zwar thun wir dies nicht, um den Herrn Schweinburg zu kennzeichnen — das ist nicht nöthig — sondern um seine Seelengemeinschaft mit dem Nieuwenhuis'schen Anarchistenblatt zu zeigen, das von Biedermann fugs in ein „sozialdemokratisches Blatt“ umschweiburgert. —

— Der Berichterstatter Herr v. Lühow sendet dem „Frankf. Ztg.“ zu den Mittheilungen, die wir auch über ihn nach der „Frankf. Ztg.“ gemacht haben, die nachstehende Berichtigung:

Die Meldung in der Abendnummer des „Berliner Tageblatt“ vom 28. dieses Monats über meine „Personalien“ enthält so verletzende Behauptungen und Verdächtigungen meiner Person, daß ich zu erklären habe: Es ist eine Unwahrheit, daß ich wegen Indiscretionen aus dem „Wolff'schen Bureau“ entlassen worden bin und dann selbst ein Nachrichtenbureau gründete. Ich schied vielmehr im Herbst 1889 freiwillig aus genanntem Bureau und bin seitdem theils als Berichterstatter beziehungsweise Redakteur hiesiger Presseorgane, theils als Korrespondent von Provinzialblättern journalistisch thätig. — Es ist eine Unwahrheit, daß ich jemals, so im Jahre 1890, als russischer Spion denunzirt und als Landverhrossler entlassen wurde. Mein Thun und Lassen war und ist vielmehr deutsch und gerecht, da ich als Halbinvalid Pension beziehe, der Grund meines Rücktritts aus dem Heere, daß ich außerdem mit der Aussicht auf Anstellung im Zivildienst verließ, nicht zur Unehre. — Es ist eine Unwahrheit, daß ich Angestellter der politischen Polizei bin, mich lächerlich durchschlage und mich niemals Jemand eines unzuverlässigen Charakters geziehen hat. — Auch die sonstigen „Personalien“ in bezug auf meine Familienverhältnisse enthalten Unrichtigkeiten, doch sehe ich von ihrer Richtigstellung ab, weil sie rein persönliche Verhältnisse betreffen und als solche außerhalb meiner Familie stehende nicht angeben beziehungsweise nicht interessieren. — Da die oben gekennzeichneten schweren Verleumdungen geeignet sind, mich in den Augen meiner Mitbürger herabzuwürdigen u. s., so habe ich den Klagenweg gegen den Verleumder beschritten.

Berlin SW. 46, den 28. Oktober 1896.
In ausgezeichneter Werthschätzung
Karl Christian v. Lühow.

Der hiernach der Verleumdung gezielte Gewährsmann der „Frankf. Ztg.“ dürfte die Antwort auf diese Bemerkungen nicht schuldig bleiben. Auffälligerweise hat Herr v. Lühow die Behauptung der „Welt am Montag“, er habe sein Ehrenwort dafür verpfändet, die Nachricht gegen den Grafen Gulsburg vom Staatssekretär Freiherrn v. Marschall erhalten zu haben, noch nicht demittirt. —

— Der Versteinungsprozess in letzter Instanz. Das Reichsgericht hat die in dem Stolper Versteinungsprozess seitens des Staatsanwalts und des Nebenklägers eingelegte Revision verworfen, da das Urtheil keinerlei Rechtsirrtum enthalte. Wir sind nun begierig, ob die Zeugnisaussagen bezüglich der angeblichen Beamtendestellungen zu einem Verfahren gegen Geheimrath Becker führen werden. Wegen viel unbedeutenderer Verdachtsgründe sind Sozialdemokraten schon in Untersuchungshaft genommen worden. Von einem Stadium der Voruntersuchung gegen den Geheimrath Becker war wohl in den Zeitungen die Rede. Es ist aber abzuwarten, wie weit die Sache gedeihen wird. —

Blatt, 27. Oktober. (Fig. Ver.) Eine genaue Darstellung der Art, wie Herr v. Koke seine „Festungshast“ in Glas „abspült“, dürfte von Interesse auch für die sein, denen die Person, die den Hofbeamten Schrader im Duell tödtete, menschlich völlig gleichgültig ist. Leider kann Ihnen Ihre Korrespondent nur einige hochinteressante Züge zu dem Bilde liefern. Vor allem fällt jedem Blaser Einwohner der tiefe Respekt auf, der in den ehrerbietigen Begrüßungen Koke's zum Ausdruck kommt. Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten des hier garnisonirenden Regiments sollen den Befehl erhalten haben, Herrn Koke zu grüßen. Aber auch Zivilpersonen wie höhere Beamte und Gefängnisaufseher — grüßen Herrn v. Koke mit aller Hochachtung. Am besten kann man das täglich in den Stunden von 3—6 Uhr Nachmittag beobachten, denn um 3 Uhr begiebt sich Herr v. Koke von der Festung nach dem Hotel Kaiserhof herunter, wo er sein opulentes Diner, bei dem nie die Flasche Champagner fehlen darf, einnimmt. Nachdem er sich so geküßt hat, geht er bis 6 Uhr frei auf den Straßen spazieren. Das Aussehen des Herrn v. Koke ist sehr gut und auch seine Stimmung scheint vortreflich zu sein. Den Besuch seiner Frau erhält der Duellmörder alle vier Wochen.

Die große Mehrzahl des deutschen Volkes, die das Duell als möglicherweise Nordverfälschung bzw. Nord betrachten, hat für diese Art der Bestrafung eben so wenig Verständnis wie für die direkt entgegengesetzte Behandlung der Preßsünder. —

— Amtliche Umbildungen. Von der Regierung zu Arnberg ist ein in ihrem Auftrage verfaßtes Lesebuch

zur Einführung in sämmtliche evangelische Volksschulen ihres Bezirkes bestimmt worden. Das Buch enthält auch eine Reihe Lieder, die von den Kindern auswendig gelernt werden sollen. Nun ist aber an sämmtlichen Schulen des Regierungsbezirks Arnberg bereits seit Jahren eine amtliche Liederammlung mit der ausdrücklichen Bestimmung eingeführt, daß die in diesen Liedern befindlichen auf den verschiedenen Stufen der Volksschule nach genauer Vorschrift so fest eingelesen werden sollen, daß sie für's Leben aushalten. Nun enthält das Lesebuch, wie der „Rhein-Westfäl. Zeitung“ aus Lehrkreisen geschrieben wird, eine ganze Reihe Lieder, die auch in der amtlichen Liederammlung enthalten sind. Schon bei der Herausgabe der letzteren hat man manche Texte, und manchmal recht unglücklich „verbessert“, die Herausgeber des neuen Lesebuches haben ihrerseits auch wieder „verbessert“, und so ist es denn gekommen, daß die Lieder des amtlichen Lehrbuches mit denen der amtlichen Liederammlung vielfach nicht übereinstimmen. Unter den Liedern, die so in zwei Texten erscheinen, befindet sich die „Wacht am Rhein“, „Ich bin ein Preuße“, „Was blasen die Trompeten“. In dem wilden Kriegesstange, „Schier dreißig Jahre bist du alt“. Das ein Schultath an diesen Liedern verbessern zu können glaubt, und woher er überhaupt das Recht nimmt, verbessern zu können, ist ganz unverständlich. Daß nun auch noch obenrein Abweichungen von der sogenannten „amtlichen“ Liederammlung vorkommen, setzt dem Unfug die Krone auf. —

— Das neue sächsische Landtags-Wahlrecht dürfte auch einem großen Theil derjenigen un bequem werden, die vermeint haben, es sei zu begriffen, weil es sich gegen die Sozialdemokratie richtet. In die Steuerleistung, wonach die Einteilung in Klassen erfolgt, wird nicht nur die staatliche Einkommensteuer, sondern auch die Staatssteuer für Grund- und Gebäudebesitz eingerechnet. Auf der Hauptversammlung des Landesvereins der Hausbesitzer im Königreich Sachsen ließ sich nun ein Herr Zähne aus Leipzig in längerer Rede über den Einfluß aus, den das neue Wahlrecht den Hausbesitzern gewähre. Er kam zu dem Ergebnis, daß „da in Zukunft“ — wir zitiren nach der „Deutschen Hausbesitzer-Zeitung“ — „die Staats-Grundsteuer bei Abminderung des Landtags-Wahlrechts mit in Anrechnung gelangt, so daß die Grundbesitzer Sachsens bei den Landtags-Wahlen eine ausschlaggebende Rolle spielen werden. Es werden künftig in den drei Städten Dresden, Leipzig und Chemnitz fast alle Hausbesitzer mindestens der zweiten, ein großer Theil aber der ersten Abtheilung angehören. In den kleineren Städten mit großer Arbeiterbevölkerung werden die Verhältnisse für die Hausbesitzer vermutlich noch günstiger liegen, denn dort wird oft allein bereits die Grundsteuer genügen, den Hausbesitzern ein höheres Wahlrecht zu verleihen. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich behaupte, die Hausbesitzer werden in allen sächsischen Wahlkreisen in zweiter und erster Abtheilung eine große Mehrheit haben.“ Die Versammlung nahm schließlich einstimmig folgende Resolution an: „Es erscheint notwendig, daß in allen sächsischen Wahlkreisen Sachsens die Hausbesitzer bei den Landtags-Wahlen selbstständig vorgehen und ihre Stimmen nur solchen Kandidaten zuwenden, welche der Ueberzeugung sind, daß die Sonderbelastung des Grundbesitzes mit den Forderungen einer gerechten Vertheilung der Steuerlast nicht mehr vereinbar sei.“

Die sächsische Regierung plant, wie wir an anderer Stelle der heutigen Nummer des näheren berichten, eine Reform des Wohnungswesens, die eine Verminderung des Werthes der Grundstücke zur Folge haben muß. Ein Landtag, der in seiner Mehrheit aus Hausbesitzern besteht, würde aber eher für die Vereinigung Sachsens mit dem sächsischen „Breiten“ votiren, als der Regierung erlauben, die Wohnungsreform zu verwirklichen. Wir hoffen, daß das revidirte sächsische Landtags-Wahlrecht denen um Wegich noch manche andere Ueberraschungen bringen wird.

Hamburg, 28. Oktober. Die Hamburger Bürgerschaft hat die Vorschläge der Vermittlungs-Deputation heute endgültig genehmigt. Hierdurch ist das Werk der Verwaltungsreform und der Verfassungsrevision, welche mehrere Jahre in Anspruch genommen hat, beendet. —

Oesterreich.

Wien, 29. Oktober. Der Budgetausfuss nahm mit 25 gegen 9 Stimmen den Dispositionsfonds an. So hat also Graf Badeni sein Vertrauensvotum weg. Die Liberalen haben natürlich auch dafür gestimmt. —

— Ein Wiener Fall Brasewitz. Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ schreibt:

Um 1/10 Uhr abends an der Kreuzung der Mariahilferstraße und Kaiserstraße kam der Omnibusfahrer Nummer mit seinem Wagen — es war ein sogenannter Tramway-Omnibus — durch die ehemalige Mariahilferlinie heringefahren, als vor seinem Gefährt plötzlich ein Offizier in Gesellschaft von vier bis fünf Damen auftauchte. Nummer stieß mehrere Male den Warnungsrufer an. Jedoch vergebens. Der Offizier mit seinem weiblichen Kortage gab den Weg nicht frei, und Nummer war gezwungen, den Wagen anzuhalten. Dies brachte den Kutscher, der seine Fahrzeit einhalten muß, will er sich nicht einer Strafe aussetzen, in Aufregung, und er schrie den Offizier an: „Können Sie net auf d' Seiten geh'n?“ Nummer wollte eben die Bremse wieder aufdrehen, aber er konnte diesen Vorfall nicht mehr anfahren. Der Offizier, ein Oberlieutenant — Rudolf Hesse, vom 14. Divisionsartillerie-Regiment soll er sein — riß den Säbel aus der Scheide, und unter dem Gequiel seiner Damen führte er einen wuchtigen Hieb gegen die rechte Hand Nummer's, die gerade die Bremse umspannt hielt. Der tapfere Held durchschlug dem Kutscher den kleinen Finger fast ganz, so daß der Finger nur an einer Sehne hing. Der Goldfingerhaken wurde zersplittert, und am Mittelfinger erlitt Nummer eine leichtere Verletzung. Der Wagen hielt sofort, die Passagiere stiegen erschreckt aus, und auch zahlreiche Neugierige umstanden sofort das Gefährt. Unter den Passagieren befand sich auch ein Hauptmann. Auf diesen trat der Oberlieutenant zu, machte stramm halt und meldete im Dienstton: „Herr Hauptmann, ich melde gehorsamt, daß mich der Mann angeschrien hat und ich ihn mit dem Säbel geschlagen habe.“ Der Hauptmann, dessen Signalment wir leider nicht ermitteln konnten, erwiderte darauf: „Recht haben Sie gehabt.“ Der stramme Oberlieutenant wollte sich nun drücken, aber die Menschenmenge war so erbittert, daß sie den Platz nicht freigab. Das junge Herrchen mußte die Hülse eines Wachmannes in Anspruch nehmen, der wie ein rettender Engel erschien und den Säbelhelden sowie sein Opfer auf die Wache stube in der Millergasse brachte. Dem Verletzten wurde ein Nothverband angelegt, der Herr Oberlieutenant ließ sich einen Komfortabel kommen und lud den Verletzten ein, mit ihm auf das Kommissariat zu fahren — was dieser ablehnte — und fuhr schließlich allein davon. Auf dem Kommissariat wurde der Leibverband aufgenommen und dem Verletzten seitens des Polizeibezirksarztes ein zweiter Verband angelegt. Der Offizier war entlassen. Der Verletzte mußte zu Fuß, so wie er aus dem Kommissariat gekommen war, in Begleitung eines Wachorgans ins Wiedener Spital auf der Favoritenstraße gehen. Um halb 12 Uhr nachts wurde der Verletzte endlich zu Bett gebracht. Die Ärzte nahmen sofort eine Operation vor;

Ne extrahierten die Knochen splitter aus den Muskeln und verbanden die Wunden.

Was mit dem schneidigen Güter seiner Ehre weiter gesehen ist, wissen wir nicht, denn die Polizei, die sonst über jeden Schmarren berichtet, weiß über diesen Vorfall nichts und versendet auch keinen offiziellen Bericht. Nicht einmal der polizeilich doch festgestellte Name des Feldes wird den Blättern bekanntgegeben. Das polizeiliche Protokoll scheint auf dem Kommissariat Mariabühl verlegt zu sein, wenigstens wußte der journalhabende Kommissar unserem Berichterstatter keine Auskunft zu geben.

Summer, dessen Verletzung sich als eine schwere herausstellt, ist Vater von vier unmündigen Kindern. Sein Weib wurde kürzlich operiert, eines seiner Kinder liegt im Spital an einem Armbruch danieder. Das Attentat trifft den armen Teufel daher um so schwerer. Unter den Kameraden des Verletzten herrscht große Erbitterung gegen den gewaltthätigen Offizier, der natürlich strafflos bleiben wird, denn seine Vorgesetzten werden, wie der Hauptmann, finden, daß er vollkommen reglementsmäßig gehandelt hat.

Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen!

Wien, 28. Oktober. Die niederösterreichische Handelskammer beschloß, anlässlich der ungarischen Wahlen, den projektirten Donau-Oder-Kanal durch einen Seitental hauptsächlich den ungarischen Interessen dienlich zu machen, an die Regierung eine Petition zu richten, bei der Ausführung des Projektes die Interessen des Handels Wiens und Niederösterreichs vollständig zu wahren.

Bei den niederösterreichischen Landtagswahlen haben, soweit die Ergebnisse vorliegen, die Liberalen große Verluste, von 5 Mandaten 3, die Antisemiten große Erfolge zu verzeichnen.

Hungarn.

Budapest, 29. Oktober. Bisher ist das Ergebnis von insgesammt 313 Wahlen bekannt. Von den Gewählten gehören 218 der liberalen Partei an, 23 der Nationalpartei, 37 der Kossuth-Fraktion, 5 der Ugron-Fraktion, 14 der Volkspartei; 10 gehören keiner Partei an. 5 Stichwahlen haben stattgefunden. Eine Wahl wurde suspendirt. Die liberale Partei hat bis jetzt von der Nationalpartei 17, von der Kossuth-Fraktion 12, von der Ugron-Fraktion 16, von der Volkspartei 1 und von den Parteilos 12 Mandate gewonnen; dagegen haben die Liberalen verloren an die Nationalpartei 2, an die Kossuth-Fraktion 6, an die Volkspartei 8 und an die Parteilos 3 Mandate. Der reine Gewinn der Liberalen beträgt 44 Mandate.

Schweiz.

Jürich, 27. Oktober. (Sig. Ver.) Der Zug nach Lints ist das Motto aller Wahlberathungen, der die Freisinnigen stark begeistert und sie zu tapferer Kritik des „Etatismus“ (Staatssozialismus), mit dem der alte Bundesrath Droz als politischer Commis voyageur so viel auf Reisen war, ermutigt und den sie ferner zu auslegen, daß das Volk den sozialpolitischen Fortschritt will. Das glauben wir auch, indessen ist es nicht zu glauben von manchem freisinnigen Nationalrath, wie die Vorgänge schon öfters zeigten. Die Freisinnigen haben 5 neue Sitze gewonnen und 2 verloren; in 5 Wahlkreisen müssen sie einen zweiten Wahlgang machen. Das Zentrum hat 5 verloren und 1 gewonnen; in 2 Wahlkreisen steht es in der Stichwahl. Die Ultramontanen haben 4 Sitze verloren, 3 gewonnen und in einem stehen sie in der Stichwahl. Die sozialdemokratische Partei hat den Sieg in Basel gewonnen und steht in Bern, Jürich, Neuenburg, Lugern und Appenzell, Auser-Rhodod, also in 5 Wahlkreisen in der Stichwahl. Das nicht unbedeutende Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen, das etwa 10 000 ausmacht und die zusammen annähernd 40 000 gegen etwa 30 000 im Jahre 1898 betragen, wird auch von den Gegnern anerkannt und ist für uns der erfreuliche Beweis, daß die Schweizerische Sozialdemokratie trotz der vielen Schwierigkeiten und trotzdem ihre Parteiverhältnisse manchmal geradezu trostlos aussehen, doch stetig vorwärts marschirt. So sind in Jürich die Stimmen gewachsen von 8668 auf rund 7000, die Grulich erhielt, am Jüricher See von 2179 auf 2790, in Winterthur von 2890 auf 2888, in Bern von 2808 auf 2830, in Biel von 1728 auf 2397, in Lausanne von 2891 auf 3200, in Genf von 798 auf 1857, in Appenzell von 994 auf 1650 u. s. w. In Basel erhielt Wulfschläger 1898 2602, jetzt 4635 Stimmen, wovon vielleicht 3000 reine Parteistimmen sind. Die Aussichten für die Stichwahlen sind keine großen.

Frankreich.

Paris, 28. Oktober. Die sozialistischen Deputirten und Delegirten sind gestern Abend von Carmaux und Albi wieder in Paris eingetroffen. Jaures erklärte einem Berichterstatter des „Matin“, daß er sehr zufrieden mit seiner Reise sei, ging auf näheres jedoch nicht ein. In ähnlicher Weise äußert sich der sozialistische Deputirte Santamier, der die Brutalität der Polizei nicht genug schildern konnte. Henri Rochefort antwortete auf die an ihn gestellten Fragen nur, daß er dem Minister des Innern den „Krieg bis ans Messer“ erklärt habe. Rochefort, der bei seiner Ankunft in Carmaux, angeblich von den Arbeitern Resignirter, mit Steinen geworfen wurde, ohne indeß getroffen zu werden, giebt heute im „Intransigeant“ eine genaue Beschreibung der Ereignisse in Carmaux. Hiernach fuhr bei dem großen Meeting Herr Jaures, nachdem die Pfeifer hinausgeworfen worden waren, in größter Ruhe in seiner Rede fort, als plötzlich 60 Gewehrdarmen mit umhängendem Gewehr in den Saal eindrangen, um diesen zu räumen. „Obgleich“, schreibt Rochefort, „unsere Freunde auf alle Gemeinheiten gefaßt waren, setzten sie dieses unmotivirte Eindringen umso mehr in Erstaunen, als der Polizeikommissar, der sich im Saale befand, nicht ein Wort gesagt hatte, denselben zu verlassen. Haben Sie die Gendarmen herbeigerufen?“ fragte der sozialistische Abg. Weyer. „Nein“, antwortete der Kommissar. „Wahrscheinlich hat sich außerhalb des Saales irgend etwas zugetragen.“ Jaures sagte hierauf: „Dieser Erklärung des Kommissars, daß er nicht die Intervention der bewaffneten Macht herbeigeführt hat, ist auch nicht ein Wort hinzuzufügen. Ich fordere alle zu Zeugen dieser Erklärung auf.“

Paris, 29. Oktober. Wie verlautet, wird die Regierung in der heutigen Sitzung der Kammer die sofortige Erörterung der Interpellation Jaures über die Vorfälle in Carmaux annehmen.

Spanien.

Die Finanzlage ist verzweifelt. Die 1000 Millionen-Anleihe ist von allen auswärtigen Börsen abgewiesen worden. Nun will man es mit einer inländischen Zwangsanleihe von 300 Millionen versuchen, mit der man bis zum Frühjahr auskommen hofft. Das Ministerium bezweifelt, ob es stark genug ist, eine solche Zwangsanleihe zu erzwingen. Andererseits fürchtet man einen weiteren ungünstigen Einfluß auf den Geldmarkt, wenn das Ministerium gerade jetzt zurücktreten würde. Die spanische Rente steht heute niedriger im Kurse, als jemals seit 10 Jahren. Während sie auf der Frankfurter Börse Ende 1897 mit 73,10, Ende 1898 mit 72,90, Ende 1899 mit 75,70 und selbst Ende 1895 noch mit 62,50 notirt wurde, wird sie im Kursblatt der Frankfurter Börse vom 27. Oktober d. J. mit 58,70 notirt. Hand in Hand mit dem Preisfall der Staatspapiere geht die Steigerung des Wechselkurses bezw. des Goldaufgeldes, das gestern bis auf 26 pCt. hinaufschneute und damit den höchsten bisher dagewesenen Stand erreichte.

Türkei.

Konstantinopel, 29. Oktober. Die Angeklagten des Arsenals sind wegen Nichtbezahlung ihrer Löhne in den Ausstand eingetreten.

Griechenland.

Die Deputirtenkammer ist zu einer außerordentlichen Session auf den 6. November einberufen.

Amerika.

New-York. Das Reuter'sche Bureau meldet d. d. 27. Oktober:

Der in Boulogne eine zeitlang festgehaltene Fenier Tynn ist heute von Europa hier angekommen. Er wurde von den Mitgliedern seiner Familie und einigen Freunden in unausgesprochener Weise empfangen. Den Reportern verweigerte er jede Auskunft. Nur sagte er: „Es bestand kein Dynamitanschlag, obgleich ich so stark an Dynamit glaube, wie Washington an Schießpulver. Meine Mission hatte einen wichtigeren Zweck, als einen Dynamitanschlag. Sie gelang besser, als ich mir träumen ließ. Worin sie bestand, will ich jetzt noch nicht enthüllen. Aber sie betraf das Wohl der gesammten irischen Rasse.“

So das Reuter'sche Bureau, das mit dem Verschwörungs-Fabrikanten Melville und dessen Schülern in Verbindung steht, also über den biedereren Tynn gut unterrichtet sein kann. Was dieser „für das Wohl der gesammten irischen Rasse gethan“, das heißt getrunken hat, wird die Dämmsten unter seinen Landsleuten wohl zu etlichen neuen - Trinkgeldern begeistern. Viel ist freilich nicht mehr herauszuschlagen.

Afrika.

Die englisch-egyptische Expedition nach Dongola scheint zum Stillstand gekommen zu sein. Alle in Suakin stationirten indischen Truppen werden Mitte November nach Indien zurückkehren.

Partei-Nachrichten.

Eine Parteikonferenz für den 1. württembergischen Wahlkreis (Stuttgart Stadt und Umf.) wird Sonntag, den 22. November, von nachmittags 8 Uhr an, in der Wirtschaft zum Ritter in Degerloch abgehalten.

Von der Agitation. In Strassburg in der Ufermarkt sprach am Sonntag Reichstags-Abgeordneter Herbert aus Stettin in einer Volksversammlung unter lebhaftem Beifall über Entstehung und Verbreitung der Sozialdemokratie.

In Rathenow hielt am Mittwoch Abend Reichstags-Abgeordneter Vedel eine Wählerversammlung ab, die von über 2000 Personen besucht war. Viele Hunderte mußten wegen mangels an Platz wieder umkehren. Die Zuhörer waren zum theil stundenweit herbeigeführt. Die sehr günstige Stimmung in der Versammlung wurde noch dadurch gehoben, daß ein Lehrer die Opposition machte und gründlich abgeführt wurde. Am Montag sprach Herr Eugen Richter in einer Versammlung in Rathenow, wo er über die Bestrebungen der Sozialdemokratie solches Blech zum besten gab, daß seine eigenen Anhänger die Köpfe schüttelten. Eine Debatte debütierte Herr Richter nicht, er ließ nach seinem Vortrag sofort die Versammlung schließen. In Brandenburg sprachen am selben Abend die Genossen Singer und Kuer vor ebenfalls überaus zahlreichen Versammlungen.

Die Versammlung der sozialwissenschaftlichen Vereinigung in Leipzig, wo Herr Max Lorenz die Gründe seines Austritts aus unserer Partei dem staunenden Publikum kund that, durfte von abends 1/29 bis früh 1/24 Uhr, also über 12 Uhr hinaus tagen, wo in Weis-Äthen die Versammlungen geschlossen werden müssen. Die Veranstanter der Versammlung hatten dieselbe für zwei Tage angemeldet und die Genehmigung dazu erhalten. Seit den 60er Jahren ist, wie die „Leipz. Volksztg.“ mittheilt, es den Arbeitern nicht mehr gestattet gewesen, die Versammlungen über 12 Uhr nachts hinaus auszudehnen, und als Genosse Grenz zu einer der letzten Versammlungen die Genehmigung, nach 12 Uhr tagen zu dürfen, einholen wollte, wurde ihm eröffnet, daß darüber erst Bescheid gefaßt werden müsse. Nach dem Verhalten der erstwähnten Versammlung gegenüber scheint die Polizei nunmehr über die Frage schlüssig gemacht zu haben und wäre es wohl angebracht, einmal auch für uns die Probe auf Exempel zu machen.

In Frankfurt a. M. beschloß der demokratische Verein in einer Versammlung mit allen gegen drei Stimmen, auf die Kandidatenliste zur Stadtverordnetenwahl auch einen Vertreter unserer Partei zu setzen, und zwar den Reichstags-Abgeordneten Wilhelm Schmidt.

In Wiesbaden hat in einer Versammlung, wo Dr. Querd über den Verlauf des Gothaer Parteitags berichtete, die Mehrheit der anwesenden Parteigenossen folgende Resolutionen gefaßt:

1. Auf dem diesjährigen Parteitag zu Gotha erlaubte sich der Genosse Schmidt (Berlin) zu bemängeln, daß die Parteigenossen des zweiten nassauischen Wahlkreises den Genossen Dr. Quard als ihren Reichstags-Kandidaten aufgestellt haben. Die heutige Parteiversammlung protestirt auf das allerentschiedenste gegen diesen Angriff auf die Parteigenossen des 2. nassauischen Wahlkreises, denn dieselben sind durchaus in der Lage, selbst beurtheilt zu können, ob jemand als ihr Reichstagskandidat geeignet ist oder nicht; die Parteiversammlung erklärt weiter, daß Genosse Quard das volle und ganze Vertrauen der Genossen des zweiten nassauischen Wahlkreises besitzt, und daß hieron die von verschiedenen Seiten gegen den Genossen Quard beliebigen persönlichen Angriffe auch nicht das geringste ändern werden. Ueberhaupt verbitten sich die Genossen des zweiten nassauischen Wahlkreises jegliche Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten.

2. Die Parteigenossen Wiesbadens bedauern auf das lebhafteste, daß auf dem Parteitage in solch' unerhörter Weise gegen den Genossen Liebknecht polemisiert worden ist. Ueberhaupt hoffen die Genossen, daß in Zukunft jener persönliche Ton aus der Debatte verschwindet.

Außerdem wurde beschloffen, diese Resolutionen durch den Vertrauensmann zur Veröffentlichung an den „Vorwärts“ zu schicken und den Genossen Schmidt-Berlin einzuladen, seine Angriffe gegen Quard und auf die Wiesbadener Genossen sobald als möglich persönlich in Wiesbaden in einer Versammlung zu vertreten.

Zu dieser Meinungsäußerung der betreffenden Wiesbadener Genossen geben wir unsern Kollegen Robert Schmidt das Wort. Er hat zu erklären:

Wenn die Parteigenossen im zweiten nassauischen Wahlkreis sich jede Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten verbitten, so ist das ihr gutes Recht; nur wird dadurch nicht verhindert, daß ich auch in Zukunft, wenn es mir angebracht erscheint, über sogenannte interne Angelegenheiten eines Wahlkreises meine Meinung äußern werde. Die freundliche Einladung zum Disput in Wiesbaden muß ich höflich ablehnen, da es mir fern liegt, die Freude, die unsere Wiesbadener Parteigenossen an ihrem Reichstags-Kandidaten haben, auch nur durch einen Mißton zu stören. Was ich dem Genossen Quard zu sagen hatte, geschah offen und ohne Rückhalt auf dem Parteitag; eine Wiederholung erscheint mir bis auf weiteres unnöthig.

In Weinheim in Baden beschloffen die Parteigenossen, sich an den Bürgerausschuß-Wahlen mit einer eigenen Kandidatenliste zu betheiligen.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Genosse Gerhardt in Breslau, der frühere verantwortliche Redakteur der „Volkswehr“, hat am Dienstag wieder eine Gefängnisstrafe angetreten.

Der Margarinefabrikant Mohr in Altona-Bahrenfeld hat so ziemlich die gesammte Parteipresse ver-

klagt. Ob er glaubt, damit den Absatz seines Produktes zu fördern?

Wegen Beleidigung, u. a. der Schiffsner Polizei, wurde der Redakteur des Altenburger „Wählers“, Genosse Bogens, vom Schöffengericht in Schmölla zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt. Insgeammt sind nun Gefängnisstrafen in Höhe von 4 Monaten 3 Wochen gegen ihn ausgesprochen. Drei Prozesse schweben noch.

Wegen Beleidigung eines Schuhmanns, über den das „Volksblatt für Hessen“ eine Notiz gebracht hatte, wurde Genosse Garbe in Kassel zu 40 M. oder 5 Tagen Gefängnis und den üblichen Nebenstrafen verurtheilt.

Gewerkschaftliches.

Der Streik auf dem Emailir-Werk von Carl Thiel u. Söhne in Lübeck dauert fort. Es wird verschiedentlich versucht, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen. Wir ersuchen daher, den Zuzug von Drechern, Schlossern, Klempnern und Schmieden streng fern zu halten. Hauptsächlich haben es die Agenten in den nächsten Tagen auf Leipzig, Dresden und Berlin abgesehen. Das Streik-Komitee.

Zu Groitzsch i. S. ist die Lohnbewegung der Schuhmacher beendet. Ueber das nähere ist noch nichts bekannt.

Wegen der Bezeichnung Polake, angewandt auf einen polnischen Streikbrecher, wurde vom Geraer Schöffengericht ein Maurer der Verurtheilung schuldig befunden und zu einem Tage Gefängnis verurtheilt.

Soziales.

Das Reichsgericht hat entschieden, daß Damenmankelfabriken im Sinne des Gesetzes sind, falls die Inhaber nur die Oberleitung ausüben, sich aber in der Hauptsache an den gewöhnlichen Arbeiten gar nicht oder nur wenig betheiligen, und wenn bei der Produktion eine gewisse Arbeitstheilung innegehalten wird. Damenkonfektions- und Manufakturwaaren-Geschäfte sind, ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeiter, als Fabriken anzusehen, wenn nur für einzelne Kunden und nicht auf Lager gearbeitet wird.

In Paris wurde am Mittwoch der zweite Kongreß des internationalen Genossenschaftsbundes eröffnet.

Deutschen und letzte Nachrichten.

Zur Nachwahl in Brandenburg a. d. O., für welche von allen in betracht kommenden Parteien in den letzten Tagen noch die größten Anstrengungen gemacht wurden, liegen und folgende Privat-Telegramme vor:

Brandenburg Peus (Soz.) 4110, Bleil (Freis.) 2161, v. Löbell (L.) 1014 Stimmen. Bis 1/29 Uhr überhaupt ohne Rathenow Peus 5306, Bleil 2691, Löbell 2264 Stimmen.

Bei der Hauptwahl 1898 wurden in Brandenburg Stimmen abgegeben für den Sozialdemokraten 8942, National-Konservative 1132, Antisemiten 51, Ultramontane 110, Freisinnigen 1638. Diesmal haben Antisemiten und Katholiken keinen Kandidaten aufgestellt, trotzdem hat die konservative Partei einen Ausfall von über 200 Stimmen in der Stadt Brandenburg erlitten. Dagegen hat unser Kandidat fast 200 Stimmen, der im Orte ansässige, sehr angesehene Kandidat der Freisinnigen aber über 500 Stimmen gewonnen.

Zwei weitere Privattelegramme ergaben abends 11 1/2 Uhr folgendes Resultat, dem das Stimmenverhältniß der Wahl von 1898 in Klammern beigefügt ist: Peus 7818 (Erwald 7699), Bleil 4753 (Hermes 4121), v. Löbell 6182 (Wiesche 6310). Bei Wiesche sind die Stimmen der Antisemiten und der Zentrumspartei, welche 1898 eigene Kandidaten aufgestellt hatten, mit eingerechnet. Danach hat die konservative Partei, oder besser gesagt der Ordnungsbund circa 300 Stimmen verloren. Die deutschfreisinnige Partei 644 und unsere Partei 114 Stimmen gewonnen.

Es stehen noch die Resultate von drei Ortschaften aus, die an dem Gesamtergebnis nicht ändern können; zwischen Peus und v. Löbell hat somit eine Stichwahl stattzufinden. Unsere Genossen im Wahlkreise Brandenburg-Westhavelland werden alle Hebel in Bewegung setzen, den konservativen Kandidaten Landrath v. Löbell eine gehörige Niederlage bei der Stichwahl zu bereiten. Dazu gehört aber erneute intensive Thätigkeit, deshalb rufen wir ihnen zu: „Freisch auf!“ zur Stichwahl.

Brandenburg a. O., 29. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bisherige Resultate (die in Klammern beigefügten Zahlen bedeuten die Ergebnisse der Wahl von 1898): Stadt Brandenburg: Peus (Soz.) 4110 (3942), Bleil (Freis.) 2161 (1898), v. Löbell (Konf.) 1014 (1298); Rathenow: Peus 1702 (1529), Bleil 909 (891), v. Löbell 701 (619); Plaue: Peus 154 (184), Bleil 149 (83), v. Löbell 54 (136); Griesbad: Peus 188 (92), Bleil 147 (157), v. Löbell 329 (335).

Rudolstadt, 29. Oktober. (Privat-Telegr.) Landtagswahl in Schwarzburg-Rudolstadt: In Frankenhäusen Genosse Apel wiedergewählt; bei den bis jetzt bekannten Resultaten aus den übrigen Kreisen große Minoritäten für unsere Partei. Aus acht Kreisen fehlen nähere Nachrichten.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. (B. H.) Die Frankfurter Zeitung meldet aus Paris: Der Ministerrath beschloß, von der Kammer die Vertagung der Interpellation Jaures über die Vorgänge in Carmaux auf nächste Woche zu verlangen.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. (B. H.) Nach einem Wiener Telegramm der „Frankf. Ztg.“ versuchten die Sozialdemokraten im 7. Bezirk der Hauptstadt unter Vortragung einer rothen Fahne eine Demonstration; sie wurden aber von der Polizei hieran behindert.

Wien, 29. Oktober. (B. H.) Der hiesige Vertreter der Aktiengesellschaft für Textilindustrie vormals Dollfus-Mieg in Mühlhausen i. C. Gottfried Lutter, ist wegen Veruntreuung von 180 000 Gulden verhaftet worden.

Budapest, 29. Oktober. (B. H.) Bis heute Nachmittag waren die Wahlergebnisse von 350 Wahlkreisen bekannt. Davon gehören 250 Sitze den Liberalen. Die nationale Partei hat die Hälfte ihrer Stimmen eingebüßt; die Ugronpartei ist fast gänzlich gesplittert. Die Kossuth-Partei behält sich noch am besten.

Paris, 29. Oktober. (B. L. B.) Der Schöffengerichtshof fällt heute über Kubert und die unverheiratete Dubois, welche seinerzeit Delachore eine Briefmarken-Sammlung gerauscht, ihn dann ermordet und den Leichnam in einen Reisefloß gepackt hatten, das Urtheil. Kubert wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus, letztere zu drei Jahre Gefängnis und außerdem beide zum Ersatze der Sammlung verurtheilt.

Waidau, 29. Oktober. (B. H.) Großes Nuffen macht die Entdeckung einer geheimen Verthalt in Brescia, in welcher nach einer aus der k. k. Waffenfabrik entwendeten Zeichnung das in letzter Zeit hergestellte kleinformatige Gewehrmodell nachgemacht worden ist. Es wurden infolge dessen bei mehreren Waffenhandlungen Handsuchungen abgehalten, wobei einige hundert Gewehrläufe konfiskirt wurden.

Ein Jubiläum.

Ein Vierteljahrhundert war es am 28. Oktober, daß — im Jahre 1871 — die erste Nummer des „Färther demokratischen Wochenblatts“ erschien, des Vorläufers der „Fränkischen Tagespost“. Das Blatt wurde herausgegeben von einer Anzahl Färther Sozialdemokraten und Demokraten — darunter Ewensstein, Dr. Regen, Dr. Alderlin — hauptsächlich zu dem Zwecke, Mißstände im Gemeinwesen der Schwesterstädte Nürnberg und Färth zu bekämpfen. Der Erscheinungsort des Blattes war trotz des Titels von Anfang an Nürnberg und es hatte auch in dieser Stadt seinen hauptsächlichsten Abonnentenstand.

Das auf dem Programm Johann Jakob's fußende „Demokratische Wochenblatt“, dessen Redakteur N. Remminger war, erreichte bald einen ansehnlichen Leserkreis, und zwar besonders unter den Arbeitern. Dem Zuge der Zeit entsprechend wurde die Haltung des Blattes bald mehr und mehr sozialdemokratisch, es wurde das lokale Parteiorgan der Sozialdemokraten Eisenacher Richtung in Nürnberg und Färth, namentlich unter der vorübergehenden Redaktion des Genossen Wilhelm Bloß, der damals vom „Wärzburger Journal“ an den „Nürnberg Anzeiger“ und von diesem an das „Wochenblatt“ gekommen war, aber bald an Bracke's „Volksfreund“ nach Braunshweig und von dort nach Leipzig an den durch die Inhaftierung Liebknecht's verwaisten „Volksstaat“ berufen wurde.

Nachdem Remminger infolge seiner Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis und eines noch anhängigen Prozesses, der ihm später in contumaciam 6 Monate brachte, außer Landes gegangen war, wurde das Blatt, das durch Vereinbarung mit Remminger in das Eigentum der Genossen Grillenberger, Scherm und Wörlein übergegangen war, von einer Redaktions-Kommission etwa ein halbes Jahr unentgeltlich redigiert und von den genannten Genossen dann auf dem Kongress zu Eisenach am 28. August 1878 — die für Nürnberg geplant gewesene Abhaltung dieses Kongresses war vom Stadtkommissar Esper verboten worden — an die sozialdemokratische Gesamtpartei Deutschlands abgetreten, deren Eigentum es neben dem „Volksstaat“ neben „Vorwärts“ bis zum Eintritt des Sozialistengesetzes blieb. Zum Leiter des Blattes wurde Grillenberger, der wegen seiner agitatorischen Thätigkeit für die Partei mehrmals eingekerkert worden war, bestellt.

Am 1. Januar 1874 nahm das Blatt den Titel „Sozialdemokratisches Wochenblatt“ an und am 1. April desselben Jahres erschien es wöchentlich zweimal. Infolge fortgesetzter intensiver Agitation konnte nach einem weiteren Halbjahr das Blatt dreimal in der Woche erscheinen und führte von da ab den Titel „Nürnberg-Färther Sozialdemokrat“. Der Einfluß, den das Blatt auf das arbeitende Volk in Nürnberg und Färth erlangte, war für die Gegner so fühlbar, daß sie ein Gegenorgan, die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“, Friedrich-Duncker'scher Couleur (von den Arbeitern spottweise „Wochenzeitung“ genannt), in Nürnberg herausgaben und ordentlich darauf zahlten, um dessen Kosten zu decken. Blatt und Redakteur nahmen einen jämmerlichen Abgang von der politischen Bühne.

Die Wahlerfolge der sozialdemokratischen Partei im Jahre 1877 brachten nicht nur das reaktionäre Bismarck'sche Regiment, sondern insbesondere das sogenannte „liberale“ Bürgertum derart aus dem Häuschen, daß zu befürchten stand, ganz Deutschland werde in kürzester Frist zu einem großen Narrenhause werden. Es begann das wahnsinnige Geschrei nach Ausnahmengesetzen, das bis tief in die Reihen der „radikalen Fortschrittler“ hinein freudiges Echo fand, wie ja auch später, unter dem Sozialistengesetz, aus „fortschrittlichen“ Kreisen wiederholt der Ruf nach dem kleinen Belagerungszustand für Nürnberg laut wurde. In Nürnberg hatte sich um jene Zeit der „Fränkische Kurier“ einen neuen „Doktor“ zugelegt, welcher anfing, den Kampf gegen die Sozialdemokratie in einer bis dahin nicht gekannten Weise zu führen. Er begnügte sich nicht damit, die Prinzipien der Partei zu bekämpfen, sondern verlegte sich besonders darauf, die einzelnen Anhänger derselben persönlich zu schädigen, sozialdemokratische Arbeiter aus Arbeit und Brod zu bringen und die sogenannten Führer der Partei mit Verleumdungen zu überhäufen. In ganz besonderer Maße hatte es jenes Blatt in lechterer Beziehung auf unsern Genossen Grillenberger abgesehen.

Als Antwort auf diese Art der Bekämpfung erschien der „Nürnberg-Färther Sozialdemokrat“ vom 1. Oktober 1877 ab täglich. Die Genossenschafts-Druckerei („welche Anfang 1874 gegründet worden war, um das Blatt unabhängig von bürgerlichen Druckereien herstellen zu können, richtete sich Motorbetrieb ein und beantwortete die „färtherische“ Drohung der Redaktion des „Fränk. Kur.“, daß sie nicht ruhen und rasten werde, „bis die letzte Petroleumlampe in der Weizenstraße erloschen sei“, mit der Einführung der Gas-Beleuchtung.

Da endlich, im Sommer 1878, brachten die Schiffe Hbbel's und Koblitz's die lang ersehnte Lösung für die bestehende Klasse, in specie für den Nürnberg-Färther „Fortschritt“. Was damals in puncto Todschuß allerhöchsten Grades und gemeinster Demagogien von jenen Feinden gegen die Sozialdemokratie geleistet wurde, das ist so unerhört in der Geschichte des Bürgertums, daß man die Berichte darüber in den Blättern jenes Jahres selbst nachlesen muß, um sich zu überzeugen, bis zu welchem Grade der Selbsterniedrigung das freiwillige Bürgertum sinken konnte.

Auch auf das richterliche Element blieb die in den herrschenden Kreisen vorhandene Stimmung nicht ohne Einfluß, was sehr begreiflich, da auch Richter und Geschworene nur Menschen und den Einwirkungen ihres Milieus unterworfen sind. Den deutlichen Beweis dafür lieferten die Verurteilungen der Redakteure Weber und Wauran durch das Schwurgericht zu acht und zehn Monaten Gefängnis wegen „Beleidigungen“, auf Grund deren heute — was gewiß viel sagen will — kaum eine Anklage erhoben werden würde.

Der politische Weltzustand erreichte seinen Höhepunkt bei der Wahlagitation im Juli 1878. Die „Fortschrittspartei“ gab es auf, als selbständige Partei in den Wahlkampf einzutreten. Sie verband sich mit den Nationalliberalen und den sämtlichen übrigen Reaktionsären und stellte als „Ordnungs-kandidaten“ den Professor Dr. Siegmund Günther-Ansbach, einen Nürnberg-Färther, gegen Grillenberger auf. Günther siegte mit Hilfe amtlicher und privater Wahlmänner (schlimmster Art mit 18,483 gegen 10,161 Stimmen, um 8 Jahre später, trotz des Druckes des Sozialistengesetzes auf seine Gegner, auf Nimmerwiederkehr zu unterliegen.

Drei Monate nach der Wahl, am 28. Oktober 1878, trat das Sozialistengesetz in Kraft. Hatte die Partei im Wahlkampf ihre Kräfte aufs äußerste angepannt, um mit Ehren aus dem ungleichen Kampf hervorzugehen, so vermochte sie es doch nicht zu hindern, daß gar manche ihrer Anhänger dem ununterbrochenen gefährlichen Guerillakrieg, der von den Gegnern auf wirtschaftlichem Gebiete gegen sie geführt wurde, unterlagen. Noch bevor das Sozialistengesetz zu wirken anfing, begann ein

starker Rückgang des Abonnentenstandes, und zahlreiche Annoncenkunden fügten sich den Drohungen, welche von dem „freisinnigen“ Konkurrenzblatte fortgesetzt geübt wurden. Und als gar das Gesetz proklamiert war, da ging eine Fahnenflucht los, wie man sie kaum erwartet hatte. Die Zahl der Abonnenten ging von 4700 auf 1900 herunter. Um nicht dem Verbot zu verfallen, machten Nürnberg-Färther Genossen dem Parteivorstand den Vorschlag, den „Nürnberg-Färther Sozialdemokrat“ vor Inkrafttreten des Gesetzes eingehen zu lassen und ein neues Blatt herauszugeben. Der Vorstand lehnte es aber ab, sich des weiteren um das Schicksal des Nürnberg-Färther Blattes zu bekümmern; — (Um Mißverständnissen, zu welchen die vorstehende Darstellung führen könnte, vorzubeugen, sei bemerkt, daß das vordaher geschilderte Eigentumsverhältnis natürlich nur ein formales war. Den entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des Blattes hatten selbstverständlich die Nürnberg-Färther Genossen und diesen mußte deshalb, angesichts des Sozialistengesetzes, der damalige Partei-Ausschuß in Hamburg auch die weitere Sorge für das Lokalorgan überlassen. Wenn in Nürnberg die Sorge für das Parteiblatt dem Genossen Grillenberger aufgebürdet wurde, so mögen daran besondere lokale Verhältnisse die Schuld haben, an den meisten anderen Parteiorten hat der lokale Parteiverband, welcher, trotz des Ausnahmengesetzes, aufrecht erhalten wurde, diese Aufgabe erfüllt. (Red. des „Vorwärts.“) — bald darauf verfiel er ja selbst der Auflösung, und die „Fränkische Tagespost“, die vorsorglich am 1. Oktober an die Stelle des „Nürnberg-Färther Sozialdemokrat“ getreten war, hing in der Luft. Vorstand und Aufsichtsrath der Genossenschafts-Druckerei erklärten sich zwar bereit, das Blatt zu drucken, wenn Grillenberger es weiter herausgeben wolle, weigerten sich aber ganz entschieden, angesichts der Bestimmungen des Ausnahmengesetzes den Verlag zu übernehmen.

So übernahm denn Grillenberger unter den denkbar schwierigsten materiellen Verhältnissen auf eigene Rechnung und Gefahr die Herausgabe der „Tagespost“. Von keiner Seite war irgend eine Unterstützung zu erlangen. Parteifonds existierten nicht mehr und die Ergebnisse von Sammlungen und freiwilligen Opfern der Parteigenossen waren völlig zur Hilfeleistung für die Ausgewiesenen und deren Familien. Der Herausgeber der „Tagespost“ war daher lediglich auf seinen persönlichen Kredit und die gelegentliche Küchle seitens weniger Freunde, die dazu im Stande waren, angewiesen. Gar manchmal wäre es in jener Zeit des ärgsten Nothstandes eine Erlösung für den Verleger und Redakteur gewesen, wenn — das Blatt verboten worden wäre! Aber man konnte „oben“ die jämmerliche Lage des Blattes und hatte augenscheinlich die Noth, es „zu Tode zappeln“ zu lassen. Doch wie die Sozialdemokratie selbst, so haben auch ihre Organe ein zähes Leben. Man schlug sich durch, so gut oder schlecht es ging, und die Herausgeber gar manches parteigenösslichen Blattes der Gegenwart, die bei eintretender momentaner Verlegenheit sich sofort ans „Kontant“ nach Hamburg wenden, könnten sich den Kampf, den die Nürnberg-Färther damals zu führen hatten, als Exempel dienen lassen.

Am 1. Januar 1879 wurde auf Anregung und mit Hilfe Färther Freunde die „Färther Bürgerzeitung“ als besondere Lokalausgabe der „Tagespost“ begründet und dadurch eine, wenn auch zunächst mäßige, Hebung des Abonnentenstandes herbeigeführt. Und allmählig besannen sich auch die Ausweise vom Sommer 1878 wieder auf ihre Parteipflicht. Mühte das Blatt auch außerordentlich vorzüglich redigiert werden und in gar manchen Fragen in der Schärfe des Urtheils hinter nichtsozialistische Blätter zurückbleiben, so bildete es doch immerhin einen Rekrutierungspunkt für die Genossen und als nach der Bildung der Verlagsgesellschaft Wörlein u. Komp. auch an die Herausgabe anderer, im Interesse der Partei gelegenen Druckschriften gegangen werden konnte, kam der Verlag nach und nach, wenn auch unter unsäglichen Mühen, auf selbständige Füße.

Nach dem Sieg bei der Reichstagswahl 1881 kam ein kräftiger Aufschwung in die Bewegung und damit auch eine erfreuliche Zunahme an Abonnenten. Und getreu dem gegebenen Versprechen wurde seitens des Verlages alles gethan, die Zeitung auszugestalten und zu verbessern. Schon am 1. Januar 1881, als die allergrößte Nothlage überwunden war und der Sozialistengesetzliche Druck nach dem ersten Organe einigermaßen ausgeglichen hatte, wurde eine Vergrößerung des Formates durchgeführt. Abermals folgte eine solche 1884. Zwischen hinein erlitt zwar der Verlag noch einen bösen Stoß durch das Verbot des Arbeiter- und Handwerker-Notizkalenders vom Jahre 1883, welches Verbot als ein direkter Bismarck'scher Racheakt für eine Reichstagsrede Grillenberger's anzufassen war. Doch war nunmehr die Partei an sich wieder so weit erhardt, daß seitens der Genossen einiger größerer Städte dem arg geschädigten Geschäft die nötige Hilfe gewährt werden konnte und dieses in verhältnismäßig kurzer Zeit im Stande war, dieselbe zurückzuerstatten.

Mit 1890 das Sozialistengesetz fiel, da machten sich die Nürnberg-Färther daran, durch eine abermalige Vergrößerung des Blattes die Kampfplätze zu erweitern und den Lesern mehr Stoff auf allen Gebieten zugänglich zu machen. Und auch seitdem sind noch stets neue Aufwendungen für das Blatt gemacht worden. Mit 1. Januar 1895 hat Genosse Grillenberger, der während der größeren Hälfte des Jahres parlamentarischen und sonstigen politischen Pflichten obzuliegen hat und deshalb die Last der ihm aufgebürdeten Arbeiten nicht mehr zu bewältigen vermochte, seine Beziehungen zum Verlagsgeschäft gelöst und es hat infolge dessen eine Neuorganisation der geschäftlichen Verhältnisse stattgefunden. Aber er ist der Mitarbeiterschaft am Blatte, dessen heftiger Stand — nicht zu vergessen der unverdroffenen Thätigkeit zahlreicher bekannter und ungenannter Mitarbeiter, sowie des Grod der stets eifrig wirkenden Parteigenossenschaft — wohl zu einem guten Theile als ein Resultat seiner Arbeit bezeichnet werden darf, nicht untreu geworden. Die geschäftliche Leitung befindet sich dazu in so kräftigen parteigenösslichen Händen, daß alle diejenigen, die ein Interesse an dem Gedeihen unserer Presse haben, mit freudiger Zuversicht in die Zukunft sehen können.

Die „Fränk. Tagespost“, der wir diese Ausführungen entnehmen, sagt zum Schluß:

Fünfundsanzig Jahre! Das spricht sich so leicht aus. Und doch, was kann sich in dieser Spanne Zeit alles ereignen! Was kann der Fünfzigjährige erzählen gegenüber dem Fünfundsanzigjährigen! Und was hat er am eigenen Leibe erlebt, namentlich wenn er während dieser Zeit mit im Vordergrund der sozialdemokratischen Agitation gestanden hat! Man erinnert sich jetzt bei besserem Sinne an manches, was man unter dem Sozialistengesetz erlebt hat, freut sich der Schnippen, die man den überergriffenen Volklehrern des Gesetzes geschlagen. Wir waren gegen Ende der achtziger Jahre in der Lage, das „Fest“ der hundertsten Hausführung zu feiern. Daraus allein ist ersichtlich, was wir in der relativ kurzen Spanne Zeit alles „auszuwässeln“ hatten. Und wenn wir der Prozesse und Strafen gedenken wollten, die man über uns zu verhängen betrieb und deren wir bis auf den heutigen Tag stets ein recht „aufständiges“

Bündel haben, so läme ein hübsches Pöstchen von abgeessenen Jahren und gezahlten Tausenden in bezug auf Strafen und Kosten heraus. Aber das gehört „zum Handwerk“! Und wir wissen auch, daß das noch lange nicht zu Ende ist, daß noch viel mehr ertragen werden muß, bis wir ans Ziel gelangen.

Das Ziel heißt: Befreiung des Volkes aus allen politischen und wirtschaftlichen Fesseln.

Mögen weitere 25 Jahre unsere und der Nachkommenden Arbeit in noch reichlicherer Maße fördern, als es die jetzt verfloffenen gethan.

Die Sozialdemokratie wird zum Siege gelangen trotz alledem, was sich ihr entgegenstellt. Darum schließen wir dies kleine, aber immerhin einigermaßen lehrreiche Stück Parteigeschichte mit dem Rufe: Alzeit muthig voran!

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Öffentliche Sitzung vom Donnerstag, 29. Oktober, Nachmittags 5 Uhr.

In den Anschlag zur Vorberatung der Vorlage betr. die Eintheilung der Straße An der Schloßfreiheit sind u. a. die Stadtv. Singer und Borgmann gewählt worden.

Die Ermordung des Justizraths Lewy und die bisherige Erfolglosigkeit der polizeilichen Bemühungen, des Mörders habhaft zu werden, haben die „neue Fraktion der Linken“ unter Führung des Stadtv. Wüsten zu folgendem dringlichen Antrage veranlaßt:

Den Magistrat zu ersuchen, mit allem Nachdruck bei dem Polizeipräsidium darauf zu dringen, daß die gegenwärtige Einrichtung der Kriminalpolizei und des Nachwachwens einer eingehenden Prüfung und erforderlichenfalls einer Verbesserung unterzogen werde, wie sie dem Sicherheitsbedürfnis der Berliner Bürgerschaft und den außerordentlich hohen Aufwendungen der Gemeindefür Polizeizwecke entspricht.

(Zwischen ist bekanntlich im Laufe des Nachmittags die Ergreifung des Bruno Werner aus Jellerfeld gemeldet worden.) Stadtv. Sachs I beantragt, die Dringlichkeit abzulehnen. Die Meinungen über den Inhalt des Antrages könnten ja getheilt sein; aber die sofortige Diskussion könnte bei der Bürgererschaft das Vorurtheil erwecken, als ob unsere Polizei schon ganz unzulänglich wäre.

Die Dringlichkeit wird abgelehnt. Der Antrag kommt heute nicht zur Verhandlung.

Die Stadtgemeinde hat seinerzeit das zum Bau der Bahn Berlin-Friedrichsfelde-Briesen von den Nieseligütern Falkenberg, Färthersfelde und Ahrensfelde erforderliche Terrain unter dem Vorbehalt unentgeltlich abgetreten, daß die Eisenbahnverwaltung in der Nähe des Haupteinganges zum Kommunalfriedhof eine Station aus ihre Kosten errichtet. Es wird demgemäß der Haltepunkt „Central-Friedhof“ bei der Ausführung des Bahnbauwerks hergestellt werden. Das für die Bahnhof-Anlage notwendige Terrain des Kirchhofs-Areals soll dem Fiskus unentgeltlich übereignet, der anzuliegende Zufahrtsweg (Anlagekosten etwa 29 800 M.) für Rechnung der Stadt hergestellt und unterhalten werden.

Die betreffende Magistratsvorlage wird ohne Debatte angenommen.

Auf die von der Versammlung am 12. März cr. beschlossene Resolution, wonach der Magistrat ersucht wurde, Einrichtungen zu treffen, nach welchen

1. die Oeffnung der Gemeindefschulen früher als bisher erfolgt;
 2. die Entscheidung über die Hergabe der unentgeltlichen Lehrmittel nicht wie bisher den Schulkommissionen, sondern dem Rektor und dem Lehrerkollegium übertragen wird,
- hat der Magistrat der Versammlung eröffnet, daß der Anregung zu 1 seit dem Beginn des Wintersemesters Folge gegeben ist, während ad 2 der Magistrat in Uebereinstimmung mit der Schuldeputation alles beim alten belassen will, wofür sich natürlich auch die Versammlung der Schulkommissions-Vorsteher ausgesprochen hat. Doch soll den Rektoren und Schulkommissionen die möglichst schnelle Erledigung aller bezüglichen Anträge zur besonderen Pflicht gemacht und ihnen aufgegeben werden, den Antragstellern bei Entgegennahme der Anträge die größtmögliche Erleichterung zu gewähren.

Von den Stadtv. Bruns u. Gen. wird beantragt, den Beschluß ad 2 heute zu wiederholen.

Stadtv. Bruns: Ich treue mich, daß der Magistrat der ersten Anregung der damaligen Resolution gefolgt ist, und damit einen großen Mißstand beseitigt hat, welcher bis dahin den Kindern der arbeitenden Bevölkerung erwuchs. Nicht einverstanden aber sind wir mit der Antwort des Magistrats auf den zweiten Theil. Der Magistrat hätte auch das Gutachten der Lehrer über die Frage einholen müssen. Wenn der Lehrer selbst die Lehrmittel an die Schüler ausgeben soll, wird er in den Stand gesetzt, sich mit der sozialen Lage der Kinder und ihrer Eltern zu befassen, er kann sich ein selbständiges Urtheil darüber bilden. Von diesem Gedanken sind wir bei der Stellung jenes Antrages damals ausgegangen. Selbstverständlich wird ja nach meiner Ueberzeugung diese Frage besser gelöst, wenn die Bedürfnisfrage überhaupt ausgeschieden wird, das Bedürfnis gar nicht mehr nachgewiesen zu werden braucht. Die beste Lösung ist somit die unentgeltliche Ausfolgung der Lehrmittel an alle Volksschüler. Wir wollen, daß der Magistrat sich nochmals mit dieser Frage beschäftigt und namentlich auch das Urtheil der Lehrerschaft einholt.

Nachdem Stadtv. Schwabe sich in gleichem Sinne ausgesprochen hat, wird der Antrag nach zweimaliger Abstimmung gegen eine große Minderheit abgelehnt.

In einem längeren Bericht des Rechnungsausschusses wird u. a. die nachträgliche Bewilligung einer Ausgabe von 588 M. für die Anschaffung der Mollebrücke beim Begräbnis des Feldmarschalls Grafen Moltke (Ende April 1891) vorgeschlagen.

Die Genehmigung erfolgt, nachdem Stadtv. Borgmann ausdrücklich festgestellt hat, daß der Ausschuss die Bewilligung nicht etwa deshalb vorschlägt, weil, wie aus dem Referat des Berichterstatters Stadtv. Ed. Mißverhältnissen entnommen werden könnte, es sich um die Person des Grafen Moltke handle, sondern weil sich an der Veranlagung der Summe einmal nichts mehr ändern lasse. Die nachträgliche Genehmigung werde verlangt, weil das Bewilligungsrecht der Versammlung nicht illusorisch gemacht werden dürfe.

Die Berlin-Charlottenburger Pferdebahn-Gesellschaft soll auch für 1895 von der zu entrichtenden Abgabe befreit bleiben, da die Dividende für die Aktionäre nur 3 pCt. erreicht hat und der Betrag eine Herabsetzung der Abgabe vorschlägt, wenn die Dividende unter 3 pCt. zurückbleibt. Der Ausschuss hat es für beauerlich angesehen, daß die Gesellschaft auch diesmal von der Zahlung freigelassen werden soll, hat aber einen Antrag auf Heranziehung mit Stimmengleichheit abgelehnt und schlägt vor, die Angelegenheit anläßlich der wegen Einführung des elektrischen Betriebes

*) Diefelbe bestand bis zum Jahre 1887, wo sie wegen der fortgesetzten polizeilichen und gerichtlichen Maßnahmen gegen sie auf Antrag ihres Aufsichtsrathes zur Liquidation schritt und ihr Besitzthum an die Verlagsgesellschaft Wörlein u. Co. verkaufte.

schwebenden Verhandlungen behufs genauerer Regelung betreffs Bemessung der Abgabe von der Brutto-Einnahme der gemischten Deputation für Verkehrsangelegenheiten zu überweisen.

Stadtv. Sachs II. beantragt die Heranziehung der Gesellschaft und sucht auszuführen, daß die bisherige Auslegung des Vertrages unzutreffend gewesen ist.

Stadtv. Jacobi tritt für die bisherige Usage ein; außerdem handle es sich doch bloß um dieses eine Jahr noch und um eine Lappalie.

Stadtv. Bruns: Es handelt sich hier um ein Prinzip. Man kann es, auch wenn es sich nur um ein paar hundert Mark handeln sollte, der Bürgerchaft gegenüber nicht länger verantworten, daß von unserem Rechte nicht Gebrauch gemacht wird.

Nachdem noch Stadtv. Bergemann zur Sache gesprochen, wird der Antrag Sachs:

Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die von der Gesellschaft zu Charlottenburg vertragsmäßig zu leistende prozentuale Abgabe für das Kalenderjahr 1895 in einem angemessenen Betrage erhoben werde, entgegen dem Ausschuhentrage angenommen.

Die Stadtv. Schwalbe, Hammerstein, Jacobi, Gehride, Cassel und Dr. Leo haben folgenden Antrag eingebracht:

Um den Nebelständen, welche durch Benutzung der Straßen seitens der Radfahrer hervorgerufen sind, zu begegnen, beschließt die Versammlung, den Magistrat aufzufordern, zu bewirken: 1. daß jeder Radfahrer eine deutlich erkennbare Nummer an der Vorder- und Rückseite des Rades führt, die abends erleuchtet sein muß, 2. daß für die Geschwindigkeit des Fahrens innerhalb der Straßen eine bestimmte Grenze festgesetzt wird.

Stadtv. Schwalbe will das Radfahren keineswegs verbieten, glaubt im Gegentheil, daß sich daraus allmählig ein neues Transportmittel entwickeln wird. Aber die Sicherheit des Publikums sei bisher nicht genügend gewährleistet. — Das vorgeschriebene Signal sei nicht ausreichend, die Kontrolle ganz unzulänglich. Der Antrag verlange nur, was in andern deutschen Städten und in Oesterreich längst ein- und durchgeführt sei. In Berlin seien über 40 000 Radfahrer, unter denen viele seien, denen die Sache nur Sport sei und die auf diesem Wege gezwungen werden müßten, auf Leben und Gesundheit der Passanten mehr als bisher zu achten.

Stadtv. Stadthagen: Ich hätte eine ausführliche Begründung erwartet über einen solchen Antrag zu einer Zeit, wo seit sechs Jahren die Verhandlungen darüber schweben, die Gewalt auf diesem Gebiete der Stadt in die eigene Hand zu geben. Vor nicht gar zu langer Zeit ist theilweise von denselben Herren, die heute bitten, man möge die Polizei ausrufen, eine Tagesordnung eingebracht worden, welche unseren Antrag wegen ärztlicher Ueberwachung der Schulen unter Bezugnahme auf dieselben Verhandlungen todt machen sollte. Der Magistrat soll bewirken, daß eine bestimmte Fahrgeschwindigkeit festgesetzt werden solle, damit das Schnellfahren wie bei anderen Fahrzeugen verhindert werde. Die Polizeiverordnung von 1893 bestimmt das schon, und besser, als es der Antragsteller haben will. (Redner verliest die bezüglichen Bestimmungen.) Was will er denn nun noch mehr? Haben wir denn nicht auf dem Gebiete des Fuhrwesens schon eine riesige Anzahl von polizeilichen Einschrankungsbestimmungen? Ich bin ja gewiß kein Lobredner der Polizei, aber aus den Vorschriften und den amtlichen Zahlen über den Verkehr ergibt sich, daß Berlin größere Sicherheit auf den Straßen gewährt als irgend eine andere Großstadt. (Hört, hört!) Wir haben hier einen immensen Verkehr, der ebenfalls stärker ist als in anderen Großstädten. In der Königsstraße sind an einem Tage 140 000 Passanten und 3000 Fuhrwerke gezählt worden; an der Kranzlerede 13 000 Fuhrwerke, am Potsdamer Platz 17 000 Fuhrwerke. Die Ziffer der Unglücksfälle ist dabei außerordentlich minimal. London ist dreimal so groß wie Berlin, aber die Unglücksziffer dort zehnmal so groß. Und was sollen die Nummern an den Velozipeden nützen? Die Nummern allein an den Rädern nützen nichts; es müßten dann auch die Reitperde und die Wagenperde nummerirt und beschildert werden. Vom ästhetischen Standpunkte aus möchte sich ein Pferd vorn und hinten beschildert sogar noch schäner machen. (Große Heiterkeit.) Der wunde Punkt beim Velozipedenfahren ist ein anderer. Bei einzelnen Leuten ist, wie es scheint, der Gedanke des Sports so lebendig, daß sie eine Vorliebe für den Radfahrer haben, im Gegensatz zu den Personen, welche durch Radfahrer verletzt würden sind. Diese Vorliebe scheint auch bei einigen Zeitungen zu bestehen, die von „Rondies“ sprechen, welche achtbare Radfahrer ausgehalten hätten. Ich erinnere mich eines Velozipedenfahrers, eines Berliner Rechtsanwalts, der mit einer zwei Meter langen Peitsche auf Kinder einschlug, die ihm im Wege waren, so daß bei einem Kinde dauernde Schwachsinnigkeit eintrat; der Vater des Kindes ist rechtskräftig abgewiesen worden mit seinen Ansprüchen. Es wird der Fall daraufhin angesehen, wer der Radfahrer ist. Wäre der prügelnnde Radfahrer ein Arbeiter gewesen, die Sache wäre im allgemeinen ganz anders beurtheilt worden. (Lebhafte Widerspruch.) Da wir diesen Weg nicht gehen können, die Gerichte in dieser Beziehung zu kontrolliren, so sollten wir die Sache überhaupt nicht in Angriff nehmen. Mit unzulänglichen Mitteln auf ganz kleinen Wegen die Hilfe der Polizei anzurufen, dazu haben wir gar keine Veranlassung. (Beifall.)

Stadtv. Sachs II stellt sich der Versammlung als Radfahrer vor (Heiterkeit) und polemisiert ebenfalls gegen den Antrag. Die Polizeivorschriften, betr. das Fuhrwesen würden thatsächlich füngemäß auf die Radfahrer angewendet. Die Frage dürfe nicht so einseitig behandelt werden. Mit der Feststellung einer bestimmten Fahrgeschwindigkeit werde auch nichts erreicht, denn wie solle die Einhaltung gewährleistet werden?

Stadtv. Kyllmann hält den Antrag ebenfalls für unzumuthbar; eher komme es daraus an, die Fahrgeschwindigkeit noch zu steigern und die zurückgebliebenen Polizeivorschriften für den Fahrverkehr der modernen Entwicklung entsprechend zu reformiren.

Stadtv. Cassel tritt für den Antrag ein und wundert sich, daß gerade der Kollege Stadthagen hier sich gegen die Einmischung der Polizei ausspricht.

Im Schlusssatz erklärt Stadtv. Schwalbe nochmals, daß er dem Radfahren neutral, den Auswüchsen des Radfahrersports aber allerdings feindlich gegenüberstehe.

Der Antrag wird in seinem ersten Theile angenommen, im zweiten abgelehnt.

Zur Herstellung des Zuganges zur neuen Oberbaumbrücke von der Warschauer Straße her, sowie zur Regulirung des Bürgersteiges auf der Südseite der Straße muß vor dem Grundstücke vor dem Stralauer Thore 1 eine Fläche von 785 Quadratmetern durch die Stadtgemeinde erworben werden.

Die Versammlung erteilt die Zustimmung zur Einleitung des Enteignungsverfahrens zum Zweck der Erwerbung der gedachten Fläche.

Wegen des Umbaus der Weidenhammerbrücke hat die Stadtgemeinde das 843 Quadratmeter große Grundstück Friedrichstr. 104a für den Preis von 1165 000 M. erworben. Die nach Abtrennung der für die Straßenverbreiterung erforderlichen 186 Quadratmeter verbleibenden 707 Quadratmeter bebaubare Fläche beantragt der Magistrat für den Kaufpreis von 710 000 M. an den Rentier Schinn zu verkaufen, welcher sich erbietet, auch für die Regulirung der Straße vor dem Grundstück Nr. 104 und für dessen „vornehme“ Bebauung binnen Jahresfrist Sorge zu tragen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Den Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis zur Nachricht, daß von heute ab in allen Jahrgängen des Vereins das Protokoll des in diesem Jahre zu Gotha-Siebleben abgehaltenen Parteitags gegen die Vorgelegung eines Mitgliedsbuches, in welchem die Beiträge bis einschließlich Oktober bezahlt sein müssen, unentgeltlich in Empfang genommen werden kann. Der Vorstand.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung hat in Sachen der zukünftigen Organisation der Berliner Polizei folgenden Antrag eingebracht:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: den Magistrat zu ersuchen, mit der Staatsregierung wegen Uebernahme der Sicherheits-, Markt-, Gesundheits- und Wappolizei, sowie der Feuerwehr in städtische Verwaltung in Verhandlung zu treten.

Die ersten Wohlthätigkeitsbazzare finden in diesen Tagen statt — einer war bereits für den 26. und 27. Oktober, ein zweiter ist für den 6.—9. November angekündigt — ein Zeichen, daß der Herbst zu Ende geht und der Winter vor der Thür steht. Darüben sich die Vereine und Komitees wohl auch bereits wieder zu den bekannten großartigen Wohlthätigkeitsfesten, die sie der Bourgeoisie in jedem Winter geben müssen, wenn sie sich das Wohlwollen derselben bewahren wollen. Man hat gesagt, wenn einmal die Armuth aus der Welt verschwände, so müßte auch die die Menschen veredelnde Wohlthätigkeit mit aufhören. Man könnte auch sagen, die Armuth darf schon deshalb nicht aus der Welt verschwinden, damit die bestehende Klasse in jedem Winter ein paar Anlässe mehr hat, sich mit leidlichem Anstand zu amüsiren.

Der Staat der Sozialreform. Durch die schematische Behandlung, welche unsere Behörden fast allen deraartigen Fällen angedeihen lassen, ist die Wittve eines Eisenbahnbeamten Buchholz, der vor drei Wochen auf dem Anhalter Bahnhof bei einem Unglücksfall zu Tode gekommen, in bitterste Noth gerathen. Die Wittve, in der Brunnhildstr. 14 zu Schöneberg wohnhaft, hat außer drei kleinen Kindern, von denen das jüngste erst ein halbes Jahr alt ist, noch eine 70 Jahre alte Mutter zu ernähren, und erhält keine Pension, da ihr Mann noch nicht fest angestellt war. Sie ist daher durch den plötzlichen Tod des letzteren vollständig mittellos geworden. Man hätte daher gewiß erwarten dürfen, daß die vorgeordnete Behörde des Buchholz eingreifen und der Frau in der schwierigen Lage vor dem Begräbnis beistehen würde. Aber nichts von alledem. Nicht einmal den rückständigen Lohn ihres Mannes von nur 21 M. konnte die Frau von der Eisenbahn-Behörde sofort erhalten. Vielmehr wurde von ihr erst die zeitraubende Herbeischaffung eines Erdberechtigungszeugnisses gefordert. Und als sie dies endlich beschafft hatte, wurde sie noch wieder von einer Kasse zur andern geschickt, so daß sie erst vorgestern, also nach fast 4 Wochen, in den Besitz des Lohnes ihres verstorbenen Mannes gelangen konnte. Ebenso hat die Unfallversicherungsbekörde bis heute noch nicht zur Erledigung ihres Anspruchs auf Unfallrente kommen können. Für die Beerdigungskosten ist glücklicherweise ein Militärveterin, welchem der Beerdigungskosten angehöre, aufgefunden.

Das Sanatorium Gütergoh ist bekanntlich von der Alters- und Invaliditätsversicherung-Anstalt Berlin errichtet, um erkrankte Arbeiter durch geeignete Behandlung und Pflege vor dem Eintritt der Arbeitsunfähigkeit zu schützen. Daß dieser Zweck nicht immer erfüllt, ja manchmal sogar gerade das Gegenheil erreicht wird, beweist folgender Fall: Der Kleiner Karl Thiem lag im Jahre 1894 im Krankenhanse Moabit an Gelenkerheumatismus und wurde dann auf Anrathen des Professors Remmes in der Anstalt zu Gütergoh aufgenommen, wo er vom 12. November 1894 bis 7. Dezember 1895 verweilte. Da ihm infolge seines Leidens die Arme steif wurden und deren Bewegung namentlich in den Schultergelenken sehr stark beeinträchtigt war, so wurden dieselben neben anderen Behandlungsmethoden gestreckt, wobei der Patient chloroformirt wurde. Dieser Proceß hatte er sich im Laufe von sechs Monaten neunmal zu unterziehen. Bereits bei der siebenten Streckung soll eine Verletzung der Arterie am Schultergelenk eingetreten sein. Derselbe heilte jedoch wieder, und nun wurde der Kranke aufs neue derselben Behandlung unterworfen. Beim neunten Fall geriß die Arterie und der linke Arm des Patienten ist seit jener Zeit völlig unbeweglich und wie abgestorben. Ob diese Verletzung auf ein Verschulden des Arztes in Gütergoh zurückgeführt werden kann, oder ob nur ein unglücklicher Zufall hier gewaltet hat, ließ sich bis jetzt nicht feststellen. Die Verletzung der Arterie, die nur durch einen gewaltsamen Ruck entstanden sein kann, ist dem Patienten sowohl durch den Geheimrath König, als auch von dem Professoren Sonnenburg und Bergmann bestätigt worden. Eine Heilung soll gänzlich ausgeschlossen sein. Obgleich nun Thiem seiner letzten Ueberzeugung nach durch die Behandlung in Gütergoh zum Krüppel und dauernd erwerbsunfähig geworden ist, wies ihn sowohl das Schiedsgericht, als auch das Reichs-Versicherungsamit mit seinem Verlangen nach Rente ab, denn er hat noch nicht die erforderliche Anzahl von Marken geleistet und daher keinen Anspruch auf Rente. Es scheint hier also die Thatfache vorzuliegen, daß der bedauerenswerthe Mann durch die Behandlung in der Anstalt, die dazu bestimmt ist, ihre Pflege vor der Invalidität zu schützen, vollständig erwerbsunfähig geworden ist und nun zusehen kann, wie er sich als Krüppel durch die Welt hungert.

Den Kopf einer Niefsdame hat Oberbürgermeister Zelle kürzlich zum Geschenk erhalten. Professor Hundrieser hat den Kopf des von ihm für die Kofossalkastus auf dem Alexanderplatz angefertigten Modells dem Oberhaupt der Stadt Berlin verehrt, die Büste steht in dem bürgermeisterlichen Amtszimmer.

Die dieswöchentliche Nummer des „Armen Konrad“, selbständiges Wochenblatt der Berliner Anarchisten, ist gestern Abend gleich nach Einfindung des Pflichtemplars konfiszirt worden. Es wurden im ganzen 422 Exemplare beschlagnahmt.

Ueber einen Unglücksfall, der sich am Sonnabend Vormittag auf dem Schleifischen Bahnhofe abspielte, wird uns noch folgendes gemeldet: Gegenwärtig wird die mit Wellblech gedeckte Bahnhofshalle reparirt, wobei von seiten der damit beauftragten Firma Grube in recht fahrlässiger Weise ohne Anbringung genügender Schutzvorrichtungen die gefährliche Arbeit ausgeführt wird. Ein Opfer dieser Nachlässigkeit war, wie bereits im Polizeibericht kurz gemeldet, der Klempner Louis Kamin, der durch einen Fehltritt auf der schwankeuden Klattung ans beträchtlicher Höhe auf den Bahnsteig herabfiel und mit zerschmetterten Gliedmaßen liegen blieb. Kurz nach der Einlieferung in das Krankenhanse verstarb der Unglückliche. Bemerkenswerth ist, daß die Arbeiten trotz des Unfalles am Montag ohne die erforderlichen Schutzvorrichtungen fortgesetzt werden sollten. — Es wäre doch Pflicht der Bahnverwaltung, derartige Aufträge gewissenhaften Unternehmern zu übergeben.

Das über das Vermögen des Landgerichtsraths a. D. Dr. v. Kirchbach (von der Brandenburger-Kammer) eröffnete Konkursverfahren hat infolge des Mangels einer der Kosten des Verfahrens bedenkenden Masse eingestellt werden müssen.

Bei der Neuen Berliner Pferdebahn-Gesellschaft treten die bei der Großen Pferdebahn schon seit dem 21. d. Mts. eingeführten Fahrpreismäßigungen erst vom nächsten Montag ab ein. Das Publikum, das sich bereits daran gewöhnt hat, auf den meisten Pferdebahnlinien für seine 10 oder 15 Pf. eine

bei weitem längere Tour als früher zu fahren, hat sich über diese Vergrößerung der Einföhrung der Fahrpreismäßigungen bei der „Neuen Pferdebahn-Gesellschaft“ um so mehr gewundert, als diese Gesellschaft schon seit längerer Zeit mit der „Großen“ verflochten ist. Die in Betracht kommenden Linien sind: Mollenmarkt-Weißensee, Behrenstraße-Weißensee, Dönhofsplatz-Friedrichsberg, Dönhofsplatz-Richtenberg, Moritzplatz-Viehhof, Moritzplatz-Landsberger Allee, Schleifischer Bahnhof-Ritterstraße, Hasenhaide-Kraterstraße, Friedrichsberg-Perzberge und Alexanderplatz-Schleifisches Thor.

Zu der Verichtigung des Herrn Köhler, die wir in unserer Nummer 253 abgedruckt haben, theilt uns unser Gewährsmann mit: Herr Köhler hat thatsächlich — entgegen seiner Behauptung — einem seiner früheren Maschinen den Auftrag erteilt, das städtische Leitungswasser für die Fabrikräume des Herrn Köhler abzusperren, weil ihm durch den Verbrauch desselben zu hohe Kosten erwachsen. Herr Köhler behauptet ferner, eine Absperrung des Leitungswassers könne nur für das ganze Grundstück und nicht für seine Räume besonders erfolgen. Das ist unrichtig. Im Maschinenhanse befindet sich ein Hahn — oder er befand sich doch zu der fraglichen Zeit dort — mittels dessen eine Absperrung des städtischen Wassers nur für die Fabrikräume des Herrn Köhler ausgeführt werden kann. Wenn Herr Köhler ferner behauptet, die Art der Anlage sei deraart, daß eine Verwechslung zwischen Brunnen- und Leitungswasser ausgeschlossen sei, so genügt wohl die Feststellung, daß solche Verwechslungen thatsächlich vorgekommen sind, und zwar sind sie nicht nur Arbeitern passiert, sondern auch einem der Mieter auf dem Grundstück des Herrn Köhler. Beide Arten des Wassers, sowohl das Leitungswasser als das unreine Brunnenwasser, fließen aus Hähnen, die nach Form und Aussehen ganz gleich sind. Nur die Ausgüßbeden unter den Hähnen sind verschieden in der Form, was aber durchaus nicht auf eine verschiedene Beschaffenheit des Wassers schließen läßt. Eine deutliche schriftliche Bezeichnung an den Hähnen würde nur geeignet sein, Verwechslungen ein für alle Mal vorzubeugen.

Thierquälerei — Menschenquälerei. Von einer entsetzlichen Nothheit, die in der vergangenen Woche ihre gerichtliche Sühne gefunden habe, berichtet uns der Deutsche Thierchirurgverein. Der bei dem Fuhrherrn M. beschäftigte Kutscher G. hat beim Aufkäumen eines Pferdes die Zunge aus dem Schlunde gerissen und ist dafür mit der höchsten zulässigen Strafe, mit sechs Wochen Haft belegt worden. Eigentlich habe er nach Meinung des Richters zwei Jahre Gefängnis verdient gehabt. Eine solche Nothheit ist gewiß, selbst in dem hier wohl vorliegenden Falle, daß ihr Ergebnis nicht absichtlich herbeigeführt worden ist, entsetzlich, und sie würde unerklärlich scheinen, wenn man nicht wüßte, wie gerade die Kutscher in grauenhaft roher Sklaverei deraart von ihren Unternehmern ausgepreßt werden, daß ihnen auch nicht eine Minute lang der Gedanke kommen kann, für die Pflege und Ausbildung von Geist und Gemüth zu sorgen. Unsere bourgeoisen Sittenrichter mögen nur einmal eines Abends die vor Ermüdung auf dem roß gemummerten sich zusammengekauerten Leute betrachten, sie mögen sich vor Augen führen, wie der Mann nach vielleicht 15stündiger Arbeitsschicht schläft ungeschützt der Gefahr, daß jeder Stoß seines dahinstrohenden Fuhrwerks ihn vom Hoch schleudern und unter die Räder werfen kann — und dann mögen sie kommen und pharisaisch über menschliche Bestialität zetern. Wer handelt roher, der honeste Unternehmer, der jahraus jahrein seine Hohnflaven bis zur Erschöpfung quält, oder der Arbeiter, der unter solchen erbarmungsunwürdigen Dasein seine Wuth an einem Thiere ausläßt, daß der Lohnherr als lothbarer Bestialität natürlich auf das sorgfältigste geschont sehen möchte? Bis jetzt hat noch kein deutscher Richter Gelegenheit bekommen, einem brutalen „Brother“ zu sagen, daß er von Rechts wegen für seine Ausbeutungswuth auf zwei Jahre ins Gefängnis geschickt zu werden verdient!

Die telegraphische Meldung von der Ergreifung des Mörder Bruno Werner ging gestern Nachmittag nach 2 1/2 Uhr bei der lgl. Staatsanwaltschaft am Landgericht I ein und erregte allgemeine Aufregung. Die Ergreifung ist in oder bei Jellerfeld in Hannover erfolgt. Es geht daraus hervor, daß diejenigen Nachrichten richtig gewesen sind, nach denen der Mörder in der Nähe von Hannover gesehen worden sein sollte. Aufschneidend wollte er bei einem in Nienhagen in Hannover wohnenden Onkel eine Zuflucht suchen. Seit einigen Tagen sind die hannoverschen Behörden von der Möglichkeit benachrichtigt gewesen, daß Werner seinen Weg durch ihre Amtsbezirke auf dem Wege nach Nienhagen nehmen könnte. Der Onkel ist der Schiffer Richard Müller, und Werner hoffte, auf dessen Schiff sich verborgen halten zu können. Müller ist gegenwärtig aber auf der Fahrt nach Hamburg. Die Verfolgungen in der Richtung auf Nienhagen sollen durch den Untersuchungsrichter Landrichter Telle auf grund der Ergebnisse der Voruntersuchung veranlaßt worden sein. Gestern Vormittag wurden dem Untersuchungsrichter zwei junge Suchen gefesselt vorgeführt, die in Eberwalde unter dem Verdachte aufgegriffen worden sind, bei dem Morde in der Mohrenstraße „Schmiere“ gefunden zu haben. Zwar steht die Konfrontation der beiden mit Groffe noch aus, doch erscheint es schon jetzt sehr zweifelhaft, ob dieselben mit dem Morde in Beziehung werden gebracht werden können. Der kürzlich von Kyritz hierher transportirte etwa 40 jährige Mann, welcher ebenfalls als „Schmierestecher“ verdächtig war, ist sofort wieder entlassen worden, nachdem Billy Groffe bei der Gegenüberstellung erklärt hatte, daß ihm der Mann gänzlich unbekannt sei. Nach einer Depesche des „B. G.“ soll der Raubmörder die That bereits eingestanden haben.

Selbstmord eines Meuten. Bei der 2. Kompagnie des 4. Garde-Regiments zu Fuß hat sich gestern Mittag ein Meutzel ereignet. Die Motive zur That sind bis jetzt noch unbekannt.

Die Fahrrad-Diebe Robert und Zacharias, die zur Prüfung ihres Geisteszustandes der Charitee überwiesen worden waren, sind nach Ablauf der vorgeschriebenen Beobachtungszeit in das Untersuchungsgefängnis zurückgebracht worden.

Zur Auffindung der Leiche des Hausdieners Karge am Nordufer ist noch mitzuthellen, daß es gelungen ist, in der Person eines Bootmanns denjenigen zu ermitteln, welcher am Abend des 25. d. M. dem Verstorbenen, als er schwer betrunken am Wege lag, Uhr und Geld fortgenommen hat. Der Verdächtige ist gestern, Donnerstag Vormittag, der Staatsanwaltschaft beim Landgericht I vorgeführt worden.

Jahresliche Taschendiebstähle sind in der letzten Zeit an der Jerusalemkirche verübt worden. Gestohlen sind zum Theil Zuschauer bei Hochzeitsfeiern, zum Theil aber auch bei der Feiertagsfeier. Die Kriminalpolizei hat die Thäter noch nicht finden können.

Ein Fabrikbrand von großem Umfange beschäftigte vergangene Nacht in der Rastanien-Allee 76 im Quergebäude die Feuerwehr. Eine Maschinfabrik ist ausgebrannt und ein Dachstuhl eingestürzt. Der Schaden wird auf 50 000 Mark geschätzt.

Aus Verzweiflung über ein unheilbares Leiden hat in der vergangenen Nacht der 75 jährige Webermeister Karl Krause aus der Müggelstr. 14 sich auf dem Abort erhängt.

Wieder ein entsetzlicher Selbstmord. Am Donnerstag früh zwischen 7 und 8 Uhr kam ein mit einem großen Schlichtermeister bewaffneter Mann in eiligem Lauf vom Hermanns-Platz in Rixdorf her bis Hasenhaide entlang gelaufen, erkletterte in großer Geschwindigkeit den dort belegenen Turmplatz und schmitt sich den Hals ab. Alles dies geschah mit so großer Geschwindigkeit, daß niemand von den Passanten in der Lage war, den Mann an seinem Vorhaben zu hindern. Als man dem Selbstmörder zu Hilfe kam, lag er bereits in den letzten Zuckungen.

Herr Anton Baur, der Wirth des Restaurants „Zum letzten Oester“, Rebenstraße 15 und 16, theilt uns zu der gestern gebrachten Meldung über die Sistirung von Gästen in seinem Lokal beruhigend mit, daß der Affäre eine Eifersüchtigkeit zu Grunde gelegen habe, die dadurch erledigt worden sei, daß die Beteiligten zum Lokal hinausbesördert worden sind. Von einer Sistirung der Gäste sei ihm nicht das geringste bekannt, auch sei niemandem im Lokal etwas gestohlen worden.

Verhaftet wurden am Donnerstag der Bäckergehilfe Josef S. und seine Konkubine Gertrud V., Gutschnerstr. 78 wohnhaft, und zwar wegen wiederholten Verbrechen aus § 219 des Strafgesetzbuches. S. war Inhaber eines sogenannten Rechtsbureaus und annuncirte täglich: „Geld vermittelt Rechtsbureau Gutschnerstraße 78“. Anscheinend hat er bedeutenden Zuspruch gehabt.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen von Charlottenburg werden hiermit ersucht, die Bestellungen auf den „Vorwärts“, das „Volkswort“, den „Wahren Jakob“, den „Postillon“ u. bei dem Parteipostbeamten G. Scharnberg, Postamtstr. 27, Quergeb. part. aufgeben zu wollen. Ferner werden Bestellungen entgegen genommen bei Meyer, Wallstr. 96, Wredlow, Augustenburgerstraße 78, Dörre, Reimstr. 19, Gimpel, Obnabrückerstraße 28, Feder, Bismarckstr. 74, Bolter, Magazinstr. 15. Parteischriften u. sind jederzeit in der Parteipostition vorrätig.

Das Dorf Schneberg. Die Einwohnerzahl von Schneberg, welche sich bei der letzten Volkszählung auf 62 667 belief, hat jetzt mit Einschluß der Militärpersonen bereits um ca. 1200 die 70 000 überschritten.

Eine Familientragödie, ähnlich der, die sich vor einigen Tagen hier in der Köpenickerstraße ereignete, hat sich gestern in Spandau abgespielt. Die 25jährige Arbeiterfrau Langank in der dortigen Reustadt hat ihre zwei Kinder, drei und vier Jahre alt, und dann sich selbst durch Erhängen getödtet. Sie verübte die That aus Verzweiflung über ihren Ehemann, der arbeitslos und dem Trunke ergeben ist. Im Wutausbruch zum Lebensunterhalt soll er der Familie nicht gefehlt haben; angeblich war ein Sparfassenbuch über 800 M. vorhanden. Die Wohnung wurde von der Polizei in bester Ordnung vorgefunden, alles läßt darauf schließen, daß die Unglückliche eine sehr saubere und brave Frau gewesen ist. Die Leichen sind in der Wohnung vorläufig zurückgelassen worden. Der Mann, der so ansah, als ob gar nichts geschehen wäre, wurde zur Vernehmung nach der Polizei geführt.

Das verächtlich untertriebene Schließen der Schrauben der Spindelwägel der Bahn vor Nieder-Schönweide hat den hier in der Kaiserstraße 88 wohnhaften Bierhändler Kbeles in große Gefahr gebracht. A. passirte in seinem Verdeckwagen den Bahnübergang, als plötzlich ein Wägelzug heranbrause, der Pferd und Wagen in den Graben schleuderte. Das Pferd erlitt so schwere Verletzungen, daß es nach kurzer Zeit verendete. A. selbst kam mit dem Schreck davon.

Ueber überflüssige Schneidigkeit ungeredeter Polizei-Organe bei ganz unbedeutenden Anlässen wird uns aus unserem Nachbarorte Weihenau folgende Begebenheit mitgetheilt: Der Maurer Philipp in Weihenau war wegen Uebertretung zu einer Geldstrafe von drei Mark oder einem Tage Haft verurtheilt. Der mit der Vollstreckung dieser Strafe betraute Beamte wagte wohl am Tage Philipp nicht zu Hause angetroffen haben. Es erschien nunmehr am Sonntag nach 11 1/2 Uhr der Nachwächter Sireder in Begleitung eines Gendarmen und begehrte durch lautes Klopfen Einlass in die Philipp'sche Wohnung. Als diese nicht geöffnet wurde, klopfte die Beamten an die Thür eines Hinzunachbarn des Philipp und zwar in so wenig rücksichtsvoller Weise, daß auch andere Hausbewohner davon erwachten. Der Nachbar, in der Meinung, daß irgend ein Muthwilliger zu mitternächtlicher Stunde seine Thüre öffnete, fragte, was denn das los sei? Auf die Gegenfrage, ob Philipp zu Hause sei, gab er die Antwort, daß er dies nicht wisse, daß es ihn auch nichts angehe und er sich Ruhe ausbitte. Erst als die ungestümen Klopfen die Straßenträgen, sah der Mann zu seiner nicht geringen Verwunderung, daß es zwei Ordnungshüter waren, die seine Thüre gestört hatten. Bald darauf kehrten die beiden Beamten zurück, und zwar in Begleitung eines Schlossers, von dem sie sich die Wohnung öffnen ließen, worauf sie dieselbe betreten. Den Gesuchten fanden sie jedoch nicht, denn Philipp war mit seiner Frau ausgegangen. Die Beamten saßen nun vor der Hausthür Posto, um den Heimkehrenden zu erwarten. Als derselbe in Begleitung seiner Frau nach Hause kam, packte ihn der Nachwächter am Arm und erklärte ihm unter Vorzeigung eines Haftbefehls für seinen Arrestanten. Erst nach mehrfachen Hin- und Herreden gelang es der Frau Philipp, den Beamten, der durchaus den Mann mitnehmen wollte, zu beschwichtigen, und durch Erlegung der drei Mark die Freilassung ihres Mannes zu erwirken. Nun verlangte der Wächter aber noch eine Mark für das Öffnen der Philipp'schen Wohnung durch den Schlosser, die er aber nicht erhielt. Der in dieser Weise behandelte Maurer Philipp wandte sich vielmehr mit einer Beschwerde an den Amtsvorsteher, der über das geschilderte kaum glaubliche Vorgehen seiner Beamten selber den Kopf schüttelte. Wir wollen hoffen, daß den über-eifrigen Sicherheitsorganen von ihrem Vorgehen begrifflich gemacht wird, daß wir nicht in Rußland, sondern in einem „Rechtsstaate“ leben, wo man doch nicht wegen einer Strafe von drei Mark in so rücksichtsloser Weise vorgehen sollte.

Die Köpenicker Vinoleumfabrik ist gestern wieder von einem Brand heimgesucht worden, der allerdings schnell gelöscht werden konnte. Das Feuer entstand durch Korkstaubexplosion in der Korkmühle. Dabei erlitten drei Arbeiter, Karl Blankenburg, Ernst Korn und Ed. Fischer erhebliche Brandwunden im Gesicht und an den Händen.

Theater.

Im Schiller Theater kommt in der nächsten Sonntag Nachmittag stattfindenden Vorstellung das Shakespeare'sche Lustspiel „Viel Lärm um Nichts“ zur Aufführung. Heute wird Hart lebend's Schauspiel „Ein Ehrenwort“ wiederholt.

Gerichts-Beitrag.

Die Gutmacher-Anspernung beschäftigte das Schöffengericht bei Gelegenheit einer Anklage wegen Streik-Vergehens. Der Gutmacher Matscherdt, der früher bei Baruch gearbeitet hatte, aber wegen der Folgen einer Geburtsstärker entlassen worden war, hielt den Augenblick, wo seine Kollegen ausgesperrt worden waren, für geeignet, sich selber wieder einzubringen, und er bewarb sich bei Baruch um Arbeit. Er that aber noch ein übriges und denunzirte fünf ausgesperrte Kollegen, sie hätten ihn bedroht und ihn nöthigen wollen, am Streik theilzunehmen. In der Verhandlung ergab sich freilich, daß die

Sache sehr aufgebauscht worden war. Die eine Bedrohung sollte darin bestanden haben, daß ein ausländischer Gutmacher zu Matscherdt gesagt hatte: „Weißt Du nicht, daß gestreikt wird?“ und daß er dabei den Finger an die Nase gehalten hatte! — Dies kam auch dem Staatsanwalt etwas komisch vor, und er beantragte in diesem Falle Freisprechung. Der Vertheidiger hob hervor, daß nicht einmal Schulungen sich fürchteten, wenn der Lehrer den Finger an die Nase hielt, und hier wollte ein erwachsener Mensch ernstlich behaupten, daß er sich dadurch bedroht gefühlt hätte. Das berechnete zur Annahme, daß der Zeuge entweder krankhaft ängstlich sei, oder es mit Wahrheit nicht genau nähme. Die anderen Angeklagten sollten das Wort „Streikbrecher“ gebraucht haben. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Heine, wollte auch hierin keine Beschimpfung, sondern bloß einen gebräuchlichen technischen Ausdruck sehen, für den es kein anderes Wort gäbe. Das Gericht sah die Sache sehr milde an und sprach zwei Angeklagte ganz frei, die übrigen verurtheilte es zur geringsten gesetzlichen Strafe von je einem Tage Gefängniß.

Der Verkauf von Wärsen, welche durch „Rosalin“ gefärbt sind, fällt nach einer Entscheidung des Kammergerichts nicht unter das Gesetz betreffend Nahrungsmittel-Verfälschung, wenn der Händler genügend deutlich den Kunden bekannt giebt, daß die Waare Farbstoff enthalte.

Sein tiefes Bedauern, den Premier-Lieutenant a. D. Eduard Kreisler nicht ins Gefängniß stecken zu können, drückte der Vorsitzende der 4. Strafkammer des Landgerichts I. Landgerichts-Direktor Denso, aus, als er den Angeklagten wegen Freiheitsberaubung und Nötigung freisprechen mußte. Die Verhandlung hatte unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden und erwies, daß der Herr Lieutenant eines Abends im Palais-Hotel abstieg und den Zimmerpagen Paul Werner zu sich kommen ließ. Hier erlaubte sich der unbekanntes Gail gegen den noch jugendlichen Pagen Färllichkeiten, deren Natur sich nicht gut andeuten läßt. Wegen Sittlichkeitsverbrechens konnte eine Anklage nicht aufrecht erhalten werden, und wegen Freiheitsberaubung konnte der Gerichtshof zu seinem Bedauern auch nicht verurtheilen, indem es dem Werner wohl möglich war, den Nachriegel an der Zimmerthür öffnen zu können und so die Freiheit wieder zu erlangen.

Zwei gemeingefährliche Berliner Nowadies hatten sich in der letzten Sitzung des Vizebürger-Schöffengerichts zu verantworten. Am Abend des 1. Juni d. J. kamen der Maler Alfred Heinrich Bartsch und der Arbeiter Friedrich Tiodan aus Berlin nach einer Laubenkolonie auf den Köpenicker Weiden und ließen sich in der Laube einer Frau Dorf eine Flasche bayerisches Bier geben. Als beide das Bier gekostet hatten, machten sie, wahrscheinlich infolge vorheriger Verabredung, einen Heidenstanz, weil das verabfolgte Bier nicht bayerisches sei. In diesem Augenblick kam der Schneider Christian Wendt dazu und diesem gaben sie das Bier ebenfalls zu kosten. Als Wendt erklärte, das Bier sei gutes bayerisches, fielen die beiden Stroche über ihn her und bearbeiteten ihn mit der Bierflasche und einem Messer derart, daß Wendt 4 Wochen lang aus Krankenlager gefesselt war. Auf die Hülfsrufe des Mißhandelten kam sein Bruder August Wendt herbei, der ebenfalls einen Messerstich in die linke Stirnseite erhielt. Mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagten bereits wiederholt wegen ähnlicher brutaler Exzesse verurtheilt sind, wurde Bartsch zu einem Jahre, Tiodan, der Messerheld, zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängniß verurtheilt. Beide Angeklagte wurden sofort in Haft genommen.

Der Prozeß, der sich dieser Tage wegen der Vorgänge in Opalenitz vor dem Schwurgericht in Meserich abspielt, ist insoweit überaus interessant, als er eine gewisse Spezies der preussischen Edelfen und Besten interessant beleuchtet. Die Vorgeschichte des Prozesses, die wir vorgestern gebracht haben, wird durch die Aussagen der Zeugen und Angeklagten wesentlich bestätigt. Nach Darlegung einer der Angeklagten sei der Distriktskommissar v. Carnap am dem Anglücksabend in vollem Galopp angefahren gekommen und obwohl noch viel Platz vorhanden war, so sei der Wagen in die Menge hinein gefahren. Um ein Unglück zu verhüten, sei er (Angekl.) den Pferden des Herrn v. Carnap in die Hugel gefallen. Letzterer habe sofort gerufen: „Ihr polnischen Schweine, Ihr Polladen, was wollt Ihr hier?“ In demselben Augenblick sei die erregte Menge auf Herrn v. Carnap eingestürzt und habe mit Fäulen und Stöcken auf ihn eingeschlagen. Er sei von der heranstürmenden Menge derartig getroffen worden, daß er auf Herrn v. Carnap heraussiel. Herr v. Carnap habe den hinzugekommenen Polizeiwachmeister angefordert, auf die Menge zu schießen. Letzterer habe dies aber mit dem Bemerkten abgelehnt, daß er dies nicht dürfe.

Von den Jungen bekundet Polizeiergeant Schulz, daß er einen öffentlichen Rufzug nicht gesehen habe. Der Empfang des Erzbischofs auf dem Bahnhof sei in der größten Nähe vor sich gegangen. Der Zeuge bestätigt im weiteren die Belandung des Bahnhofsvorstehers und bemerkt: v. Carnap habe auf dem Bahnsteig gerufen: „Das ist eine ganz verstauchte polnische Bande.“

Distriktskommissar v. Carnap selber sagt aus, er habe mit seinem Wagen die Menge keineswegs belästigt, die Menge konnte sehr bequem ausweichen. Obwohl er unaussprechlich rief, die Pferde loszulassen, sei dies nicht geschehen. Angebeiter sei er nicht gewesen; er habe an jenem Tage allerdings Bier und Wein getrunken.

Oberwachmeister Studer bestätigt anfangs im Wesentlichen die Belandungen des v. Carnap. Der Distriktskommissar sei sehr schnell auf den Bahnhof gefahren. Plötzlich sei ihm mitgetheilt worden, daß der Kommissar suchbar geschlagen werde. Er sei deshalb auf den Bahnhofspflanz geilt und habe dort gesehen, wie der Kommissar im Kreise herumfuhr und von der Menge mit Fäulen und Stöcken u. f. w. geschlagen wurde. Er habe sofort blank gezogen und die Menge aufgefordert, zurückzutreten. Da dies nicht geschah, habe er seinen Revolver gezogen und habe zu schießen gedroht. — Präsident: War der Revolver geladen? — Zeuge: Nein, ich habe den Revolver aber geladen, um die Menge zu schrecken. Da ich aber nicht schoss, so rief mir der Kommissar zu: „Schießen Sie nur, Herr Oberwachmeister, auf meine Verantwortung.“ Da ich dieser Aufforderung aber nicht nachkam, so forderte mich der Kommissar auf, ihm den Revolver zu geben. Dies verweigerte ich aber. Als ich nun schließlich selbst mit Steinen geworfen wurde, wollte ich schießen. In diesem Augenblick kam der Bürgermeister, hielt an die Menge eine polnische Ansprache, daraufhin ging die Menge auseinander. — Der Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Poepel hält dem Zeugen vor, daß er bei der Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter gesagt hat: v. Carnap sei in verantwortlicher Weise unaussprechlich im Kreise herumgefahren. Auch habe er bei dem Untersuchungsrichter gesagt: er habe den Kommissar wegen zu

schneellenfahrens und wegen Nichtbeleuchtung des Wagens zur Rede gestellt und ihm gesagt, daß er ihn deshalb anzeigen werde. — Oberwachmeister Studer, dem der Präsident seine erste Aussage vorhält, bekundet: Er müsse allerdings zugeben, daß seine erste Aussage die richtige sei. Er habe auch dem Kommissar wegen zu schnellemfahrens und Nichtbeleuchtung des Wagens angezeigt.

Der gestrige zweite Verhandlungstag in dem Opalenitzer Prozeß gestaltete sich für den Distriktskommissar v. Carnap recht bedenklich. Wie ein Telegramm aus Meserich meldet, bekundete der Bahnsteig-Schaffner Behmann, der Distriktskommissar v. Carnap habe von ihm in bestigen und beschimpfenden Ausdrücken Zutritt zum Bahnsteig verlangt. Da v. Carnap keine Bahnsteigkarte hatte, so wurde er nicht durchgelassen. Als er schließlich mittels Bahnsteigkarte auf den Bahnsteig gelangte, sei er dem gerade abgehenden Zuge noch unter Ausstoßung von Schimpfreden nachgelaufen; v. Carnap bestreite diese Belandung. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde beschlossen, zu morgen Vormittag noch drei Opalenitzer Bürger zu laden, da entweder Behmann oder v. Carnap einen Meineid geleistet habe, und es darauf ankomme, die Glaubwürdigkeit der beiden Zeugen festzustellen. Wie einem hiesigen Blatte noch gemeldet wird, hatte das Benehmen des v. Carnap auf den Hausvater des Erzbischofs Strzajkowski den Eindruck gemacht, als wollte v. Carnap dem Erzbischof nach dem Leben trachten. Schaffner Behmann bekundete nach dieser Meldung, daß v. Carnap sich in nicht wiederzugebenden beschimpfenden Ausdrücken auf dem Perron nach dem Ausenthalten des Erzbischofs erkundigt habe. Diese Äußerungen könnten sich nur auf den Erzbischof bezogen haben, er, Behmann, habe sie bald nach dem Vorfall dem Vorsteher zu Protokoll gegeben. v. Carnap bestreitet, Äußerungen in dieser Schärfe geäußert zu haben. Auch sollen seine Worte sich nicht gegen den Erzbischof, sondern gegen die Menge gerichtet haben. Des Wortlauts könne er sich nicht entsinnen.

Ein um 8 Uhr in Meserich ausgegebenes Privattelegramm bringt uns noch folgende Meldung: Im letzten Theil der Beweisaufnahme war nicht mehr von den Angeklagten, sondern nur noch vom Distriktskommissar v. Carnap die Rede. Zahlreiche Zeugen traten auf, die bekundeten, daß sie von Carnap mit dem blanken Säbel mißhandelt oder bedroht worden seien; unter diesen befand sich auch ein evangelischer Lehrer. Carnap gab unter großer Bewegung des Publikums und der Beteiligten die Wichtigkeit aller dieser Aussagen als möglich zu. Es macht sich hier eine große Sensation geltend, die drastisch dadurch zum Ausdruck kommt, daß man die Handlungsweise des Distriktskommissars v. Carnap mit den Thaten der Leist und Wehlan vergleicht. Der Prozeß wird am Freitag zu Ende geführt werden.

Vermischtes.

Nach Teveschen und Macon, Angerre und Rimoges sind die Flüsse, an welchen die Städte liegen, ausgeleert und haben einige Schäden angerichtet. Nach den bisherigen Meldungen sind Unglücksfälle nicht vorgekommen.

In einem heftigen Sturm an der Küste von Portugal kenterte gestern bei Setubal ein Fischerboot. 14 Personen ertranken.

Die von ihrem Manne, dem praktischen Arzt Dr. Nitz zu Chitago ermordete Deutsche entstammt einer Berliner Familie. Der Vater der Ermordeten war ein Kaufmann Brandwer, welcher noch vor ca. 27 Jahren ein Wäschegeßäft in der Brandhausstraße, jetzigen Kaiser Wilhelmstraße betrieb. W. geriet, kurz nachdem er sich verheiratet, in Konkurs und verschwand mit seiner Frau aus Berlin.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend abends von 6-7 Uhr statt.

H. T. 35. Unseres Wissens die „Leipziger Volkszeitung“. H. G. Berlin. Wegen der Menge gleichlautender Mittheilungen ist von der Veröffentlichung Abstand genommen. Besten Dank für Ihre Mühe.

M. J. Jasterburg. Es sind bisher zwei Bände von „Abd Negri in deutscher Sprache unter dem Titel „Schicksale“ und „Stürme“ erschienen, die gebunden je 4 M. kosten.

W. T. 36. I. Ja. 2. Klein. 8. Klosterstr. 41. Der Antrag auf Rückerstattung der Klebenarbeiten muß innerhalb drei Monaten nach der Heirat beim Vorstand derjenigen Versicherungsanstalt, an welche zuletzt Beiträge entrichtet sind, eingeleitet sein. Ein Beispiel finden Sie im Arbeiterrecht S. 319. — Lauenburg Elbe 100. Fristen sind nicht festgesetzt. Auch hat der einzelne Invalide keinen Rechtsanspruch auf die Invalidenunterstützung. — C. S. 130. Der Vermieter ist nur berechtigt, einen Mißbrauch der Wohnung zu untersagen, dahin rechnet man auch die Benutzung der Wohnung zu außerehelichem Geschlechtsverkehr. — G. G. R. 11. Ueber Ladung oder Nichtladung der Zeugen hat das Gericht im Termin zu beschließen. — G. Sp. 1. A. 1. Der Bezirks-Ausschuß hat auf Anträge hin nach § 19 des Verordnungs-Gesetzes die Enthebung vom Amt anzusprechen.

Witterungsübersicht vom 29. Oktober 1896.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf 0. Metresch.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur nach Celsius (0-49°).
Swinemünde	751	ONO	4	wolkig	8
Danzburg	749	NO	4	Regen	7
Berlin	748	OSO	4	bedeckt	8
Wiesbaden	743	NO	1	wolkig	9
München	747	O	4	wolkig	11
Wien	755	SO	3	halb bedeckt	12
Saparanda	—	—	—	—	—
Petersburg	760	SW	3	wollenlos	5
Gort	752	NO	3	wolkig	3
Aberdeen	756	WSW	2	heiter	1
Paris	752	WSW	2	bedeckt	5

Wetter-Prognose für Freitag, den 30. Oktober 1896. Ziemlich warm, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenfällen und frischen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.



Naturärztliche Vorträge.

für Männer und Frauen sehr wichtig, verständlich erklärt am künftl., lebendgroßen, auseinandernehmbar Menschen, von O. Grundmann, prakt. Naturheilkundiger, Charlottenburg. Heute, Freitag, den 30. abends 8 1/2 Uhr, bei Buske, Grenadierstraße 83, über: **Gicht und Rheumatismus**, deren Entstehung und Heilung. Entree 10 Pf. (Jeder Vereinsvorstand sollte diese Vorträge veranstalten.)

Bedegewandte Männer,

welche gewillt und befähigt sind, Volkswirtschafts-Anträge anzunehmen, wollen sich melden **Wolkenmarkt 4 II**, morgens von 8-9 Uhr. Bei genügenden Leistungen erfolgt feste Anstellung. 1136b

Sammet-Reste

zu Kinderkleidern, Anabenanzügen auch pfundweise, Bläsdreste, Krimmereste, Astrachanreste, Federplüschreste, Konfektionsstoffe, Kleiderstoffe, Schürzenstoffe, Unterrockstoffe, Satinreste, Buckstreste, Hemdenstoffe, Pardenreste, Kattunreste, letztere Bund 1 Mark. Vorthellhafteste Bezugsquelle f. Wiederverkäufer. **Neue Königsstr. 30.**

Morigstr. 8. Hof links bei Granete ist eine einfach möblirte Schlafstelle.

Schlafstelle für Mädchen (3 M.) bei Grams, Raungr. 8, v. 4 Tr. 1138b

Möbl. Schlafstelle für 2 Herren bei Kirchmatt, Oranienstr. 21 III. 1139b

Möbl. Schlafstelle Mitterstr. 116 v. 4 Tr. I.

I. Wahlkreis.

Freitag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saal der Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Partei-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Bericht von der Brandenburger Konferenz. Bericht und Neuwahl der Vertrauenspersonen. Wahl von Mitgliedern zur Lokal- und Pressekommision. Berichterstattung der Delegirten vom Parteitage. Diskussion.

Parteilosen! Die für Mittwoch nach Stabernad's Salon, Inselstraße 10, einberufene Versammlung wurde polizeilich verboten, weil das Lokal den baulich-polizeilichen Vorschriften nicht entspricht. Wir ersuchen deshalb, in oben bekannt gegebener Versammlung zahlreich zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“

Donnerstag, den 5. November, abends 8 Uhr, in Bernhard Raabe's Salon, Kolbergerstraße 23: General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. „Die Eroberung des Nordpols“. Referent: Genosse Dr. C. Joël. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vorstandes und des Kassirers. 4. Wahl eines Kassirers, eines Beisitzers und der Revisoren. 5. Verschiedenes. Mitgliederbuch legitimirt. Das Protokoll des diesjährigen Parteitages wird gratis an die Mitglieder gegeben und kann in der Versammlung oder bei den Zahlstellen abgehoben werden. — Die Zahlstelleninhaber werden gebeten, sich zur Entgegennahme der benötigten Exemplare am Sonntag, den 1. Nov., vorm. 10 Uhr, beim Genossen Kleinert einzufinden. Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Sonntag, den 1. November, abends 6 1/2 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstrasse 20:

Versammlung.

Vortrag des Herrn Dr. C. Joël über: „Die Eroberung des Nordpols“. — Nach dem Vortrag findet unter freundlicher Mitwirkung des Gesangsvereins Liedertafel geselliges Beisammensein mit Tanz statt, zu dem nur noch Mitglieder mit ihren Angehörigen Zutritt haben. Eintritt 10 Pf. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Montag, den 2. November, abends 9 Uhr, Unter den Linden 21: Besichtigung des Kinetographen und Phonographen

zum ermäßigten Preise von 25 Pfennigen. Programm: Erklärung des Kinetographen (lebende Photographien) und des Phonographen, sowie Vorführungen und Vorträge mit beiden Apparaten. Billets sind in der Schule und bei den Schülern, sowie in der Versammlung am Sonntag zu haben. Sammelplatz: Auf dem Hofe Unter den Linden 21, abends um 8 1/4 Uhr. — Zahlreichen Besuch erwartet Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verein.

General-Versammlung

am Sonntag, den 1. November 1896, vormittags 1/10 Uhr, in Cohn's Festsälen (großer Saal), Beuthstr. 21.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Ortsverwaltung und Kassenbericht. 2. Eventl. Schaffung eines Lokalfonds. 3. Verstärkung der Agitations-Kommission. 4. Einführung des Arbeitsnachweises. 5. Verbandsangelegenheiten.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimirt. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. 118/12 Die Ortsverwaltung.

Gleichzeitig wird auf das am Sonntag, den 7. November, bei Nieft, Weberstr. 17, stattfindende, von Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiter-Vereins arrangierte

Winter-Vergnügen

verbunden mit Konzert, Gesang, theatralischen Aufführungen u. Tanz aufmerksam gemacht. Billets à 30 Pf sind in allen mit Plakaten belegten Zahlstellen, sowie bei den Vertrauensleuten zu haben.

Achtung! Einsetzer. Achtung!

Am Sonntag, den 1. November, vormittags 11 Uhr, im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstr. 16:

Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Ist es den Einsetzern Berlin möglich, ihren Forderungen ohne Rückhalt des Holzarbeiter-Vereins voll und ganz Geltung zu verschaffen? Referent Kollege Wiedemann. 2. Diskussion. Es ist dringend notwendig, daß ein jeder Kollege in dieser Versammlung erscheint. 1185b Die Fünfer-Kommission.

Achtung! Kupferschmiede. Achtung!

Große öffentliche Versammlung aller in Kupferschmiedereien beschäftigten Personen.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Stand des Dispositionsfonds. 2. Wahl der Bezirkskassirer. 3. Vortrag des Genossen Krumm über die Kranken-Versicherungs-Gesetzgebung. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes. Um zahlreichen Erscheinen, insbesondere der Mitglieder der Orts-Krankenkasse, bittet Der Vertrauensmann der Berl. Kupferschmiede.

Achtung! Maurer. Achtung!

Freitag, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße Nr. 37:

Große öffentl. Versammlung der Maurer Berlins und Umgeg.

Tages-Ordnung: 1. Die Uebergriffe der Firma Strauch'sche Aktiengesellschaft und der Firma Pimplum in D. Wilmersdorf. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Kollegen! Die Tagesordnung ist wichtig genug und erfordert, daß alle Berliner Maurer vertreten sind. Energetisch muß Protest gegen das Verfahren der oben genannten Firmen eingelegt werden! Kollegen! Habt Eure heiligsten Güter und erscheint Mann für Mann! Die Lohnkommission der Maurer Berlins.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler u.

Eingelchr. Hilfskasse Nr. 8, Hamburg. (Verwaltung Berlin E.) Sonntag, 1. Novbr., mittags 12 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn Reumann, Pasewalkerstr. 9. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Wahl eines 1. Bevollmächtigten. 3. Anträge zur nächsten General-Versammlung. 4. Kassenangelegenheiten und Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. 188/1 Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse des Töpfer-Gewerbes zu Berlin.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis, daß die in der außerordentlichen Generalversammlung vom 6. Juli 1896 beschlossene vierte Abänderung zum Statut, betreffend die §§ 5 Abs. 3, 15 Abs. 1, 2 und 4, 22 Abs. 1 und 2, 24 Abs. 1, 25 Abs. 1 und 2, 29, 32, 34 Abs. 5, 67, sowie Artikel II am 21. Oktober 1896 vom Bezirksausschuß genehmigt ist. Die Abänderung tritt am Montag, den 2. November cr., in Kraft. Die Druckproplare gelangen in der Kasse zur Verteilung. Berlin, den 29. Oktober 1896. 201/1 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes zu Berlin.

Hierdurch wird auf Grund des § 66 des Statuts bekannt gemacht, daß die Kasse zur Zeit 12 677 Mitglieder hat und nach § 49 des Statuts daher 1. aus der Zahl der Kassenmitglieder 127 Vertreter, 2. aus der Zahl der Arbeitgeber 64 Vertreter für die Jahre 1897 und 1898 neu zu wählen sind. Wahlberechtigt und wählbar sind nur solche Personen, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Wahl der 127 Vertreter der Kassenmitglieder findet statt am Sonntag, 1. November 1896, vorm. v. 10—1 Uhr, bei Buske, Grenadierstr. 33, und die Wahl der 64 Vertreter der Arbeitgeber ebenfalls am Montag, 2. November, abends von 8—9 1/2 Uhr. Die Wahl ist geheim. Zutritt zum Wahllokal haben nur solche Arbeitgeber resp. deren Vertreter, welche Beiträge an die diesseitige Kasse zahlen, und nur wahlberechtigte Mitglieder der gen. Kasse. Diese haben sich durch das bis zum letzten Zahlungstermin abgestempelte Quittungsbuch, sowohl beim Eintritt in das Wahllokal, wie zur Ausübung des Wahlrechts am Wahlstische zu legitimiren. Zu diesem Zweck werden die Arbeitgeber ersucht, den bei ihnen beschäftigten Kassenmitgliedern die Quittungsbücher rechtzeitig ordnungsmäßig quittirt auszubehalten. Die Kasse ist am Wahltag geschlossen. Berlin, den 15. Oktober 1896. 877b H. Daehne, Vors. A. Kelpin, Schriftf. Demminerstr. 66. Demminerstr. 54.

Deutscher Holzarbeiter-Verein (Zahlstelle Berlin).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Verbandskollege

Carl Guss

am Donnerstag, den 28. Oktober, gestorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 1. Nov., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Fennstr. 16, nach dem Danke-Kirchhof, Daldorfer Chaussee, statt. Um rege Beteiligung bittet 78/11 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbefälle der Tischler

und anderer gewerblicher Arbeiter. Ortsverwaltung Berlin D. Eingelchr. Hilfskasse Nr. 8, Hamburg. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied, der Steinmetz Jacob Schärz am 27. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet Freitag, den 30. d. M., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Fennstr. 16, statt. Um zahlreiche Beteiligung bittet 182/2 Die Ortsverwaltung.

Schäftebranche! Verein deutscher Schuhmacher.

Sonnabend, 31. Oktober, abends 9 Uhr, bei Sabel, Rosenthaler-Versammlung. Einführung des Schuhmacher-Pachtb. 189/7 Erscheinen aller Mitglieder notwendig. 189/7

Oeffentl. Versammlung

des Verbandes der Bauarbeiter und Berufsgenossen Deutschlands (Zahlstelle Schöneberg) am Sonntag, 1. November, vorm. 11 1/2 Uhr, in Obal's Salon, Brunenwaldstr. 110. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Achtung! Dachdecker! Achtung!

Sonnabend, den 31. Oktober cr., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Feind, Weinstr. 11: Große öffentliche Versammlung der Dachdecker u. verw. Berufsgenossen.

Tages-Ordnung: 1. Berichterstattung über den Streit-Reservefonds. 2. Verschiedenes. Nach der Versammlung: Gemüthl. Beisammensein mit Frauen. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Einberufer.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15: Versammlung. Tages-Ordnung: Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Die Heilkraft des Wassers.“ Abrechnung vom Stiftungsfest u. Vereinsangelegenheiten. 198/3 Damen haben Zutritt. Der Vorstand.

Achtung! Schöneberg.

Sonntag, 1. November, nachm. 1/4 Uhr, im Saale von Obf, Brunenwaldstraße 110: Öffentliche Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht und Neuwahl des Vertrauensmannes und der Lokalkommission. 2. Bericht vom Parteitag. Referent Gen. Neumann-Romawef. 3. Diskussion. 1111b In anbeacht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen unbedingt erforderlich. Der Einberufer.

An alle Freunde der Wärmehallen!

Die uns im letzten Winter von gütigen Obern überwiesenen Mittel haben es ermöglicht, in den Wärmehallen 1/4 Liter nahrhafter Suppe mit nur 5 Pf., eine Tasse Kaffee oder Milch, zwei Schrippen oder eine gestrichene Stulle mit nur 4 Pf., also noch billiger als bisher zu berechnen. Außerdem vermochten wir dortselbst arbeitslose Schuster und Schneider gegen Tagelohn mit der Ausbesserung des Schuhzeuges und der Kleider bedürftiger Gaste zu beschäftigen.

Inzwischen sind jedoch durch erheblich erhöhte Mietausgaben u. unsere Mittel nahezu erschöpft worden. Wir bitten deshalb schon jetzt dringend um weitere Gaben, welche die Fortführung der Wärmehallen für den kommenden Winter sicherstellen. Zu ihrer Annahme ist jeder der Unterzeichneten bereit; es wird öffentlich Quittung geleistet.

- Emil Minlos, Rentier, Unter den Linden 12. G. Evert, Regierungsrath, Manerstraße 21. Kalisch, Stadtverordneter, Matthäikirchstraße 4. Rudolf Mosse, Verlagsbuchhändler, Leipziger Platz 15. Robert Warschauer, Bankier, Behrenstr. 48. Valentin Weisbach, Rentier, Tiergartenstraße 4.

R. Buske

(früher Seefeldt), Grenadierstraße 33. Säle für 100—500 Personen, Saalzimmer noch einige gute Sonnabende und Sonntage zu vergeben.

Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“ Berlin. Codes-Anzeige.

Am Dienstag, den 27. d. M., starb im 42. Lebensjahre nach 4 tägiger Krankheit unser braver Genosse

Carl Guss.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 1. November, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Fennstr. 16, aus statt. Um rege Beteiligung bittet 274/8 Der Vorstand.

Restaurant u. Festsäle

von J. Wernau Schwedter-Strasse 23/24. Den Vereinen, Klubs, Gesellschaften u. empfehle ich meine auf das eleganteste eingerichteten großen u. kleinen Säle u. Vereinszimmer von 80, 100, 200 bis 500 Personen fassend, zu Versammlungen, Sitzungen, Arbeitsnachweisen, Hochzeiten und Festlichkeiten jeder Art. 2 vordeckte Kegelbahnen. 50152 J. Wernau.

Ein armer Familienvater, der lange Zeit ohne Beschäftigung war, bittet um irgend welche Arbeitsgelegenheit. Eulitz, Cuorsstr. 24, Cuerg. part. 1146b

Arbeitsmarkt.

Schiffenbauer, geliebte, finden dauernde Stellung bei A. Leonhardt & Co., Baumwischbrücke. Lichtige Hornknopf-Fraiser verlangen Penschow u. Marxler, 22 Straßauer Allee.

20 Geldschrank-Schloßer.

nur durchaus tüchtige selbständige Leute, finden dauernde lohnende Beschäftigung in der neu eingerichteten Fabrik von Fabian, Badstraße 59. Lichtige 1147b

Monteur für Zentralheizung.

verlangt. Schriftliche Offerten mit Angabe bisheriger Thätigkeit erbeten sub „Monteur“ durch die Exped. d. Blattes. Goldbleiben. 1145b

Goldbleiben.

Tüchtige Belegerinnen werden verlangt Köpnickstr. 109a. 1145b Arbeiter auf bessere Capes verlangt 1146b Oberwasserstr. 10, 1.

Die Berliner Parteigenossen und der Parteitag in Gotha.

Von den 6 Versammlungen, die am Mittwoch Abend einberufen waren, um den Bericht der Delegierten über den Parteitag entgegenzunehmen, konnte die Versammlung im ersten Wahlkreis, wie wir bereits mittheilten, nicht tagen, weil angeblich das in Aussicht genommene Lokal den baupolizeilichen Vorschriften nicht genügt. Die übrigen Versammlungen zeigten allgemein einen recht guten Besuch und lassen wir hiermit in einzelnen die Berichte folgen:

Die Parteiversammlung des zweiten Wahlkreises, die in der Buchdruckerei tagte, war zahlreich besucht. Nach der Konstituierung des Bureaus, das die Genossen Rihing, Schlichting und Griesse bildeten, erhielt zunächst Genosse Werner in seiner Eigenschaft als früherer Vertrauensmann des zweiten Wahlkreises das Wort zur Berichterstattung über seine Thätigkeit. Durch die im November vorigen Jahres erfolgte polizeiliche Auflösung der sozialdemokratischen Wahlvereine und der Vertrauensleute sei diese Thätigkeit nur eine sehr beschränkte gewesen. Die finanzielle Abrechnung ergab bei ihm eine Einnahme von 560,95 M. und eine Ausgabe von 526,50 M., jedoch ein Ueberschuss von 34,45 M. in seinen Händen verblieb. Zu den Stadtverordneten-Wahlen des letzten Jahres übergehend, konstatierte der Redner, daß während seiner politischen Thätigkeit noch niemals eine solche Lässigkeit und Apathie der Genossen in bezug auf die Stadtverordnetenwahlen zu verzeichnen gewesen sei, wie in diesem Jahre. Die behufs Agitation einberufenen Volksversammlungen seien überaus schlecht besucht gewesen, und auch die materielle Opferwilligkeit der Genossen sei so sehr gegen die früheren Jahre zurückgefallen, daß in diesem Jahre zum ersten Male sich ein Defizit von 222,10 M. ergeben habe. Sodann gab die weibliche Vertrauensperson des zweiten Kreises, Frau Scholz, den Bericht über ihre Thätigkeit, die auch aus dem schon angeführten Grunde eine sehr beschränkte gewesen sei. Es hätten aber andere Genossinnen die Agitation in die Hand genommen, jedoch für die Aufklärung der Frauen trotzdem gearbeitet worden sei. So wären im verfloffenen Jahre neun Volksversammlungen von den Frauen einberufen worden. Die finanzielle Abrechnung ergab bei ihr einen Ueberschuss von 26,94 M. An Besuchen von den Frauen des zweiten Kreises für 218 M. verkauft worden. Die Abrechnung des nach der polizeilichen Auflösung gewählten Vertrauensmannes, des Genossen Rihing, ergab eine Einnahme von 669,55 M. und eine Ausgabe von 1930,45 M. Der Ueberschuss in Höhe von 4968,10 M. sei an den Partei-Ausschuß abgeführt. Der Redner bemängelte auch die Interessenlosigkeit der Genossen, die Einnahmen hätten entschieden höhere sein müssen. Der Revisor Genosse Carl Berger beantragte Decharge für die beiden männlichen Vertrauenspersonen, für Frau Scholz dagegen nicht, da diese den Revisoren nur die Revision über die Wenz gestattet hätte. Hierüber entstand eine längere Debatte. Frau Scholz erklärte, daß sie die Revision verweigert habe, da die Genossen sich sonst garnicht um sie kümmern hätten und sie ihre Abrechnung daher von mehreren Genossinnen habe revidieren lassen. Frau Jung befragte dies und beantragt als eine dieser Revisorinnen Decharge für Frau Scholz. Ebenso tritt Frau Fahrenwald für die Handlungsweise der Frau Scholz ein, während die Genossen Rihing, Lange, Kropp, Antick, Ewald, Berger, Hensel und Werner das Verhalten der Frau Scholz nach verschiedenen Seiten hin als inkorrekt bezeichnen. Die Abrechnung der Frau Scholz betreffe nicht nur den zweiten Wahlkreis, sondern ganz Berlin und daher hätten ebenso wenig die Revisoren des zweiten Kreises revidieren können, wie die heutige Versammlung befugt sei, Decharge zu erteilen. Ein Antrag Antick, der der Frau Scholz über die den zweiten Kreis angehende Wenz-Abrechnung Entlastung erteilen will, wird angenommen. Sodann wird den beiden Vertrauensmännern volle, der Frau Scholz dagegen auch die oben erwähnte theilweise Entlastung erteilt. Zwei im Anschluß hieran zur Diskussion gestellte Anträge der Genossen Altman, die verlangen, daß den Vertrauensmännern Abrechnung auch über die nicht von ihnen einberufenen Versammlungen ihres Bereichs zugehen soll, werden nach kurzer Debatte von der Antragstellerin zurückgezogen. Hieran schließen die ebenfalls politisch „aufgelösten“ Press- und Lokalkommissions-Mitglieder Bericht. Genosse Knüpfer berichtet, daß die Preßkommission zwar nur zwei Sitzungen, aber doch wichtige Gegenstände zu verhandeln gehabt habe. Die erste Angelegenheit habe den früheren Berichterhalter des „Vorwärts“, Rogge, der seiner Thätigkeit wegen Indiskretion entlassen sei, betroffen, die zweite hauptsächlich die Vorgänge in der Redaktion des „Vorwärts“ im Anschluß an die Quard'schen Vorschläge. Die Preßkommission habe sich durchaus auf die Seite der Redaktion gestellt und daher die betr. Artikel gebilligt. Auch über einige Annoncen sei verhandelt worden. Ein Genosse Berger wendet sich gegen die Annoncen des Oberlin-Vereins, des Zentral-Büchsenhofs und des Margarinenfabrikanten Mohr, findet aber mit seinen Ausführungen keine Gegenliebe bei der Versammlung. Das Mitglied der Lokalkommission unterbreitet einen Antrag auf Freigabe der Philharmonie, des Konzerthauses und des Kroll'schen Stabliniments als Kunstsinstitute, der nach kurzer Debatte angenommen wird. Die Wahlen ergaben das schon gestern mitgetheilte Resultat. Der vorgezogene Zeit wegen wurde von der Berichterstattung über den Parteitag abgesehen und diese einer späteren, demnächst einzuberufenden Parteiversammlung überlassen. Am 11 Uhr schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Im dritten Wahlkreis war die Versammlung von ungefähr 400 Personen besucht, und berichtete Genosse Frix über seine Thätigkeit als Vertrauensmann. Derselbe sei infolge der bekannten Vorgänge nur gering gewesen und betragen die Einnahmen 1372,34 M., die Ausgaben 409,65 M., so daß ein Bestand von 962,69 M. bleibe, von dem 800 M. an die Parteikasse abgeführt worden sind. Kaiser als Revisor bestätigte die Richtigkeit der Abrechnung und wird Frix einstimmig entlastet. Daraus wurde die Frage erörtert, ob in Zukunft wieder nur eine Vertrauensperson für den dritten Wahlkreis fungieren soll und entscheidet sich die Versammlung für die bisherige Handhabung. Genosse Frix wird dann als Vertrauensperson wiedergewählt. Frix berichtet hierauf über die Thätigkeit der Lokalkommission. Im dritten Wahlkreise haben wir 17 Säle, die zu Partei- und Gewerkschafts-Versammlungen geeignet wären; 15 weitere Säle stehen uns nicht zur Verfügung; auch bittet er die Parteigenossen, ihre Ansicht betreffs der Lokalfrage zum Besten zu geben. Frix stellt darauf den Antrag, daß Lokalitäten, soweit sie der Kunst dienen, zum Besuch des Kunstgenusses freigegeben sind. Für diesen Antrag sprachen mehrere Genossen und meint Frix, daß die in Frage kommenden Lokalitäten genau bezeichnet werden sollten. Der Antrag Frix wird darauf angenommen und wählt man die Genossen Frix und Mahle wieder zu Mitgliedern der Lokalkommission. Pohl

erstattet darauf seinen Bericht als Mitglied der Preßkommission. Es seien nur wenige Beschwerden eingelaufen und zum theil von Genossen, die mit dem Zeitungsweesen nicht vertraut wären und daher oft Dinge verlangten, welche nicht durchzuführen sind. Frank führt aus, daß er sein altes Steckenpferd heute nicht wieder reiten wolle, jedoch sei er der Ansicht, daß der „Vorwärts“ nur an Ansehen gewinnen könnte, wenn er Annoncen, soweit sie nicht dem Zeitungsweesen dienen, gänzlich weglassen würde, auch sei es nicht richtig, daß ein Mitglied der Preßkommission zugleich Mitarbeiter am „Vorwärts“ wäre. Mehrere Redner treten der Ansicht Frank's betreffs des Annoncenwesens entgegen, indem der „Vorwärts“ ohne Annoncen überhaupt nicht lebensfähig wäre und auch nicht den Bedürfnissen der Leser entsprechen würde. Borchert wünscht, daß der „Vorwärts“ am Ende, wie z. B. die „Staatsbürger-Zeitung“ eine Erklärung der Fremdwörter bringen möchte. Frau von Hoffetten stellt folgenden Antrag: „Die Preßkommission habe zu veranlassen, daß Annoncen über Parteiversammlungen von den Vertrauenspersonen mit zu unterzeichnen sind, andernfalls sie von der Expedition nicht angenommen werden dürfen.“ Sie begründet denselben durch Vorkommnisse in der Frauenbewegung. Derselbe wird angenommen, worauf die Wiederwahl von Hoch und Pohl zu Mitgliedern der Preßkommission erfolgte. Sodann berichtet Albold als Delegirter über die Verhandlungen des Gothaer Parteitages. Seine Ausführungen werden durch den Mitdelegirten Schmidt zum theil noch ergänzt. Beide Redner sind im großen und ganzen mit dem Resultat des Parteitages zufrieden. Kahle verweist den Ton, der von einigen Rednern gegen Quard auf dem Parteitage angeschlagen wurde. Borchert wendet sich darauf scharf gegen die schmählige Behandlung, welche Liebknecht auf dem Parteitage zu theil geworden sei und werden die Ausführungen desselben durch lebhaften Beifallzuseher unterstützt. Hieran wird eine Resolution angenommen, welche sich mit der Haltung der Delegirten sowie mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärt, die Haltung des Genossen Schmidt-Magdeburg gegen Liebknecht mißbilligt und die Versammelten verpflichtet, im Sinne der Beschlüsse des Parteitages wirken zu wollen. Ein weiterer Antrag der Frau von Hoffetten, daß die Vertrauenspersonen verpflichtet werden, wenn im Wahlkreise von anderer Seite Volks- und Parteiversammlungen stattfinden, die Abrechnungen zu verlangen, wird als unbedenklich bezeichnet und abgelehnt, worauf die Versammlung um 12 1/2 Uhr geschlossen wurde.

Die Parteigenossen des vierten Wahlkreises waren in Zöll's Saal versammelt. Zunächst gab Franz Schulze einen allgemeinen Ueberblick über die Thätigkeit der Vertrauenspersonen. Er bezeichnete den Fortgang und den Erfolg der Agitationsarbeiten, sowie den Stand der Partei als einen recht guten, was unter anderem auch daraus hervorgehe, daß die Partei-Zeitungs-Expedition einen Ueberschuss von 5000 M. gebracht habe. Thiele erstattete hierauf die Abrechnung für den Osten. Derselbe schließt ab mit einer Gesamt-Einnahme von 15108,10 M. und einer Gesamtausgabe von 14120,30 M., darunter sind 1021 M., welche an den Partei-Ausschuß abgeführt wurden. Im Südosten sind nach dem Bericht des Genossen Gutschke 12829,70 M. eingenommen, 6664,20 M. ausgegeben, 5568,90 M. an den Ausschuss abgeliefert, und ist noch ein Bestand von 102,10 M. vorhanden. Fraulein Baader, als Vertrauensperson für die Agitation unter den Frauen hat eine Einnahme von 501,60 M., eine Ausgabe von 498,45 M. gehabt, und 50 M. an den Ausschuss gesandt, so daß ein Bestand von 8,15 M. bleibt. Sie berichtet, daß die Agitation unter den Frauen gute Fortschritte gemacht habe. Sowohl im 4., 5. und 6. Wahlkreise, auf welche sich ihre Thätigkeit erstreckte, als auch in den Vororten fanden zusammen 22 Versammlungen statt. In Weissenhof, Nixdorf und Friedrichsberg hat sich je eine Frau gefunden, welche die Agitation in den betreffenden Orten in die Hand genommen hat. Auf Antrag der Revisoren erteilte die Versammlung den Vertrauenspersonen Decharge. An den Geschäftsbericht knüpfte sich eine Debatte, hervorgerufen durch die Ausführungen Kaiser's, welcher eine spezialisirte Abrechnung über alle Einzelheiten der Einnahme und Ausgabe verlangte. Diefem Verlangen entsprachen Thiele und Gutschke nach Möglichkeit, andere Redner bezeugten jedoch die spezialisirte Abrechnung in öffentlicher Versammlung für unthunlich und meinten, daß man in dieser Hinsicht der Gewissenhaftigkeit der Revisoren vollkommen trauen könne. Nachdem die Debatte über diesen Punkt geschlossen war, entstand sie aufs neue bei den Vorschlägen zur Wahl der Vertrauenspersonen. Kaiser machte gegen die Wiederwahl des Genossen Wengels geltend, daß derselbe als Zeitungsredakteur schon Arbeit genug habe, außerdem aber auch deshalb für diesen Posten nicht empfohlen werden könne, weil er beim Prozeß Kuer, an welchem er befaßlich theilgehabt war, pro Tag 7,50 M. Diäten bezogen habe, obgleich er doch als Expeditur sein festes Gehalt bekomme. Dazu bemerkte Wengels, und Franz Schulze und andere bekräftigten es, daß die gezahlten Diäten nur eine Entschädigung für baare Auslagen darstellten, die Wengels bei Gelegenheit des Prozesses und der vorausgegangenen Hausdurchsuchungen gehabt habe. Das wisse auch Kaiser, der nur seinem persönlichen Groll Luft machen wolle, ganz genau. Im weiteren Verlauf der Debatte wurden vorwiegend persönliche Erörterungen gepflogen, die kein weiteres Interesse haben. Als Vertrauenspersonen wurden gewählt: Wengels und Thiele für den Osten, Gutschke und Erbe für den Süd-Osten. Hieran gab Karl Scholz einen Bericht über die Thätigkeit der Lokalkommission; er verwahrte sich dagegen, daß er mit seiner Auserkennung auf der Provinzialkonferenz, die dahin ging, daß die Berliner Arbeiter die Lokalsperre nicht immer beobachtet hätten, den Berliner Parteigenossen habe unnahe treten wollen. Jächel besprach die Lokalverhältnisse in Treptow und beklagte sich darüber, daß der Annoncenammler des „Vorwärts“ die Unterschrift eines Treptower Wirtthes eingeholt habe, obwohl doch nur die Lokalkommission dazu befugt sei. Vogt gab diese Thatsache zu, führte sie aber auf ein Versehen zurück. Folgende von Jächel eingebrachte Resolution wurde angenommen: Die Versammlung mißbilligt entschieden das Verhalten des Annoncenammlers Vogt, der von einem Wirtthe die Unterschrift wegen Herabgabe des Saales verlangte, wozu nur die Lokalkommission berechtigt ist. In die Lokalkommission wurden gewählt: Blume und Haber für den Osten, Jächel, Pakke und Wenzel für den Süd-Osten. Zum Bericht der Preßkommission nahm Genosse Böhm das Wort. Er bezeichnete die mancherlei Beschwerden, welche von einzelnen Genossen bezüglich der Versammlungsberichte und des Annoncenwesens gelegentlich vorgebracht worden sind, für nicht begründet und die Haltung des „Vorwärts“ als in dieser Hinsicht zufriedenstellend. Wenn jeder Parteigenosse dafür sorgen würde, daß sich die Abonnentenzahl mehre, dann könne noch manches besser werden. Wilh. Schütz schloß sich diesen Ausführungen an. Alld. Müller beschwerte sich darüber, daß der „Vorwärts“ einen Bericht des Vereins „Friedrich Engels“ nicht aufgenommen habe. Man solle entweder alle oder gar keine Vereinsberichte

aufnehmen. Auch die Partei-Expedituren würden in der Expedition gegenüber den Privat-Expedituren bevorzugt, indem die ersteren früher als die letzteren abgefertigt würden. Frau Heine brachte dieselbe Klage vor, während G. L. C. und Wenzel das Vorkommen derartiger Uebelstände entschieden in Abrede stellten. Frau Hohla brachte zwei Anträge ein. Der erste derselben forderte die Preßkommission auf, zu veranlassen, daß im „Vorwärts“ nur solche Annoncen zu öffentlichen Versammlungen Aufnahme finden, welche von der Vertrauensperson des zuständigen Kreises unterzeichnet sind. Die Antragstellerin begründet diesen Antrag damit, daß auf Veranlassung von Fräulein Baader, die doch nur für den vierten Wahlkreis als Vertrauensperson gewählt worden sei, häufig auch Versammlungen in anderen Kreisen veranstaltet worden wären. Das liege nicht im Interesse einer einheitlichen und planmäßigen Agitation und dem solle durch Annahme des Antrages vorgebeugt werden. Der zweite, zu demselben Zweck gestellte Antrag verpflichtet die Vertrauenspersonen, über die Einnahmen aller öffentlichen Versammlungen ihres Kreises mit den Einberufern derselben abzurechnen. Die Diskussion über diese Anträge, sowie die Berichterstattung vom Gothaer Parteitage wurde, weil es inzwischen 12 Uhr geworden war und die Versammlung sich bereits gelichtet hatte, bis zur nächsten Versammlung vertagt. Es wurden hierauf gewählt in die Preßkommission: Wilh. Schulz für den Osten, Paul Hoffmann für den Südosten. In die Agitations-Kommission für die Provinz Brandenburg: Wasevich für den Osten und Weise für den Südosten.

Die Parteigenossen des fünften Wahlkreises waren sehr zahlreich im „Alten Schützenhaus“, Pflanzstraße, versammelt. Nach dem Bericht des Vertrauensmannes Genossen Paul betragen die Einnahmen durch Visten, Bots, Zellerammlungen und Vergütungen 2510,82 M., die Ausgaben 2143,40 M., verbleibt mithin ein Bestand von 367,42 M. Stattgefunden haben fünf öffentliche Versammlungen, die leider mit Ausnahme einiger nur schwach besucht waren. Der Redner giebt der Hoffnung Ausdruck, daß künftig die Genossen mehr Eifer entwickeln werden und ein besseres Zusammenarbeiten als gegenwärtig im Interesse der Partei ermöglicht wird. Auf Antrag der Kontrollreue wurde dem Vertrauensmann einstimmig Entlastung erteilt. Beschlossen wurde, statt wie bisher einen, zwei Vertrauensmänner zu wählen und hierzu die Genossen Neul und Mager einstimmig anerkannt. Auf einen Bericht der Preßkommission berichtete die Versammlung und wurden die Genossen Liepman und Roth einstimmig wiedergewählt. Hieran berichtete Genosse Robert Schmidt als Delegirter vom Parteitage. Mit dem Hinweis auf die ausführlichen Berichte über die einzelnen Punkte im „Vorwärts“ verbreitete sich der Redner über die Arbeiten und den Verlauf des Parteitages im allgemeinen, dabei betonend, daß entgegen den Behauptungen der bürgerlichen Presse, unter den Genossen eine allgemeine Befriedigung über den Verlauf des Parteitages zum Ausdruck komme. Die Ansicht, daß in der Partei verhältnismäßig nicht mehr die Opfer aufgebracht werden, wie ehemals, theilt der Redner nicht, wenn es auch für die Zentralkasse zutreffen mag. Durch die Organisation der provinziellen Agitations-Kommissionen werden die Gelder mehr wie früher am Orte selbst verwandt. Die hier aufgeführten Mittel seien sehr bedeutende. Selbstverständlich habe man es in Berlin und anderen großen Städten viel leichter, Mittel aufzubringen, als in kleineren Städten, wo die Arbeiterschaft noch rückständiger und ökonomischer mehr abhängig ist. Die Kritik über die „Neue Welt“, wie sie vom Genossen Froome geübt wurde, kann der Redner nicht gut heißen. Unzweifelhaft ist der Inhalt der „Neuen Welt“ bedeutend besser geworden und hat dieselbe unter der Redaktion des Genossen Steiger außerordentliche Fortschritte gemacht. (Sehr richtig.) Jedenfalls war aber die weitere Debatte über diesen Punkt eine höchst interessante und der Redakteur wird den berechtigten Wünschen zahlreicher Parteigenossen nachkommen. Ueber den Punkt: „Arbeiterklub“ war insofern eine größere Diskussion auf dem Parteitage ausgeschlossen, als Reinigungs-verhandlungen prinzipieller Natur auf diesem Gebiete nicht vorhanden sind und es folgedessen weiterer Auseinandersetzungen nicht bedarf. Was die Frage des Achtuhr-Abendchlusses betrifft, so meint der Redner, daß eine solche Bestimmung wohl eine Verkürzung der Arbeitszeit bedeute und einen nicht zu unterschätzenden Vortheil für die Handelsangestellten gewährt. Der Redner wendet sich sodann in längeren Ausführungen gegen die Aufschauungen des Genossen Legien, die derselbe in bezug auf die Gewerkschaftsbewegung auf dem Parteitag zum Ausdruck gebracht hatte. Das Verlangen Legien's, die Gewerkschaften sollen Sozialpolitiker, aber ohne Parteipolitik betreiben, müsse einen entschiedenen Widerspruch hervorrufen. (Sehr richtig.) Es ist selbstverständlich, daß die Verbände innerhalb ihrer Organisation keine Politik treiben. Aber in ihrer Propaganda, losgelöst von den Verbänden haben sie sozialdemokratische Sozialpolitik zu treiben — eine Taktik, die bisher geübt wurde und für die Gewerkschaftsbewegung nur vom Nutzen war. Einem Abgleiten von dieser Bahn wird auch in den Gewerkschaften entgegengetreten werden. Nachdem der Redner noch auf das ausgezeichnete Referat der Genossin Jettin über die Frauenfrage hingewiesen hatte, spricht er die Hoffnung aus, daß auch der diesjährige Parteitag die Anregung zu einem eifrigen Wirken für die Partei geben wird. Genosse Raß ist der Meinung, daß der Punkt: Arbeiterklub, nicht gründlich genug auf dem Parteitag behandelt wurde und spricht sich entschieden gegen die Vorschläge Legien's aus, der nach seiner Auffassung gemeinsam mit der Generalkommission stets bemüht war, den deutschen Gewerkschaften trotz der unterschiedlichen Verhältnisse, den Stempel der englischen Gewerkschaften aufzudrücken. In bezug auf die Presse hält der Redner eine Verbilligung des „Vorwärts“ für dringend notwendig, um dadurch in wirksamer Weise gegen die bürgerlichen Zeitungen konkurrieren zu können. Sodann weist er auf die „Leipziger Volkszeitung“ und die „Sächsischen Arbeiterzeitung“ hin, die nur 65 resp. 70 Pfennige kosten. Außerdem sei es nöthig, daß für den „Vorwärts“ Annoncen-Annahmestellen eingerichtet werden. In längeren Ausführungen bemängelt der Redner, daß der „Vorwärts“ zu den verschiedenen Fragen, welche die Parteigenossen interessieren, nicht in geeigneter Weise seine Meinung zum Ausdruck gebracht hat. Schmidt stimmt dem letzteren Punkt bei, wendet sich aber gegen die Auffassung, daß die hohe Abonnentenzahl des vom Vorredner erwähnten „Lokal-Anzeiger“, in dem niedrigen Abonnementspreis derartiger Blätter zu suchen sei. Es ist der Hang zum Sensationellen, der diesen Zeitungen eine große Zahl Gedanken- und kritischer Leute zuführt. Im „Vorwärts“ ist dies nicht enthalten und kann auch seiner Tendenz wegen nicht enthalten sein. Genosse Liepman erklärt sich von dem Verlauf des Parteitages vollständig befriedigt und ist der Ansicht, daß in der Quard'schen Angelegenheit der fünfte Kreis besonders gut vertreten war. Wie in Sachen des „Vorwärts“, so habe auch die Diskussion über die „Neue Welt“ auf der Höhe der Zeit gestanden. Wünschenswerth wäre es allerdings gewesen, man hätte sich bei dem Achtstundentag nicht mit einer platonischen Liebeserklärung begnügt, sondern beschlossen, diese Forderung als Wahlparole zu benutzen. Der Redner spricht sich gegen die Herabsetzung des Abonnementspreises für den „Vorwärts“ aus und meint

In seinen weiteren Ausführungen, daß alle Ursache vorhanden sei, daß sich die Gewerkschaften gegen die Anschauungen Legiens verhalten. Von der Frau Berndt waren, wie schon in den anderen Versammlungen erwähnt, die aus Frauenkreisen empfohlenen Anträge eingegangen. Die Versammlung lehnte dieselben ab, mit der Begründung, man möge die Anträge in der Frauerversammlung zur Annahme empfehlen. Hieraus erfolgte der Schluß der gut besuchten Versammlung.

Im sechsten Wahlkreis war der Kolberger Salon, in dem die Versammlung stattfand, bis auf den letzten Platz gefüllt. Das Bureau bildeten die Genossen Ernst, Freythal und Kiehl. Der Vertrauensmann Klose gibt die Abrechnung für die Monate Juli, August, September, ferner eine Uebersicht über die im sechsten Wahlkreis betriebene Agitation. Er kommt auch auf die Auflösung der Partei-Organisation zu sprechen und theilt mit, daß die Parteithätigkeit auch nicht einen Augenblick geruht hat. Nach Ertheilung der Decharge werden die Wahlen vorgenommen, über die bereits berichtet. Als Vertrauensmann der Schönhauser Vorstadt wird Genosse Klose, für die Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen Rinkmann, für Wedding und Oranienburger Vorstadt Eugen Ernst, für Moabit wird Greschke gewählt. Als Revisoren werden die Genossen Hänsch, Waschowski und Freythal gewählt.

Namens der Lokalkommission berichtet Genosse Tauschel über die letzten Verhandlungen betreffs der außerhalb Berlins gelegenen Lokale. Vielfach sind die Lokale, die für die Berliner Genossen gesperrt sind, von den Genossen der betreffenden Orte selbst besucht worden. Darauf wird folgende von Tauschel vorgelegte Resolution angenommen:

„Die heutige Parteiverammlung spricht ihr Bedauern darüber aus, daß nach dreimaligem Verhandeln der Berliner Parteigenossen mit den umliegenden Wahlkreisen Berlins betreffs der Lokalfrage eine Einigung nicht erzielt worden ist. Die Parteiverammlung erwartet daher von einer demnächst abzuhaltenden Konferenz sämtlicher Lokalkommissions-Mitglieder Berlins und der Umgegend eine endgiltige Regelung der Lokalfrage unter möglichster Berücksichtigung der Wünsche der Berliner Arbeiterschaft.“

Ferner beantragt Tauschel, daß die Philharmonie, Kroll und Konzerthaus für den Besuch als Kunstinstitute freizugeben, Arbeitersitzlichkeiten dort dagegen nicht abzuhalten seien. Er weist darauf hin, daß diese Kunstinstitute zwar formalisiert sind, daß der Boykott aber doch nicht durchgeführt wird und wir uns somit nur blamieren. Der Antrag wird, nachdem sich darüber eine theils zustimmende, theils ablehnende Diskussion entsponnen hat, angenommen. In die Lokalkommission wurden darauf für die Schönhauser Vorstadt Genosse Schulz, für Gesundbrunnen-Rosenthaler Vorstadt Wiesel, für Wedding-Oranienburger Vorstadt Freythal, für Moabit Weise gewählt.

Für die Pressekommission berichtet Genosse Schmidt. Aus der Thatsache, daß nur ganz wenige Beschwerden an die Pressekommission gelangt sind, schließt der Redner, daß die Pressekommission von den Genossen nur für eine Scheinkommission gehalten werde. Ein größerer Einfluß auf den „Vorwärts“ könne nur gewonnen werden, wenn die Genossen sich mit ihren Beschwerden mehr an die Pressekommission wenden. Auch soll man mit Beschwerden nicht gleich in Versammlungen Rärm schlagen, sondern sich direkt an die Redaktion oder die Kommission wenden. Ferner ist es erwünscht, daß die Beschwerdeführer zu den Pressekommisssions-Sitzungen kommen, damit die Sachen gleich definitiv geregelt werden können.

Frau Griesenberg beantragt, daß Versammlungs-Anzeigen im „Vorwärts“ nur aufgenommen werden sollen, wenn sie vom Vertrauensmann unterzeichnet sind. Sie will dadurch verhindern, daß an demselben Tage gleichartige Versammlungen stattfinden. Siebel beantragt, die im „Vorwärts“ vorkommenden Fremdwörter an einer bestimmten Stelle zu verdeutschen und keine Inserate aufzunehmen, die den Interessen der Arbeiter zuwider sind. Getadelt wird namentlich, daß der „Vorwärts“ Abonnements-Einladungen der patriotischen „Berliner Illustrirten Zeitung“ beilegt. Schmidt weist darauf hin, daß die Inserate für die Zeitung durchaus notwendig sind, weil sie der Partei Geld bringen. Andere Parteizeitungen sind nach viel weniger zimperlich wie der „Vorwärts“. Wir haben keine Ursache, uns über die Geschäftsinserte so sehr aufzuregen, denn Schmidt ist doch mehr oder weniger dabei. Die Genossen müssen sich selbst vorsehen und die Redaktion hat von dem Recht Gebrauch zu machen, wo es nötig ist, zu kritisieren. — Frau Zeyer betont die Nothwendigkeit der Verdeutschung der Fremdwörter. Auch auf dem Gebiet des Inseratenwesens müßten Reformen eingeführt werden. Wir dürfen nicht dem Grundsatz „non olet“ hulbigen. Frau Zeyer verweist auf die Inserate des Schlachthofes, in denen das fämige Fleisch annonciert wird. Sie hat konstatiert, daß das betreffende Fleisch nicht gerade gesundheitsförderlich ist. Sie schlägt vor, um das gleichzeitige Tagen gleichartiger Versammlungen zu verhindern, eine Zentralkasse zu begründen, aber nicht die Vertrauensleute damit zu belasten.

Nachdem sich noch die Redner Kröhn, Dornbusch und Graßhold in dem Sinne ausgesprochen haben, daß der „Vorwärts“ auf Inserate angewiesen sei, weil er sonst ein Defizit haben werde, daß aber Annoncen unethischen Inhalts schon heute nicht aufgenommen werden, wird der Antrag Griesenberg (Unterzeichnung der Versammlungs-Inserate durch den Vertrauensmann) abgelehnt, der Antrag bezüglich der Fremdwörter und der Nichtaufnahme von arbeitersindlichen Inseraten angenommen. — In die Pressekommission werden darauf gewählt die Genossen Siebel und Dornbusch.

Ueber die Verhandlungen des Parteitages berichtet Genosse Kiesel. Er geht kurz die Verhandlungen des Parteitages durch, über welche die Leser ja aus den Berichten des „Vorwärts“ informiert sind. Was die Debatten über den „Vorwärts“ auf dem Parteitag betrifft, so waren die Vorwürfe, daß er nicht zu allen Parteiträgen Stellung nimmt, berechtigt. Genosse Siebel wird jetzt, nachdem allgemein der Wunsch ausgedrückt wurde, jedenfalls sorgen, daß es besser wird. — Das Referat über den Arbeiterschutz hat vielen mit recht nicht genügt; der Referent Wurm hatte aber nur wenig Zeit zur Vorbereitung. Graßhold konstatiert bezüglich der Frauenorganisation, daß der Parteitag aus vereinsgesellschaftlichen Gründen beschließen mußte, daß in jedem Ort nur eine Frau als weibliche Vertrauensperson gewählt werden solle. — Kröhn bemerkt, daß man sich in den Angriffen auf Siebel nicht mehr hätte mähigen sollen. Siebel hat sein ganzes Leben lang der Partei gedient. Der Angriff Robert Schmidts auf Quard war vollständig berechtigt. Gegen solche Ueberläufer sollten die Genossen vorstichtiger sein. In der Debatte über die „Mutter Verba“ hat Steiger in der Sache recht behalten, Frohme ist abgeführt worden. Mich hat der Roman enttäuscht. — Auch Späthe findet, daß Quard von Schmidt richtig behandelt worden ist; dagegen könne er sich in den Gedankengang Siebels versehen, der bei Streitigkeiten in der Partei sich mit dem Zentralorgan nicht unbedingt auf die Seite der einen Partei stellen wolle. Gegenüber dem Vorwurf, daß die Genossen der Provinz nicht genug an die Parteikasse zahlen, meint Genosse Scheffler, daß nicht alle Genossen so günstig gestellt seien, wie die Berliner und Hamburger, daß aber überall in der Agitation die Schuldigkeit getan werde. Quard hätte man nicht in so überlegener Weise niedertarteten sollen. Kiesel erwidert, man hätte Quard ganz richtig behandelt. Die Parteigenossen müßten dafür sorgen, daß jeder, der in der Partei eine Stellung einnehmen wolle, auch eine Zeitzeit durchgemacht habe und nicht übertrieben rasche Verläufe mache. Von den Parteigenossen der kleinen Städte verlange niemand große Summen, aber wenige Mark könnten überall aufgebracht werden.

Nachdem Frau Mesch noch der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß die einzelnen Partei-Orte auch mehrere weibliche Vertrauenspersonen wählen dürfen, daß man dagegen in Berlin vorläufig nur eine wählen will, um in der diesigen Frauenbewegung Einigkeit zu schaffen, wird die folgende Resolution angenommen: Die heutige Parteiverammlung erklärt sich mit den Beschlüssen des Gothaer Parteitages einverstanden, macht dieselben zu den ihrigen und verpflichtet, für die Ausführung derselben Sorge zu tragen.

Mit einem freudig aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie wird die interessante Versammlung darauf 12¼ Uhr geschlossen.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost) hielt am Dienstag eine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Genossen Doyne durch Erheben von den Sitzen. Der Vorsitzende Soigt erstattete hierauf den Geschäftsbericht. Er warf einen Rückblick auf die Neugründung des Vereins und bezeichnete den gegenwärtigen Stand desselben als einen erfreulichen. In den bisher bestehenden 12 Wahlstellen sind neuerdings noch 8 hinzugekommen, so daß augenblicklich 15 Wahlstellen bestehen, welche über das betliche Gebiet des Vereins vertheilt sind, daß der Vorstand die Zahl derselben für durchaus genügend hält, umso mehr, als auch in den Vereinsversammlungen Beiträge gezahlt werden können. Während seines vierteljährigen Bestehens hielt der Verein zwei Versammlungen ab. Er zählt gegenwärtig rund 1200 Mitglieder. Zwei derselben (Jungnickel und Ulrich) wurden ausgeschlossen, weil sie sich gegen die Vereinsgrundsätze verhalten haben. Nunmehr erstattete der Kassirer den Kassensbericht, welcher eine Einnahme von 565,80 M. und eine Ausgabe von 264,93 M. aufweist. Es bleibt demnach ein Bestand von 240,85 M. Scholz drückte seine Freude darüber aus, daß für den vierten Wahlkreis zwei Vereine gegründet worden sind. Der Erfolg davon zeige sich darin, daß der Verein Süd-Ost schon mehr Mitglieder habe, wie der früher für den ganzen Kreis bestehende Verein. Dagegen meinte Bohm, daß die Mitgliederzahl im Verhältnis zu den bei der letzten Reichstagswahl abgegebenen 48 336 Stimmen noch lange nicht groß genug sei, weshalb es sich jeder Genosse zur Pflicht machen müsse, in seinen Bekanntenkreisen neue Mitglieder zu werben, namentlich auch für die Verbreitung unserer Presse zu sorgen. Dem Kassirer wurde hierauf Decharge ertheilt und der bisherige Vorstand sowie die Revisoren ohne Widerspruch durch Juro für das nächste Halbjahr wiedergewählt. Eine längere Debatte entstand darüber, ob es angebracht sei, noch mehr Wahlstellen einzurichten. Es wurde namentlich eine solche in der Fischerstraße gewünscht. Die Versammlung beschloß, daß es bei 15 Wahlstellen bleiben solle, und eine etwaige Verlegung einzelner derselben dem Vorstande überlassen wird. Ferner wurde beschlossen, 300 Protokolle vom Gothaer Parteitag anzuschaffen und diese den Mitgliedern zum Selbstkostenpreise abzulassen.

Eine Braucherverammlung der Klafaturarbeiter, in welcher Genosse Jahn über die Arbeiterfrage in der Gegenwart referirte, tagte am 20. Oktober in Henke's Salon. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrage äußerten sich zu Gewerkschaftlichem verschiedene Redner in abfälliger Weise zur Ueberstundenarbeit, die jetzt wieder von einigen Fabrikanten verlangt werde. Alle Redner verurtheilten die Ueberstundenarbeit und forderten die Kollegen auf, überall da, wo die Unternehmer ein derartiges Ansinnen an ihre Arbeiter stellen, sich entschieden dagegen zu wehren. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zum zahlreichen Besuch der Versammlung auf, die am Montag, den 2. November, bei Henke stattfindet.

Eine öffentliche Versammlung der selbständigen Kürschner und der in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 26. Oktober im alten Schützenhause. Regge recapitulirte kurz noch einmal den Verlauf des letzten Streiks, wobei er zu dem Schluß gelangte, daß zur Führung eines Kampfes vor allen Dingen eine kräftige Organisation die Hauptvoraussetzung sein müsse. Nach kurzer Debatte schritt man zur Wahl der Revisoren für die Abrechnung des Streiks; aus den Reihen der Selbständigen wurden Levin und Broffin, von den Arbeitern Keller, Friedrich und Kiehl für diesen Posten ernannt. Eine längere Debatte zeltigte die Tariffrage. Aus der anfänglich in Ruhe verlaufenden Diskussion ging hervor, daß die in der Kürschnerbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, welche bei Beginn des Streiks der Selbständigen zu deren Unterstützung beitrugen, von diesen selbst animirt worden waren, einen möglichst hohen Tarif für Stücklöhne aufzustellen, damit so die Selbständigen ihre Forderungen an die Fabrikanten begründen können. Die Arbeiter gingen an diese Arbeit; die Selbständigen aber setzten auch einen Tarif für die Arbeitenden auf, und zwar, wie man annahm, entsprechend den erzielten Ertragsverhältnissen. Nach diesem von den Selbständigen vorgelegten Tarif reduzirten die Arbeiter einige Positionen ihres eigenen Tarifs, und dieser so zu stande gekommene Tarif lag heute der kombinierten Versammlung zur endgiltigen Beschlussfassung vor. Punkt für Punkt durchging Regge die einzelnen Posten. Nur ganz vereinzelt kam es vor, daß die Versammelten die vorgenommene Reduktion ablehnten und den selbst aufgestellten Satz wieder anstellten. Die Gesamtbestimmung ergab denn auch Annahme des Tarifes seitens der Arbeiter und Arbeiterinnen, während die anwesenden Selbständigen denselben ablehnten. Die Differenz, um die es sich bei den einzelnen Posten handelte, varirte zwischen 5 und 25 Pf. Die Selbständigen meinten, die paar Pennige nicht zahlen zu können, während die Arbeiter behaupteten, nicht unter den festgelegten Sätzen arbeiten zu können. Wo es sich irgend ermöglichen ließ, seien sie durch Herabgehen von ihren Aufstellungen den Selbständigen entgegengekommen, dagegen solle man ihnen auch nicht zumuthen, den Tarif gerade so hinzunehmen, wie die Selbständigen ihn anzubieten belieben. Seitens der Selbständigen wurde darauf Regge vorgeschlagen, er meinte es nicht ethisch mit der Kürschnerchaft, da doch alle einmal selbständig werden wollten und dann ebenfalls unter dem jetzt aufgestellten Tarif zu leiden hätten. Von anderer Seite wieder wurde erklärt, die Arbeiter seien mit Annahme des Tarifes die Dummen, sollte er bestehen bleiben, würden doch, auch die nicht strittigen Sätze, nicht bezahlt; weiter wurde den Arbeitern vorgeworfen, sie hätten die Selbständigen nicht unterstützt in dem beendeten Kampf, sondern dieselben in die Patsche geführt. Mit aller Energie wandte sich Regge gegen die ihm untergeschobene Verrätherie, und er sowohl wie die er wiesen auch die sonstigen Unterscheidungen ganz entschieden zurück. Von einer Seite der Selbständigen wurde die Thätigkeit Regges anerkannt, und die Haltung der übrigen Selbständigen mißbilligt, ihnen wurde anempfohlen, da bei den Akkordfähigen nur 4 bis 5 Werkstätten in betracht kämen, doch Wochenlöhne einzuführen, wie in allen übrigen Werkstätten, der Wochenlohn tarif sei ja angenommen. — Bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung handelte es sich nach Einleitung Regge's darum, wie sich die Arbeiter zu der Rückertsetzung der zum Streit geliehenen Gelder stellen, resp. wie eine Beitragsleistung hierzu zu regeln sei. Redner meinte, er könne nach dem eben Borgefallenen die geplante Vetheiligung daran nicht empfehlen. Hiergegen wandten sich die Selbständigen in sehr entschiedener Weise und wurde nach kurzen Auseinandersetzungen dieser Punkt bis zur nächsten öffentlichen Versammlung vertagt. Die Selbständigen erboten sich, den von ihnen abgelehnten Tarif noch einmal einer Berathung unterziehen zu wollen. Ein Antrag von einer Seite der Selbständigen, auf jede Beihilfe der Arbeiter und Arbeiterinnen zur Deckung der Gelder zu verzichten, wurde von den Selbständigen selbst abgelehnt. Vorher wollten dieselben sogar die gewählten Revisoren der Arbeiter von dem Amte der Revision

ausschließen, doch wurden sie von ihren eigenen Zugehörigen eines anderen belehrt.

Eine öffentliche Versammlung der Schlosser tagte am Dienstag bei Kohn, Weichstraße. Quasi referirte über den Verlauf der verflochtenen Lohnbewegung, zum Schluß die Kollegen auffordernd, der Organisation beizutreten, um das Ertragsniveau festzuhalten und weitere Mißstände beseitigen zu können. In der hierauf folgenden Diskussion wurde der Indifferentismus eines Theils der Kollegen kritisiert und die Zustände in einzelnen Werkstätten, wo die Akkordarbeit besonders vorherrschend ist, erörtert. Mehrere Redner wiesen darauf hin, daß die organisierten Unternehmer beabsichtigen, die von den Arbeitern durch die Bewegung erzielte Lohnerhöhung und den Neunkundentag mit dem 1. Januar 1907 wieder rückgängig zu machen. Es sei deshalb alle Veranlassung zu einem festen Zusammenschluß aller Metallarbeiter in der Organisation vorhanden. Mithetbeit wurde noch, daß die Bau- und Konstruktionschlosser beabsichtigen, im kommenden Frühjahr in eine Bewegung einzutreten und wurde deshalb ersucht, die Sammlungen für den öffentlichen Fonds in der bisherigen Weise fortzusetzen. Nach einer längeren Debatte, die theils persönlicher Natur war, theils taktische Fragen betraf, erklärten sich die Anwesenden zum Schluß der Versammlung mit der Aufhebung der Sperre über die verschiedenen Werkstätten, da dieselben zum großen Theil von indifferenten Arbeitern bereits besetzt sind, einverstanden.

Nach Schluß der Versammlung wurde von einem Versammlungstheilmehrer ein Portemonnaie gefunden; der Verlierer kann es in der Redaktion des „Vorwärts“ in Empfang nehmen.

Berichtigung. In dem unter Nummer 249 2. Bl. gebrachten Bericht einer öffentlichen Versammlung der Lötzer werden die Kollegen, welche das Bureau bildeten, beschuldigt, „ganz unmotivirt die Redaktion des „Vorwärts“ verdächtigt zu haben“. Außerdem werden einige Kraftausdrücke zitiert, die doch unbedingt die Lötzer in den Augen der Leser des „Vorwärts“ herabsetzen müssen. Nur kurz darauf eingehend, will ich bemerken, daß niemand verdächtigt wurde. Meines Ausführungen zum 2. Punkte bewegten sich in folgendem Rahmen: Nachdem seit längerer Zeit in bezug auf Organisation und Agitation bei uns viel verabsäumt worden ist, sahen wir uns von neuem genöthigt, zur Verbesserung unserer Lage eine angestrenzte Thätigkeit zu entfalten. Die Presse mußte uns hierzu beihilflich sein. Und da der „Vorwärts“ am meisten von den Kollegen gelesen wird, indem das Fachorgan hier eine zu geringe Verbreitung hat, mußten wir ihn in Anspruch nehmen. — Genug, der „Verein der Lötzer“ brachte in der Nr. 233 des „Vorwärts“ eine Annonce und merkwürdigerweise prangte darunter auch eine Reklame-Annonce für den Verband. Ist das kein Grund zur Verwunderung, besonders dann, wenn ein ehemaliger Kollege (Verbandsleiter) in der Redaktion sitzt? Kann man den Kollegen verdenken, wenn sie der Meinung werden, es wird der „Vorwärts“ zu diesen Zwecken mißbraucht? Ist das die Verdächtigung, so nehme ich sie auf mich. Ferner wurde von mir, Hagen und Thieme auf das Schädigende der 6 folgenden Arbeitsmarkt-Annoncen hingewiesen. Und zwar mit vollem Recht. Der „Vorwärts“ als Zentralorgan liegt wohl in allen Arbeitsnachweisen Deutschlands aus; wenn nun täglich derartige Annoncen erscheinen, wenn selbst einige Schmirmeister sich an den Filial-Arbeitsnachweis hier selbst gewandt haben, so konnte diese Nachfrage auf andere Weise befriedigt werden, aber nicht dadurch, daß hunderte von Kollegen von außerhalb herein-gezogen werden, welche die Preise noch tiefer drücken. Wie ganz richtig in der angenommenen Schlusresolution gesagt wurde. Was die einzelnen Ausdrücke aus der Mitte der Versammlung anbelangt, so sind sie von mir zur genüge gerügt worden und andere Mittel stehen mir nicht zur Verfügung. Im Gegentheil ist gerade vom Bureau ganz energisch dagegen protestirt worden, als aus der Mitte der Versammlung darauf hingewiesen wurde, den „Vorwärts“ einfach abzubestellen. Auch wurden Beschuldigungen, daß die Partei die Gewerkschaften vernachlässige, ebenso entschieden zurückgewiesen. Von alledem steht nichts im Bericht, so daß diese Berichtigung für uns unangänglich nothwendig wurde, wollten wir im Ansehen bei der öffentlichen Meinung keine Einbuße erleiden. Im Auftrage des Bureau's. W. Daudert.

(Es wird schwerlich jemand in dem Eingangs eine Berichtigung entdecken können. Außer nebensächlichen Vermächtigungen ist nur bestätigt, was im „Vorwärts“ wiedergegeben war. In den Annoncenstreit wollen wir uns nicht einmischen, die ganze Polemik zeigt, einen wie einseitigen vom Organisationsstreit beherrschten Standpunkt der Einsender einnimmt. Unbegreiflich aber finden wir es, daß von dem Einsender der Berichtigung aufs neue die Beschuldigung gegen ein Mitglied unserer Redaktion erhoben wird, es habe den Anschein, als ob es seine Stellung im „Vorwärts“ im Sonderinteresse seiner Gewerkschaft mißbrauche und wenn der Einsender hierfür als Befehl seiner Vermuthung die Auseinanderfolge der Annoncen der lokalen und zentralen Richtung anföhrt. Wir haben den Genossen Daudert und Hagen auf der Redaktion ausdrücklich erklärt, daß für ihre Vermuthung jede thatsächliche Unterlage fehlt. Nachdem Genosse Daudert diese grundlose Verdächtigung wiederholt, lehnen wir es ab, mit ihm weiter zu diskutieren. Die Redaktion.)

Herr F. Mauerhoff berichtet uns, daß er nie Mitglied des Fachvereins der chirurgischen Branche war, mithin nicht ausgeschlossen werden konnte.

Friedrichberg. Am 20. Oktober sprach hier im Arbeiter-Bildungsverein Genosse Kapler über das Thema: „Der Kampf ums Dasein.“ Die hierauf verlesene Abrechnung vom letzten Quartal ergab eine Einnahme von 111 M. und eine Ausgabe von 80 M., mithin bleibt ein Bestand von 81 M. Unter verschiedenen ersuchte der Vorsitzende Jakob in zahlreiche Vetheiligung an dem Besuch der Krania, der zum 22. November vom Verein geplant ist. Billets à 60 Pf. sind in den Zahlstellen zu haben. Am Schluß wurde noch bekannt gegeben, daß in der nächsten Versammlung am 17. November Dr. Jöel über die Erforschung des Nordpols sprechen wird.

Arbeiter-Bildungsverein. Freitag Abend 8 Uhr bis 10½ Uhr: S. d. o. n. S. 1. Mahdmantr. 14: Natur-Erkennntnis (Antike und moderne Naturbetrachtung. Problem der Weltbildung im Altertum. Griechische Wissenschaft und christliche Ueberlieferung. Die Entstehung der Erde aus ihrer ursprünglichen Stellung im Weltall. Mechanische Auffassung und experimentelle Forschung. Die Erweichung des Menschen in das Naturgeseh (Darwin's Theorie). Das Seelenproblem. Atomismus und Materialismus. Brennen der Natur-Erkennntnis.) Herr Dr. G. Jöel. — Nord-Schule. Brunnentstr. 35: Rede-Uebung (Die wichtigsten technischen Grundbegriffe für die Kunst des öffentlichen Redens. Lehre vom Aufbau eines Vortrages.) Herr Heinrich Schulz.

Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichen Selbstschulungsmaterials, schon von 8 Uhr abends an geöffnet.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Postenallee 2. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Wanteufeststr. 42, v. 2 Tr.

Arbeiter-Kameradschaft Berlins und Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Carl Müller, Kleine Frankfurterstr. 7, 1 Tr.

Grund der Gefälligen Arbeitsvereins Berlin und Umgegend. Alle Zuschriften, den Bund betreffend, sind zu richten an Hermann Jahn, Schönhauser Allee 177 a.

Verein der Buchdrucker u. Schriftsetzer für Niederschlesien. Sonntag, den 1. November cr., mittags 1 Uhr, in den Wittoria-Sälen, Hermannstr. 49: Generalversammlung. Vorstandswahl u. Erscheinung aller Mitglieder dringend erwünscht.

Zentral-Verein und Arbeitervereine der Arbeiter. Die Orts-Vereinigungen von Berlin und Umgegend versammeln sich am Freitag, den 20. Oktober, abends 8 Uhr, bei Schöning, Köpenickerstr. 62.

Zentralverband der Arbeiter. Außerordentliche Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 1. November, abends 7 Uhr, bei Stadtnach, Julestr. 10 (früher Scheller). Vortrag des Genossen Willig über: „Technische Revolution“. Nach dem Vortrage: Gelegentliches Beisammensein.

Briefkasten der Redaktion. W. F. Charlottenburg. 1. und 2. Rein. — S. 2. 21. Jeder der drei Ausdrücke enthält eine Vertheidigung. — 1001. 3a.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 30. Oktober.
Opernhaus. Cavalleria rusticana. Die Tochter des Regiments.
Schauspielhaus. Torquato Tasso.
Deutsches Theater. Hamlet.
Berliner Theater. Renaissance.
Residenz-Theater. Der Stellvertreter. (Le Remplaçant.) Vorher: Opus I.
Lesing-Theater. Madame Sans-Gêne.
Theater des Westens. Treue.
Neues Theater. Bodsprünge. Vorher: Treptons Abschied.
Schiller-Theater. Ein Ehrenwort.
Zentral-Theater. Eine wilde Sache.
Thalia-Theater. Prima Ballerina. (Maison Tamponin.)
Selle-Alliance-Theater. Ramsell Bielliechen.
Volks-Theater. Ein vorsichtiger Mann. Zum Schluss: Pladderadanz.
Theater Unter den Linden. Der Pumpmajor. Die Bajazet.
Ostend-Theater. Der deutsche Michel.
Friedrich Wilhelmstadt. Theater. Deborah.
Alexanderplatz-Theater. Ohne sittlichen Halt.
Hausmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.
 (Wallner-Theater.)
 Freitag, abends 8 Uhr: Ein Ehrenwort.
 Sonnabend, abends 8 Uhr: Ein Ehrenwort.

Central-Theater.
 Alte Jakobstr. 30.
 Direktion: Richard Schultz.
 Emil Thomas a. G.
 Freitag, den 30. Oktober:
 Zum 41. Male:

Eine wilde Sache.
 Große burleske Ausstattungspose mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von W. Mannstädt und J. Freund. Musik von J. Emdenhofer.
 Anfang 1/8 Uhr.
 Morgen: Eine wilde Sache.

Friedrich Wilhelmstadt. Theater
 Chausseest. 25/26. Dir. Max Samst.
Deborah.
 Volksschauspiel in 6 Aufzügen von E. S. Rosenthal. Marg. Pix a. G.
 Anfang 8 Uhr.
 Billets an der Theaterkasse und im „Juwaldendank“, Unter d. Linden 24.
 Sonnabend: Tili. Lustspiel in 4 Akten von Francis Stahl.
 Sonntag, den 1. November 1896, nachm. 3 Uhr: Klassiker-Vorstellung zu Abonnementpreisen. Die Räuber. Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich von Schiller.

Alexanderplatz-Theater.
 Pikante Novität!
Ohne sittlichen Halt.
 Sittenbild aus dem Berliner Leben in 4 Akten von W. Friedhold.
 Anfang 8 Uhr.
 Sons haben Gültigkeit.
 Sonnabend: Pikante Novität.
 Ohne sittlichen Halt.
 Sittenbild aus dem Berliner Leben von Wilhelm Friedhold.
 Sonntag, den 1. November 1896, nachm. 4 Uhr:
 Auf allgemeines Verlangen: Schneewittchen und die sieben Zwerge. Zaubermärchen in 8 Bildern von Georg Zimmermann.

Achtung!
Volks-Theater
 34 Reichenbergerstrasse 34.
 Niederbühnen-Kassette!
Kottbuser Thor.
 Anfang: Wochentags 8 Uhr.
 Sonntags 7 Uhr.
Achtung!
Ein vorsichtiger Mann.
 Seit 30 Jahren die komischste Posse, welche Berlin je gesehen hat.
 Um 9 1/2 Uhr: Gemischter Theil.
 Alles neu für Berlin.
 Zum Schlusse:
Pladderadutz.
 Entree 50 Pf. bis 3 M.
 Familien-Wochenbillets
 Entree 10 St. 3 M. Parquet 10 St. 6 M.
 Dem geehrten Publikum zur gefälligen Nachricht, daß die Bekanntmachungen des Volks-Theaters nur durch die Zeitungen erfolgen, nicht durch Säulenanschläge.

Ostend-Theater.
 Grosse Frankfurterstr. 132.
 Direktion: Carl Weiff.
Der deutsche Michel.
Der deutsche Michel.
Der deutsche Michel.
 Sonntag, den 1. November, nachm.: Dorf und Stadt.

Thalia-Theater
 (vormals: Adolph Ernst-Theater)
 Dresdenstr. 72/73.
 Direktion: W. Hasemann, königl. preuss. Kommissionsrath.
Prima Ballerina
 (Maison Tamponin).
 Baudeville in 3 Akten von Plum und Lohé, bearb. v. Hugo Wittmann. Musik von Karl Weinberger.
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.
 Sonntag, 1. November, nachm. 8 Uhr: Bei bis zur Hälfte ermäßigten Preisen: Gebildete Menschen.

Apollo-Theater.
 Friedrichstr. 218. — Dir.: J. Glück.
Signor Bernhardt,
Mlle. Fougère
 und sämtliche
Kunstkräfte 1. Ranges.
 Kassenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
 Sonntag, den 1. November:
Neues Programm.
N. E. Kaufmann,
 der beste Kunst-Radfahrer der Welt.
 Ferner
8 Debuts.

Viktoria-Brauerei.
 Lützowstrasse 111/112.
 Heute, sowie jeden Freitag und Montag:
Stettiner Sänger
 (Meysel, Pietro, Britton, Stoldt, Krone, Rühl und Schrader).
 Steidl als
Li-Hung-Tschang.
 Anfang präz. 8 Uhr. Entree 50 Pf.
 Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate.)
 Sonntag:
 Konzerthaus Sausouci.

W. Noack's Theater
 Brunnenstr. 16.
 Täglich (außer Sonnabends):
Koncert, Theater-Vorstellung.
 Auftr. von Spezialitäten.
 Künstler 1. Ranges.
 Neu! Neu! Neu!
Die Weber
 Original-Burleske mit Gesang u. Tanz von W. Geide. Musik von Stengel.
 Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag nach d. Vorstellung Tanzkränzchen.

Circus Busch.
 (Bahnhof Börse.)
 Freitag, 30. Oktober 1896,
 Abends 7 1/2 Uhr:
 Grosse
 humoristische Vorstellung.
 Motto: Scherz, Humor u. gute Laune.
Sensationeller Erfolg!
Die Jagd nach dem Glück.
 Neue Einlagen: Skioptische Darstellungen. Außerdem: 100 Clowns, männliche u. weibliche. Zum 1. Male: Gebr. Gliton mit ihrem mechan. Gesel. u. rufm. Scene. Der Sigeri-Clown Mr. All. Daniels als Cyngler. Die Clowns Mr. Sidney u. Cyrillo. Die Troika, dress. u. ger. v. Herrn Footll-Burghardt. Der gr. u. d. U. Ungar, dargestellt von Mr. Wells m. d. U. 5 Jahre. Freiz. 6 Trakehner, der orient. Bengel Mustapha, der arab. Wolfshengst Ibrahim, dress. u. vorgef. v. Dir. Busch. Auftr. d. Schulleiters Herr Victor u. d. Pariser Schulreiterin Mlle. Loroy. Spezialitäten 1. Ranges.
 Morgen: Die Jagd nach dem Glück.
 Sonntag: 2 Vorst. Nachm. 4 Uhr: Millennium. Abends 7 1/2 Uhr: Die Jagd nach dem Glück.

Urania.
 Taubenstr. 48/49. Taubenstr. 48/49.
 Naturkundliche Ausstellung
 täglich geöffnet v. 10 Uhr vormitt. ab.
 Eintritt 50 Pf.
Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Sternwarte Invalidenstr. 57-62
 Lehet, Stadtbahnhof
 täglich geöffnet von 7 Uhr abends ab.
 Eintritt 50 Pf.
 Im Theater-Scala täglich 8 Uhr abends Vorträge mit Experimenten und großen Lichtbildern ausgestattet.
 Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.
 500
 Gruppen-Figuren
 Schreckenskammer.
 Wirkliche Fahrt
 a. d. Golf v. Neapel.
 (Rissen-Muslon.)
 Blaue Grotte von Capri
 Fürstensaal.
 Berlin. Berühmtheiten.

Castan's Panopticum
 Neu! Die wunderbaren indischen
 Neu! Pygmäen
 Neu! Ur-Australier
 (Kannibalen).

Vogler's Casino
 fr. Weitr. Restaurant, Dresdenstr. 97
 Zum vorderen Saal:
 Italienische National-Sänger- und Tänzer-Gesellschaft
 Domingo Conti.
 Im ersten Theateraal:
 Variété u. Spezialitäten-Theater.
 Auftritten v. Kunstkräften aus 1. Ranges.
 Aufführung v. Posen u. Singspielen.
 Im zweiten Theateraal:
 Die unübertrefflichen
Hamburger Säger.
 Anf. Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonnt. 8 Uhr.
 Filards. 4 neue Aegeldahmen.
 Sorgf. gepf. Biere, anerkl. gute Küche.

Feen-Palast
 Burgstrasse 22.
 Direktion: Winkler & Fröbel.
 Nur noch bis Sonnabend
 das so erfolgreiche Riesens-
October-Programm
 Das Stadtgespräch ist das Schießen mit dem Militär-Gewehr Modell 88 auf den kugelsicheren Dowe-Panzer von der Kunstschützin
Elsa Dowe.
 Sonntag, den 1. November:
 Neues
Sensations-Programm.
 Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntags 8 Uhr.
 Entree 50 Pf. Reservirt 50 Pf.

Kaufmann's Variété
 Halbe
Menschen
 und 20 Elite-
 Nummern
 Nur noch
 2 Tage.

Alcazar.
 Variété und Spezialitäten-Theater 1. Ranges.
 Dresdenstrasse No. 52/53.
 City-Passage
 Annenstr. No. 42/43.
 Direktion: Rich. Winkler.
 Vornehmster Familienaufenthalt.
 Letzte Woche
 des sensationellen Oktober-
 Programms.
 The 3 Bollini, Adelaide u. Little
 Erich. Geschw. Pauli. Lotte Sieger.
 Herm. Wehling. Mr. Gliton und
 Miss Marguerite.
 Entree 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
 Freikarten haben Wochentags
 Gültigkeit.

Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW., Genthstraße 2.
 Soeben ist erschienen:
Gothaer Kongress-Protokoll.
 Preis 30 Pf. (Porto 10 Pf.). Geb. 50 Pf. (Porto 20 Pf.).
 Das nach stenographischer Niederschrift hergestellte Protokoll ist durch Befugung eines ausführlichen Sachverständigen zu einem praktischen Nachschlagebuch gehalten worden. Jedes in den Berichten der Parteileitung und der Fraction erwähnte politische Ereignis, jeder in den Kongressdebatten behandelte Gegenstand kann sofort ohne jede Mühe festgestellt werden, ebenso jeder der nach der Materie alphabetisch geordneten Aufträge zum Parteitag, die Verhandlungen über die Frauenfrage, die Diskussion über die Arbeiterfrage, die lehrreiche Debatte über Staat und Sozialismus etc. Vertheilt das diesjährige Protokoll inhaltlich zu den bedeutungsvollsten unserer Parteitagprotokolle.

Belle-Alliance-Theater.
 Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.
 Sonntag, den 1. November 1896.
 Zum 1. Male:
Lumpacivagabundus.
 Volksstück mit Gesang in 3 Aufzügen.
 Mitwirkende: 218/12
 Frau Dora (Adolph Ernst-Theater); Georg Worlitzsch (Central-Theater); Richard Jürgas (Lesing-Theater); Hans Manussi (Prag); Elise Hüffel; Julius Türk.
 Musik von dem gesammten Orchester des Belle-Alliance-Theaters.
 Neue Einlagen, gesungen von Frau Dora und Herrn Manussi.
 Eintrittskarten à 50 Pf. sind in den bekannten Zahlstellen zu haben.

Achtung! Säger!
Aktien-Brauerei Friedrichshain.
 Sonnabend, den 31. Oktober, abends präzise 8 1/2 Uhr:
Dritte große volkstümliche SOIREE
 mit Genehmigung der Konzertorgel, arrangirt von Paul Friedrichs unter Mitwirkung der Opernsängerin Frl. Bertha Horwitz (Sopran), der Konzertsängerin Frl. Gertrud Ritz (Alt), des Opernsängers Herrn J. Kaminsky (vom Nigar Stadttheater, Bariton), des Opernsängers Herrn Ferd. Shop (von der königl. ungar. Hofoper in Pest, Bass), des Cellovirtuoson Herrn Max Schulz, des Violinvirtuoson James Karroit, des Orgelvirtuoson Herrn Franz Reckicy, des herzogl. Hofkapellmeisters Werner Gabri.
 Herren-Billet 25 Pf. — Damen-Billet 15 Pf. 16/8
 Tanz findet nicht statt.

Kinetograph. (Lebende Photographien. Auch in Naturfarb.) Interessanteste Bilder historischen Charakters u. des Gesellschaftlichen in vollkommener Naturwahrheit. Wiedergabe musikalischer und belletristischer Vorträge. Für alle Besucher zugleich deutlich hörbar ohne Schläuche.
Phonographische
 Eintrittspreis für alle Vorstellungen 50 Pf. Militärs und Kinder 25 Pf.
 Vorstellungen ununterbrochen von 10 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.
21. Unter den Linden No. 21.
 Vereine erhalten Preisermässigung nach Vereinbarung.

Schluss der Saison am 31. d. M.
Nur noch 2 Tage 2 Vorstellungen täglich
 Nachm. 5-7; Abends 9-11 Uhr.
Bolossy Kiralfy's „Orient“
Olympia Riesentheater.
 Grösstes Schaustück der Welt. Ca. 1000 Mitwirkende.
 Ueberrifft alles bisher dagew. Von Publikum u. Presse einstimm. anerkannt.

Ausverkauf!
 Mein großes Lager in Kleiderstoffen, Gardinen, Weißwaaren, Wäsche, Posamenten, Trikotonen, Strümpfen, wollenen Westen und vielen anderen Artikeln stelle ich zu bedeutend ermäßigten Preisen wegen Geschäftsvorlegung zum
Ausverkauf! 2458*
 Wrangeistrasse 119. Richard Stock.

Stieglitz, Zeißige 1 M., alle Sorten
 Vogel billig. Schmidt, Al. Andreestr. 8.
 25, 50, 40 Pf.
 Blatt 40 u. 50 Pf.
 Reule 70 Pf.
 50, 55, 60 Pf.
 auch ungeschlachtet.
Hühner, Enten, Tauben.
 Wild- und Geflügel-
 Handlung
A. Ritschl
 jetzt
 vis-à-vis 61. Dresdenerstr. 61 part.

Wohl fühlt sich
 bei jeder Bitterung, mer
Brunnenstrasse 110
 (neben dem Pferdebahn-Depot) bei Ignatz Sello bezieht anerkannt guten Rum, 1/2 Flasche inkl. von 90 Pf. an, vorzähl. Glühwein-Extrakt, 1/2 Pf. inkl. von 1,10 M. an, Ingwer-, Pfefferminz-, u. f. Liköre (1/2 Literflasche) inkl. 1,10 M., 1/2 Literflasche inkl. 55 Pf. Stonsdorfer inkl. Orig.-Fl. (1/2 Liter) à 80 Pf., Halb und Halb, feinste Bittermischung, per 1/2 Champagner-Flasche inkl. 90 Pf., alten Nordhäuser per Liter 50 Pf., medle. Ungarwein Orig.-Fl. (1/2 Liter) inkl. von 90 Pf. an, sowie sämtliche Sorten Weine, Cognacs, u. f. w., Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu Engrospreisen. Billigste Bezugsquelle. 58/58*
 Bitte genau auf No. 110 Brunnenstrasse No. 110 zu achten.

Neues Glubhans
 72 Kommandanten - Straße 72.
 Sonnabend, 21. und 23. Nov., sowie Sonnabend, 3. Decbr.
 Saal frei. 11036

Rohrtabak.
 Grösste Auswahl! Billigste Preise.
 Sämtliche Fabrikations-Neuheiten.
Heinrich Franck,
 Nr. 185, Brunnenstrasse Nr. 185.
Groß-Deffillation u. Ausjäht
Franz Böhm
 Landsbergerstrasse Nr. 95.
 „Vorwärts“ ist zu lesen. 11444
 Für die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die Gewinnliste der preussischen Lotterie vom gestrigen Tage bei.

Kaufhaus Wilhelm Joseph

eröffnet am

Sonabend, den 31. Oktober 1896, abends 5 Uhr,
in seinem neugebauten Hause

Haupt-Strasse 153

Ecke der Großgörschenstraße, gegenüber dem Botanischen Garten
eine

bedeutend erweiterten Geschäftsräume.

Von dem Bestreben geleitet, dem verehrlichen Publikum ein der Neuzeit entsprechendes Etablissement der Manufakturwaaren-Branche zu bieten, habe ich meine Geschäftsräume in einen besonderen, eigenen Neubau verlegt und hierdurch eine bedeutende Vermehrung des Waarenlagers herbeigeführt.

Die rapide Zunahme des umgebenden Stadttheils und die der angrenzenden Vororte veranlaßten mich, viele bisher noch nicht geführte Artikel, insbesondere

sämmtliche Herren-Artikel

sowie konfektionirte

Costüme, Morgenröcke, Blousen, Glacé-Handschuhe etc.

in größerem Stile aufzunehmen.

Es sei hiermit auf diese vielseitige Vergrößerung besonders hingewiesen. Alle Waaren gelangen in besonderen übersichtlichen Abtheilungen zur Auslage. Zur Bequemlichkeit des Publikums veranschaulichen meine an Größe und Eleganz unübertroffenen sechs Schaufenster die reichhaltigste und vielseitigste Auswahl in allen Artikeln. Sämmtliche Räume sind äußerst komfortable und im modernsten Stile eingerichtet und durch elektrische Bogenlampen taghell erleuchtet.

Der billige Erwerb des Baugrundstückes erlaubt mich im Gegensaße zu andern Geschäften von einer bedeutenden Ladenmiete, und vortheilhafte, große Abschlässe mit den bedeutendsten Fabriken ermöglichen den Verkauf meiner Waaren zu noch billigeren Preisen, als dies in meinen alten Räumen der Fall war.

Meine bekannte Reclität, sowie meine langjährige Vertrautheit mit den Bedürfnissen des Publikums haben während der Zeit meines Bestehens meinen Kundenkreis stets vergrößert, so daß ich hoffen darf, das Vertrauen des verehrten Publikums auch in meinen neuen Räumen um so mehr zu gewinnen, als ich durch diese nothwendig gewordene Geschäftserweiterung in die Lage versetzt worden bin, den weitgehendsten und vielseitigsten Anforderungen zu entsprechen.

Hochachtungsvoll

Wilhelm Joseph.

Nach stattgehabter Kostprobe, bei welcher seitens der hervorragendsten Berliner Gastwirthe unser Pilsner Bier als vorzüglich anerkannt worden ist, beehren wir uns hiermit zur gefl. Anzeige zu bringen, dass wir unser Bräu regelmässig in $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{3}$, und $\frac{1}{4}$ Hectos abgeben.

Die Generalvertretung
der Pilsner Genossenschaftsbrauerei in Pilsen
M. Stein & Co., Berlin W.,

Steinmetzstrasse 45.
Fernsprech - Amt 6 No. 143. 214L*

Medicin. Ungarwein

beste Qualität, à Literflasche 2,10 M., 5 Literfl. 9,25 M.
Alter Portwein und Malaga (Pajarele) à Fl. 1,50 M. 10 Fl. 13,50 M.
Medic. Panillao (abgelagerter Bordeaux) à Fl. 1,50 M. 10 Fl. 14,— M.
Ananas-Bowle, Pfirsich-Bowle à Fl. $\frac{3}{4}$ Liter 60 Pf.

Eugen Neumann & Co.,

Belle-Allianceplatz 6a. Neue Friedrichstr. 81. Oranienstr. 190. Genthinerstr. 29.
Potsdam: Bäckerstr. 7. Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 48.

4. Münzstraße 4.

Wegen Abriss des Hauses Räumung
meines Detail- und Engros-Lagers in

Schuhwaaren

in erdenklichsten Sorten zu unerreicht billigen Preisen.

Damen-Zugstiefel eleganter Schnitt, gute Passform 2,90 M.
in allen Größen . . . Paar
Damen-Knopfstiefel ausgenähte Knopfläger, 3,75 M.
ausfortirt . . . Paar
Damen-Lederhausschuhe warm gefüttert . Paar 1,90 M.
Damen-Steppschuhe warm, mit richtigem halben 1,75 M.
Absatz . . . Paar
Damen-Knopfstiefel ausgenähte Knopfläger, Leder- 5,25 M.
lappe, Lederbrandsohle, streng
weil . . . Paar

Herren-Hohlederzugstiefel genagelt oder genäht, 3,90 M.
ausfortirt . . . Paar
Herren-Schnürschuhe genagelt oder genäht Paar 3,50 M.
Herren-Bezugstiefel genagelt mit Knopferzierung Paar 4,00 M.
Herren-Zugstiefel genagelt oder genäht, Leder- 5,00 M.
lappe, Lederbrandsohle Paar
Elegante Herren-Bezugstiefel, genagelt Paar 6,00 M.

Zu ebenso billigen Preisen ist mein großes

Winterlager

herabgesetzt.

L. Wachsner, Schuhwaaren en gros
4. Münzstraße 4.

Benno Stabernack's Vereinshaus,

Inselstrasse 10 (früher Schöffers Salon).

Empfehle meinen neu renovirten Saal (250 Personen fassend), sowie Vereinszimmer zu Festlichkeiten, Versammlungen, Arbeitsnachweisen, Zahlstellen etc.

Auf 14 Tage Probezeit

verf. ich per Nachnahme von 6,50 M. mit Porto u. Verpackung 1 hochfeinen **Harzer Kanarien-Roller.** Bei Abnahme von 3 Stück 16 M., 6 Stück 30 M. Gute Zuchtweibchen 1 M. Was nicht gefällt, nehme ich binnen 14 Tagen zurück. Infrag. m. Retourkarte erb. an **L. G. Müller, Vogelzuchterei, Nordhausen am Harz.**

Sophastoffe
auch **Reste**
in Rips, Damast, Crêpe, Phantasie, Gobelin und Plüsch spottbillig!

Probieren franks! Käuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Verwaltung der Kochanstalt

Städt. Schlachthof
Täglich (Sonntags vorm. von 7—9 Uhr)
Verkauf von:

Gefochtem Rindfleisch
à 30 u. 35 Pf. per Pfund.

Gef. Schweinefleisch
à 40 Pf. per Pfund. 130L*

Gute rothe Kartoffeln verkaufe ich à Zentner 2 M. Stralau, Dorfstraße 14 am Wasser. 11266

Vereinzimmer mit Piano frei.

Oswald Grauer, Luisen-Ufer 58.

Achtung! Künstl. Zähne v. 8 M. an, Theilw. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Kervoldien bei Bestellung umsonst.
Guckel, Lausitzerplatz 2, Elsassstr. 12, Steglitzerstr. 71, I.

Die weltbekannte **Bettfedern-Fabrik**
Gustav Duldig, Berlin S., Ringstr. 46.
versendet gegen Nachnahme (nicht unter 10 M.) gesamt. nuzt versigt. (siehe Bettfedern, b. 55 M. Halbdaunen, b. 60 M. 1,25, b. weiße Halbdaunen, b. 65 M. 1,75, vorzügliche Daunen, b. 70 M. 2,50.
Von diesen Daunen genügen 3 Pfund zum größten Oberbett.
Verpackung wird nicht berechnet.

Bitte lesen Sie!

Da ich große Posten auf Auktionen sehr billig gekauft habe, empfehle ich jedem Genossen, der seinen Bedarf an **Winter-Paletots,**

Anzügen, Mänteln, Joppen, einzelnen Jaquets, Hosen, Westen, ferner Arbeitsanzügen billig und gut kaufen will, mein bekanntes reichhaltiges Lager von Herren- und Knaben-Garderoben aller Art zu enorm billigen Preisen.

A. Wergien,
Schneidermeister, 206L*

127 Stalitzerstraße 127.

Bestellungen nach Maß werden gut und billig ausgeführt.

Bitte sehr, recht genau auf Namen und Hausnummer zu achten.

Wer

noch will reell und billig kaufen. Durch **Ankauf auf Auktionen** und von **Konturmassen** bin ich in der Lage, jedes Stück billiger zu verkaufen, als alle anderen Geschäfte. Ich verkaufe daher:

Hoch elegante Winter-Paletots von 5,75 M. an bis 36 M. Hohenzollern- und Pellerinen-Mäntel von 5,25 M. an bis 30 M. Kaiser-Mäntel und Joppen von 6,75 M. an bis 24 M. Damen-Mäntel und Jaquets von 5,50 M. an. Damen-Röcke in allen Farben von 3,25 M. an. Hochfeine Rod- und Jacket-Anzüge von 12,50 M. an. Herren-Hosen von 2,75 M. an. Kellner-Hosen und Jackets von 4,75 M. an. Leder- und Arbeits-Hosen zu 2,25 M. Burschen- und Knaben-Paletots, Herren-Jackets, Westen und Röcke in allen Größen, Knaben- und Burschen-Anzüge, Hüte, Schirme, Stöcke, Wäsche, Stiefel, Koffer, Operngläser, Kessel, Revolver, Leuchtinge, Stockflinten, Harmonikas, Geigen, Trommeln, Uhren, Ketten, Ringe u. s. w. zu enorm billigen Preisen. 1212*

Gustav Lucke, Waarenhaus, Berlin, 131. Oranienstraße Nr. 131.

Hausdhlädter für

Restaurateure u. Private empfiehlt sich **K. Rössler, Fleischermeister, 254L* Münchebergerstr. 11, 1 Tr.**